

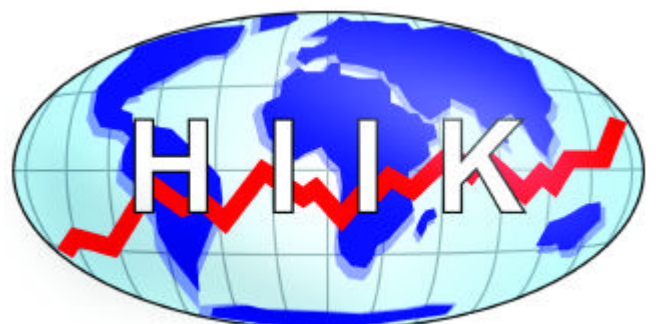
**HEIDELBERGER INSTITUT FÜR
INTERNATIONALE KONFLIKTFORSCHUNG e.V.**

am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Heidelberg

KONFLIKTBAROMETER 2002

**Krisen · Kriege · Putsche
Verhandlungen · Vermittlungen · Friedensschlüsse**

11. JÄHRLICHE KONFLIKTANALYSE



HIIK

Das HEIDELBERGER INSTITUT FÜR INTERNATIONALE KONFLIKTFORSCHUNG (HIIK) am INSTITUT FÜR POLITISCHE WISSENSCHAFT DER UNIVERSITÄT HEIDELBERG ist ein gemeinnütziger eingetragener Verein. Es widmet sich der Erforschung, Auswertung und Dokumentation innerstaatlicher und internationaler politischer Konflikte. Das HIIK ging 1991 aus einem u.a. von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) finanziell unterstützten Forschungsprojekt "KOSIMO" (Konflikt-Simulations-Modell) hervor, welches von Prof. Dr. Frank R. Pfetsch (Universität Heidelberg) geleitet wurde.

Konflikt

Konflikte sind Interessengegensätze (Positionsunterschiede) um nationale Werte (Territorium, Unabhängigkeit, Selbstbestimmung, Autonomie, Ideologie, Macht, Ressourcen) von einiger Dauer und Reichweite zwischen mindestens zwei Parteien (Staaten, Staatengruppen, Staatenorganisationen, organisierte Gruppen), die entschlossen sind, sie zu ihren Gunsten zu entscheiden. Dabei muss auf mindestens einer Seite die organisierte Staatsmacht involviert sein.

Intensität von Konflikten

Konflikte der Intensitäten "latenter Konflikt" (1) und "Krise" (2) verlaufen vorwiegend gewaltlos, während Konflikte der Intensitäten "ernste Krise" (3) und "Krieg" (4) hauptsächlich gewaltsame bis kriegerische Formen annehmen. Angegeben wird jeweils nur die höchste Intensitätsstufe im Jahresverlauf eines Konflikts.

Latenter Konflikt (1)

Eine Positionsunterschiede um bestimmte nationale Werte ist dann latent, wenn darauf bezogene Forderungen von einer Partei artikuliert und von der anderen Seite wahrgenommen werden. Latente Konflikte können länger andauern und immer wieder von Phasen intensiveren Insistierens oder Verlangens nach einer Lösung unterbrochen werden.

Krise (2)

Eine Krise beinhaltet den Einsatz von Mitteln, welche im Vorfeld militärischer Drohungen liegen. Vorhandene latente Konfliktbeziehungen erreichen das Stadium einer Wende, die meist ausgelöst durch ein Ereignis die Wahrscheinlichkeit von Gewaltandrohung erhöht. Dabei werden Entscheidungen erforderlich, die unter unvollständiger Information und unter Zeitdruck bzw. Stress zu treffen sind.

Ernste Krise (3)

Als ernste Krise bezeichnet man einen Spannungszustand zwischen Konfliktparteien, welcher mit der öffentlichen Androhung von Gewalt (z.B. Zurschaustellung militärischer Stärke) verbunden ist, oder in dem für kurze Zeit tatsächlich Gewalt eingesetzt wird.

Krieg

Kriege sind Formen gewaltsamen Konfliktaustrags, die dadurch gekennzeichnet sind, dass

- a) die organisierten Kampfhandlungen von etwa gleich starken Gegnern durchgeführt werden; dies äußert sich meist darin, dass sie
- b) von einiger Dauer sind und
- c) intensiv geführt werden, d.h. Opfer kosten und Zerstörung anrichten.

Konfliktgegenstände

Das Konfliktbarometer unterscheidet zwischen folgenden Konfliktgegenständen, wobei bis zu drei Konfliktgegenstände pro Konflikt angegeben werden können:

- Territorium, Grenze, Wasser
- nationale Unabhängigkeit, Sezession
- ethnische, religiöse, regionale Autonomie
- Ideologie, System
- nationale Macht
- internationale Macht, geostrategische Lage
- Ressourcen
- Sonstiges

Abgrenzung der Regionen

Die Abgrenzung der Regionen erfolgt nach geographischer, kultureller und konfliktbestimmter Zusammengehörigkeit. Das Konfliktbarometer unterscheidet zwischen den Regionen Europa, Afrika, Amerika, Asien sowie Vorderer und Mittlerer Orient.

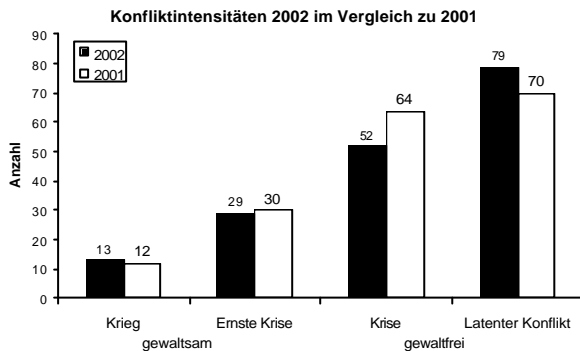
Das vorliegende Konfliktbarometer 2002 gibt den aktuellen Stand unserer Forschung wieder. Dadurch können sich Abweichungen von Daten älterer Ausgaben ergeben.

Redaktionsschluss: 1. Dezember 2002

Globales Konfliktpanorama 2002

Globale Entwicklung

Im Verlauf des Jahres 2002 werden 173 politische Konflikte geführt. Davon sind 13 Kriege und 29 ernste Krisen. Insgesamt werden demnach 42 Konflikte überwiegend gewaltsam ausgetragen. Diesen stehen 131 vornehmlich gewaltfreie Auseinandersetzungen gegenüber, die sich in 52 Krisen und 79 latente Konflikte aufgliedern.



Jeder vierte Konflikt wird mit Gewalteininsatz geführt. Acht Konflikte werden neu aufgenommen, zwei davon - Madagaskar und Indien (Gujarat) - werden gewaltsam ausgetragen. Zwölf Dispute können als beendet betrachtet werden.

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Gesamtzahl der gewaltsamen Auseinandersetzungen nicht verändert. Die Anzahl der Kriege steigt jedoch von zwölf auf insgesamt 13 Kriege, während sich die Anzahl der ernstesten Krisen von 30 im Jahr 2001 auf 29 reduziert. Die Anzahl der latenten Konflikte nimmt um 13%, d.h. um neun Konflikte zu, wogegen bei den überwiegend gewaltfrei ausgetragenen Krisen eine Abnahme um 19%,

Weltweite Konflikteeskalation und -deeskalation:

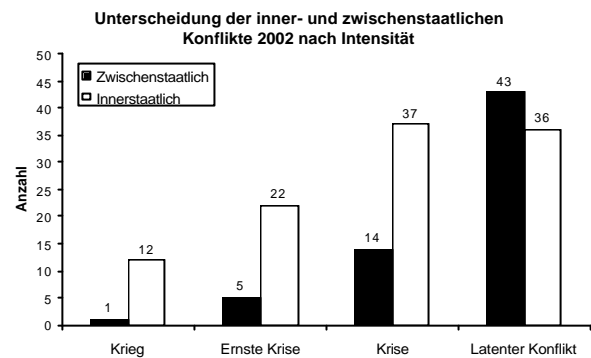
Veränderung der Intensität	Anzahl
Eskalation um zwei Stufen ↑	2
Eskalation um eine Stufe ↗	15
Keine Veränderung •	117
Deeskalation um eine Stufe ↘	29
Deeskalation um zwei Stufen ↓	1
Deeskalation um drei Stufen ↓↓	1

d.h. um zwölf Konflikte, auf eine Zahl von 52 verzeichnet werden kann.

Hervorzuheben ist, dass die fast konstant gebliebenen Gesamtzahlen nicht die Entwicklungen einzelner Konflikte widerspiegeln. Insgesamt 17 Auseinandersetzungen sind eskaliert, zwei davon um zwei Intensitätsstufen. Zehn Konflikte haben die Schwelle zum Ge-

walteininsatz überschritten. Demgegenüber sind 31 politische Auseinandersetzungen deeskaliert, davon zwei um mindestens zwei Intensitätsstufen. In elf der im Jahr 2001 noch gewaltsam ausgetragenen Konflikte wird im Berichtszeitraum überwiegend keine Gewalt mehr eingesetzt. Besonders hervorzuheben ist dabei der innerstaatliche Machtkonflikt in Guinea (UDFG), der sich vom Vorjahresniveau eines Krieges auf die Intensität eines latenten Konflikts entspannt hat.

Wie 2001 wird auch in diesem Jahr nur einer der weltweit 13 Kriege zwischen Staaten ausgetragen, nämlich der von den USA angeführte "Internationale Kampf



gegen den Terrorismus", der sich nach wie vor auch gegen die Taliban- und Al-Kaida-Kämpfer in Afghanistan richtet. Insgesamt stehen sechs internationalen 34 innerstaatliche gewaltsame Auseinandersetzungen gegenüber. Von den 63 zwischenstaatlichen Konflikten bleiben 43 latente Konflikte, weitere 14 sind Krisen. Damit beträgt der Anteil der überwiegend oder vollkommen gewaltfrei ausgetragenen Auseinandersetzungen zwischen Staaten 90%.

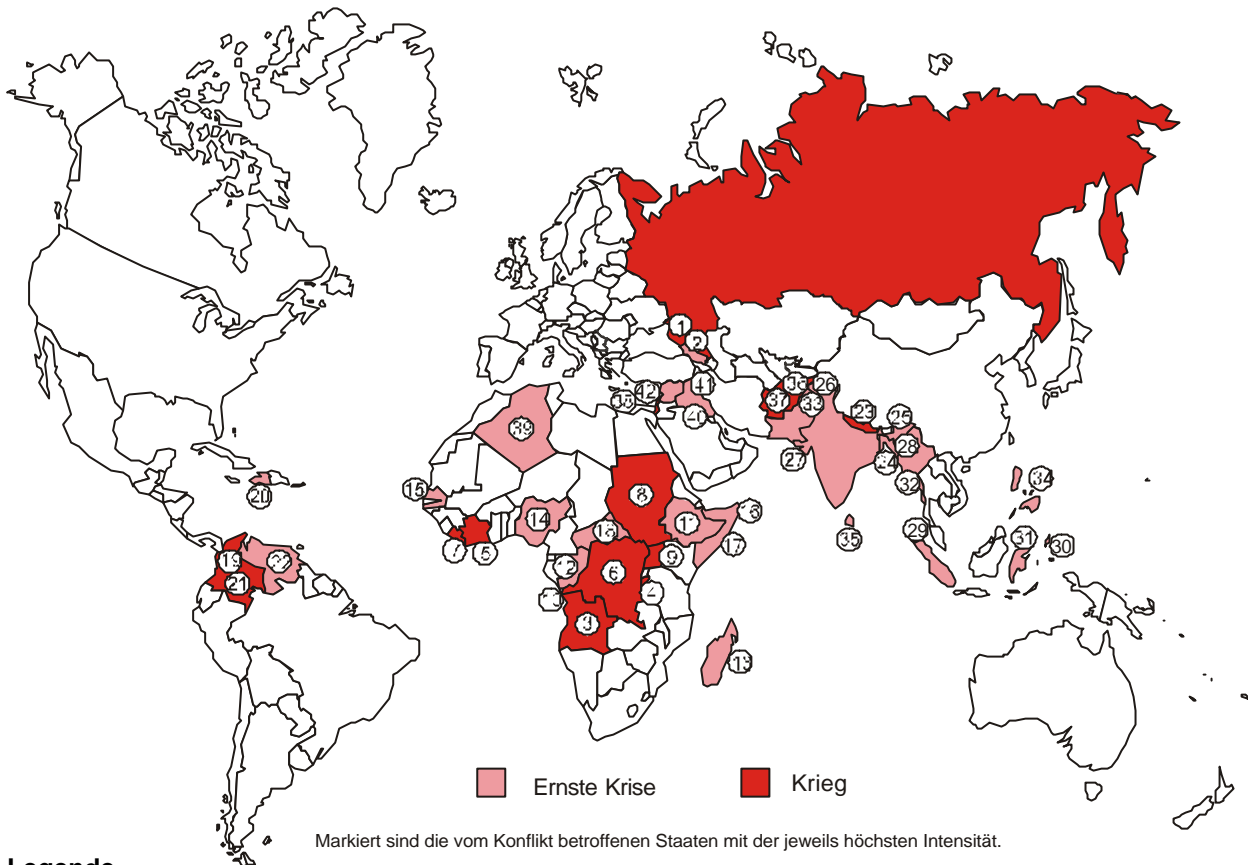
Regionale Entwicklung

Die meisten gewaltsamen Konflikte - 16 und damit einer mehr als noch im Vorjahr - werden in Afrika geführt. Über die Hälfte aller Kriege - sieben von 13 - werden auf afrikanischem Boden ausgetragen. Im Jahr 2002 überschreiten die Auseinandersetzungen in Angola (Cabinda), in Äthiopien (Ogaden), in der Elfenbeinküste (RDR, MCPI), in Kongo-Brazzaville und in Somalia (Puntland) die Schwelle zur Gewalt. Dagegen deeskalieren der letztjährige, bereits erwähnte, Krieg in Guinea (UDFG) sowie die ernstesten Krisen in Nigeria

Inhalt

Europa	8
Afrika	13
Amerika	20
Asien	23
Vorderer und Mittlerer Orient	29

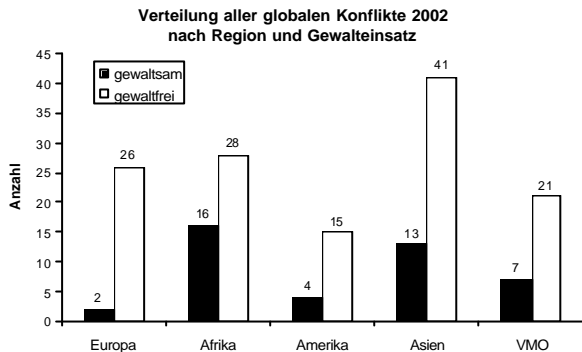
Übersichtskarte: Gewaltsame Konflikte 2002



Legende

Nr.	Konfliktname und wichtigstes Konfliktziel	Nr.	Konfliktname und wichtigstes Konfliktziel
Europa - Kriege			
1	Russland (Tschetschenien) - Sezession	21	Kolumbien (ELN) - System
Europa - ernste Krisen			
2	Russland vs. Georgien - internationale Macht	22	Venezuela - nationale Macht
Afrika - Kriege			
3	Angola (UNITA) - nationale Macht	Asien - Kriege	
4	Burundi (Hutu) - nationale Macht	23	Nepal (Maoistische Rebellen) - System
5	Elfenbeinküste (RDR, MPC) - nationale Macht	Asien - ernste Krisen	
6	Kongo (RCD) - nationale Macht	24	Bangladesch vs. Indien - Grenze
7	Liberia (LURD) - nationale Macht	25	Indien (Assam) - Autonomie
8	Sudan (SPLA) - Sezession	26	Indien (Kaschmir) - Autonomie
9	Uganda (LRA) - nationale Macht	27	Indien (Gujarat) - Autonomie
Afrika - ernste Krisen			
10	Angola (Cabinda) - Sezession	28	Indien (Tripura) - Autonomie
11	Äthiopien (Ogaden) - Autonomie	29	Indonesien (Aceh) - Sezession
12	Kongo-Brazzaville - nationale Macht	30	Indonesien (Molukken) - Sonstiges
13	Madagaskar - nationale Macht	31	Indonesien (Sulawesi) - Sonstiges
14	Nigeria (Christen vs. Muslime) - Sonstiges	32	Myanmar (Karen) - Autonomie
15	Senegal (Casamance) - Autonomie	33	Pakistan vs. Indien - Territorium
16	Somalia (Puntland) - regionale Macht	34	Philippinen (Abu Sayyaf) - Sezession
17	Somalia (SRRC) - nationale Macht	35	Sri Lanka (LTTE) - Sezession
18	Zentralafrikanische Republik - nationale Macht	VMO - Kriege	
Amerika - Kriege			
19	Kolumbien (FARC) - System	36	Afghanistan (Nordallianz) - nationale Macht
Amerika - ernste Krisen			
20	Haiti - nationale Macht	37	Afghanistan (Taliban, Al-Kaida) vs. USA - Ideologie
		38	Israel (Palästinensische Gruppierungen) - Territorium
VMO - ernste Krisen			
		39	Algerien (GIA) - System
		40	Irak vs. USA, GB - internationale Macht
		41	Irak (Islamisten vs. PUK) - regionale Macht
		42	Israel (Hisbollah) - Territorium

(Nigerdelta), Ruanda (Hutu), Sierra Leone (RUF) und im Tschad (MDJT) zur überwiegenden Gewaltlosigkeit. In Asien werden wie im Vorjahr 13 Konflikte mit dem Einsatz von Gewalt ausgetragen, allerdings sind die beiden 2001 in Indien (Kaschmir) und Sri Lanka (LTTE) geführten Kriege auf die Intensität von ersten

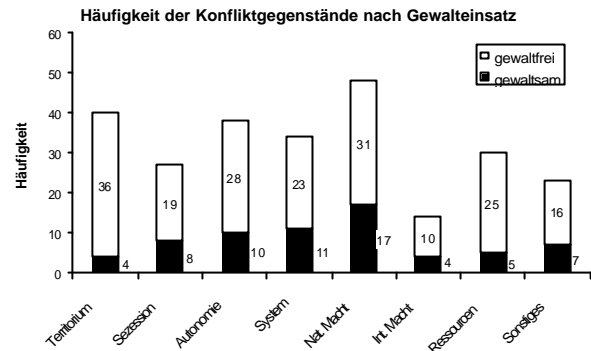


Krisen deeskaliert. Die Auseinandersetzungen in Indonesien (Sulawesi) und in Myanmar (Karen) überschreiten 2002 die Schwelle zur Gewalt. Dagegen deeskalisieren die Konflikte in Bangladesch (Opposition), Indonesien (Kalimantan) und auf den Philippinen (MNLF), letzterer sogar um zwei Intensitätsstufen. Im Vorderen und Mittleren Orient (VMO) ist neben sechs gleichbleibend gewaltsamen Auseinandersetzungen die ernste Krise zwischen Israel und den Palästinensern zum Ausmaß eines Krieges eskaliert, während der im Vorjahr noch gewaltsam geführte Kurdenkonflikt in der Türkei 2002 überwiegend gewaltfrei ausgetragen wird. Im Jahresverlauf hat kein Konflikt die Schwelle zur Gewalt überschritten. Europa und Amerika verzeichnen nach wie vor die geringste Anzahl an Gewaltkonflikten. In Europa eskaliert der Disput zwischen Russland und Georgien, während Gewalt in den Auseinandersetzungen in der ehemaligen jugoslawischen Republik Makedonien (UCK) und in Spanien (Baskenland) 2002 nicht mehr als überwiegendes Mittel des Konfliktaustrags eingesetzt wird. Der einzige Krieg in

Europa bleibt der Tschetschenien-Konflikt. In Amerika wird der einzige Krieg weiterhin auf kolumbianischem Boden im Konflikt zwischen Regierung und FARC ausgetragen. Weitere gewaltsame Auseinandersetzungen sind die Konflikte in Haiti, Kolumbien (ELN) und Venezuela.

Konfliktgegenstände

Die im Jahr 2002 laufenden politischen Auseinandersetzungen werden am häufigsten um die Konfliktgüter nationale Macht, Territorium und Autonomie geführt. Dabei werden fast alle Territorialkonflikte, die insbesondere in Amerika und im VMO zu finden sind, ohne



den Einsatz von Gewalt ausgetragen. Ausnahmen sind z.B. der indisch-pakistanische Konflikt, die Auseinandersetzung zwischen Indien und Bangladesch sowie der Krieg zwischen Israel und den Palästinensern. Im Gegensatz zu Territorialkonflikten sind Konflikte um innerstaatliche Macht, die besonders häufig in Afrika vorkommen, oder um Autonomie, die vor allem in Asien zu finden sind, sehr gewaltintensiv.

Putsche

Insgesamt ereignen sich 2002 weniger Putsche und Putschversuche als noch im Vorjahr. Von insgesamt vier dieser Ereignisse finden je zwei in Afrika und Amerika statt. Am 2.12.01 versuchen Militärs unter

Übersicht: Konfliktbilanz 2002

Region	Europa			Afrika			Amerika			Asien			VMO			Gesamtergebnis		
	lfd.	davon		lfd.	davon		lfd.	davon		lfd.	davon		lfd.	davon		lfd.	davon	
Intensität		neu	ende		neu	ende		neu	ende		neu	ende		neu	ende		neu	ende
latenter Konflikt	18	0	1	16	0	3	15	0	0	22	2	5	8	0	1	79	2	10
Krise	8	1	0	12	2	1	0	0	0	19	0	0	13	0	0	52	4	1
ernste Krise	1	0	0	9	1	0	3	0	0	12	1	0	4	0	0	29	2	0
Kriege	1	0	0	7	0	0	1	0	0	1	0	0	3	0	0	13	0	0
Summe	28	1	1	44	4	4	19	0	0	54	3	5	28	0	1	173	8	11
davon Summe gewaltfrei	26	1	1	28	3	4	15	0	0	41	2	5	21	0	1	131	6	11
davon Summe gewaltsam	2	0	0	16	1	0	4	0	0	13	1	0	7	0	0	42	2	0

der Führung des stellvertretenden Armeechefs Alam Camara angeblich, die Regierung in Guinea-Bissau zu stürzen und werden daraufhin verhaftet. Der am 19.9. in der Elfenbeinküste durch die Patriotische Bewegung (MPCI) unter Guillaume Soro Kigbafori unternomme-



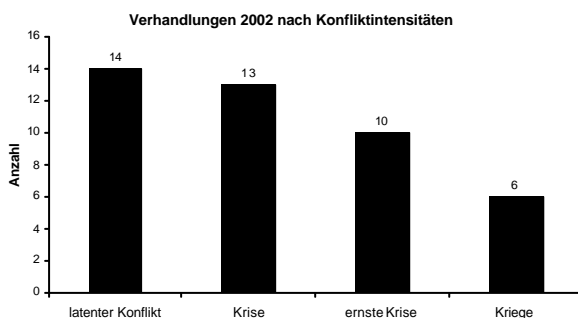
ne Putschversuch ist folgenreicher, da er einen Bürgerkrieg im Land auslöst. Auch der versuchte Putsch in Haiti vom 17.12.01, der angeblich von einem ehemaligen höheren Polizeioffizier angeführt wird, löst landesweite Ausschreitungen aus, bei denen Gebäude der Oppositionsparteien in Brand gesetzt werden. Die ohnehin angespannte innenpolitische Lage in Venezuela eskaliert nach dem am 11.4. unternommenen Militärputsch, in dessen Folge Staatspräsident Hugo Chavez

Maßnahmen zur Konfliktbearbeitung

In einem Viertel der insgesamt 173 politischen Auseinandersetzungen führen die jeweiligen Konfliktparteien Verhandlungen zu deren Lösung.

Verhandlungen

Von diesen 43 Konflikten gelangen 19 Verhandlungen zu einem Ergebnis. Drei Friedensverträge werden geschlossen: Im Tschad wird der Bürgerkrieg zwischen Regierung und MDJT beendet, in Indonesien werden Verträge auf den Molukken und in Aceh geschlossen. Drei Verhandlungen führen zu bislang dauerhaften Waffenstillständen, und zwar alle drei in seit langen



Jahren gewaltsam ausgetragenen Konflikten. Die Bürgerkriege in Angola und in Sri Lanka deeskalieren. Der Waffenstillstand in Somalia ist erst Ende Oktober geschlossen worden, seine Dauerhaftigkeit bleibt abzu-

sein Amt niederlegt. Trotz der im Einzelfall destabilisierenden Folgen bleiben Putsche und Putschversuche seit ihrem drastischen Rückgang zu Beginn der neunziger Jahre weiterhin ein seltenes Instrument der Konfliktaustragung.

Internationaler Terrorismus

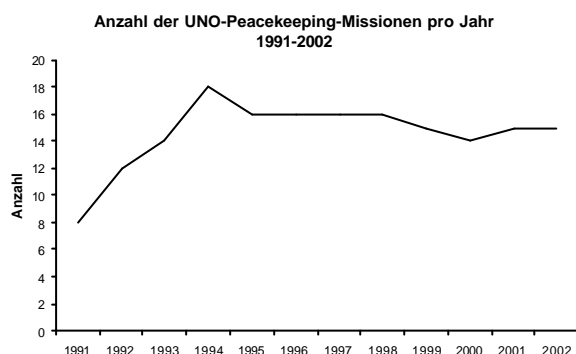
Entsprechend unserer Konfliktdefinition, nach der klar identifizierbare Parteien um ein nationales Gut kämpfen und nach der auf einer der Seiten ein Staat zumindest beteiligt ist, werden terroristische Einzelanschläge nicht gesondert erfasst. Dies gilt insbesondere für die Aufsehen erregenden Bombenanschläge auf Djerba (Tunesien), auf Bali (Indonesien) und in der Nähe von Mombasa (Kenia). Hier sind bis Redaktionsschluss weder die Urheber noch die von ihnen verfolgten Ziele bekannt, zudem haben sich die Attentate gegen zivile Einrichtungen gerichtet. In jenen Konflikten, in denen Terrorismus von sich dazu bekennenden Gruppierungen eingesetzt wird und deren bekannte Ziele gegen nationale Werte wie die staatliche Einheit gerichtet sind, werden die Anschläge als ein Mittel der Konfliktaustragung gewertet und beschrieben. Dies gilt beispielsweise für die ETA in Spanien, die Abu Sayyaf auf den Philippinen oder die verschiedenen palästinensischen Gruppierungen in Israel.

warten. Vier Waffenstillstände werden innerhalb dieses Jahres sowohl geschlossen als auch wieder gebrochen. Dies ist der Fall in den Bürgerkriegen in der Elfenbeinküste und im Sudan, außerdem in den Konflikten in Kolumbien (ELN) und auf den Philippinen (MILF). Weiterhin können zehn Abkommen als Erfolge von Verhandlungen gewertet werden. Insgesamt betreffen die meisten Verhandlungen Konflikte in den Regionen Asien und Afrika. Dies gilt sowohl in absoluten Zahlen als auch relativ. In den beiden Regionen werden in fast einem Drittel der Konflikte Verhandlungen geführt, weltweit nur in einem Viertel. Die absoluten Zahlen können den Eindruck erwecken, dass Verhandlungen am häufigsten in überwiegend gewaltfreien Konflikten geführt werden. Tatsächlich verhandeln die Konfliktparteien in der Hälfte der zwölf Kriege und in 34% der ernstesten Krisen. In Konflikten mit wenig oder gar keinem Gewalteininsatz werden dagegen nur in 21% der Fälle Verhandlungen geführt.

Internationale Organisationen

Im Jahr 2002 unterhält die UNO 15 Peacekeeping-Missionen. Jeweils fünf davon befinden sich in Europa (Bosnien-Herzegowina, Georgien [Abchasien], Jugoslawien [Kosovo], Kroatien und Zypern) und dem Vorderen und Mittleren Orient (Irak vs. Kuwait, Israel vs. Syrien, Israel, Libanon, Marokko [Westsahara]). In Afrika werden nur drei (Eritrea vs. Äthiopien, Kongo

[RCD] und Sierra Leone [RUF]), in Asien nur zwei (Indonesien [Ost-Timor] und Indien vs. Pakistan) durchgeführt. Mit den UNO-Missionen in Israel, im Libanon, im Kongo (RCD) und in Indien (Kaschmir) werden in vier Fällen UNO-Blauhelsoldaten in gewaltsamen Konflikten eingesetzt. Insgesamt sind im Oktober 2002 43.000 Soldaten und Polizisten aus 88 Ländern bei Peacekeeping-Missionen im Einsatz. Die größten Kontingente stellen Bangladesch (5.400 Mann), Pakistan (4.700 Mann) und Nigeria (3.300 Mann). Aus Deutschland sind 513 Personen bei fünf Missionen im Einsatz. Im Laufe des Jahres sterben 52 Blauhelsoldaten und -polizisten; insgesamt sind im Dienste der UNO seit 1948 über 1.700 Einsatzkräfte getötet worden. Die für die UNO gefährlichsten Mis-



sionen sind die UNIFIL (245 Tote seit 1978), UNFICYP (170 Tote seit 1964) und UNAMSIL (90 Tote seit 1999).

Die UNO hält zu Beginn des Jahres 2002 Sanktionen gegen acht Staaten aufrecht. Die Maßnahmen gegen Libyen sind dabei zurzeit ausgesetzt, die gegen die angolansische UNITA und gegen Afghanistan sind zum Teil ausgesetzt oder aufgehoben. Die Sanktionen gegen den Irak, Ruanda, Liberia und Sierra Leone blei-

ben unverändert bestehen. Das Waffenembargo gegen Somalia soll verstärkt durchgesetzt werden.

Neben der UNO unterhalten auch andere internationale Organisationen Friedensmissionen, so etwa die Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten (ECOWAS) in Sierra Leone und die Nordatlantikpaktorganisation (NATO) in Bosnien-Herzegowina, im Kosovo und in Makedonien. Neue Akteure sind die Afrikanische Union (AU), die seit Juli die Organisation Afrikanischer Einheit (OAU) ablöst, und die Wirtschaftsgemeinschaft Zentralafrikanischer Staaten (CEMAC), die ihre erste Mission am 1.11. in Zentralafrika beginnt. Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) unterhält 2002 insgesamt acht Langzeitmissionen in Skopje, Georgien, Moldawien, Tadschikistan, Bosnien-Herzegowina, Kroatien, dem Kosovo und in der Bundesrepublik Jugoslawien. Die Langzeitmissionen in Estland und Lettland werden im Berichtszeitraum beendet. Weiter ist die OSZE mit Feldaktivitäten in Usbekistan, Tschechien, Albanien, Weißrussland, Kasachstan, Kirgistan, Turkmenistan, der Ukraine, Armenien und Aserbaidschan vertreten.

Autoritative Entscheidungen durch den IGH

Der Internationale Gerichtshof (IGH) in Den Haag fällt 2002 ein Gerichtsurteil. Dieses beendet zum einen den Konflikt um die Seegrenzen zwischen Kamerun und Nigeria, wobei die Interessen Äquatorialguineas berücksichtigt werden. Gleichzeitig besteht der Konflikt zwischen Kamerun und Nigeria aber weiter, da Nigeria die Entscheidung des Gerichts trotz vorheriger Verpflichtung dazu nicht anerkennt. Der Grenzkonflikt zwischen Niger und Benin wird von beiden gemeinsam vor den IGH gebracht.

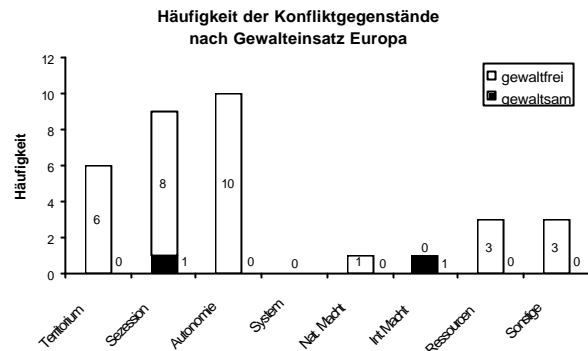
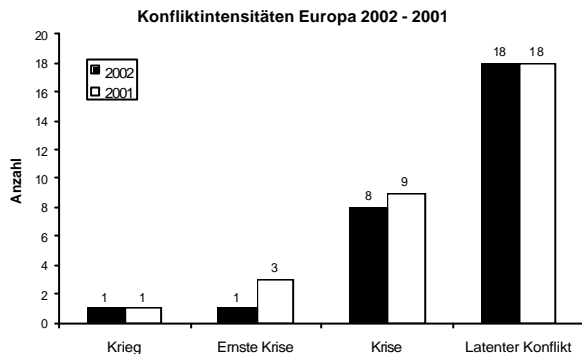
Übersicht: Laufende Peacekeeping-Missionen der UNO

Missionskürzel	Name der Mission	Beginn	Land
MINURSO	UN Mission for the Referendum in Western Sahara	1991	West Sahara
MONUC	UN Mission in the Democratic Republic of the Congo	1999	DR Kongo
UNAMSIL	UN Mission in Sierra Leone	1999	Sierra Leone
UNDOF	UN Disengagement Observer Force Golan Heights	1974	Syrien - Israel
UNFICYP	UN Force in Cyprus	1964	Zypern
UNIFIL	UN Interim Force in Lebanon	1978	Libanon
UNIKOM	UN Iraq-Kuwait Observer Mission	1991	Irak - Kuwait
UNMEE	UN Mission in Ethiopia and Eritrea	2000	Äthiopien - Eritrea
UNMIBH	UN Mission in Bosnia and Herzegovina	1995	Bosnien-Herzegowina
UNMIK	UN Interim Administration Mission in Kosovo	1999	Jugoslawien (Kosovo)
UNMISSET	UN Mission of Support in East Timor	2002 *	Ost-Timor
UNMOGIP	UN Military Observer Group India and Pakistan	1949	Indien - Pakistan
UNMOP	UN Mission of Observers in Prevlaka	1996	Kroatien
UNOMIG	UN Observer Mission to Georgia	1993	Georgien
UNTSO	UN Truce Supervisory Organization Middle East	1948	Naher Osten

* Nachfolgerin der UN Transitional Administration in East Timor (UNTAET), Beginn 1999

Europa

Die Gesamtzahl der Konflikte in Europa nimmt gegenüber dem Vorjahr um drei ab, zudem deeskalieren die Auseinandersetzungen in Makedonien und Spanien (Baskenland). Der Nordkaukasus ist in diesem Jahr die konfliktträchtigste Region mit fünf Konflikten, darunter befinden sich der vorwiegend gewaltsam ausgetragene innerstaatliche Krieg in Russland (Tschetschenien), der durch die Geiselnahme in Moskau in der Öffentlichkeit neue Beachtung findet, und die ernste Krise zwischen Russland und Georgien (Pankisi-Tal). Die Konflikte auf dem Balkan bleiben aufgrund verschiedener Abkommen und der Anwesenheit internationaler Organisationen weitgehend gewaltlos. Die Auseinandersetzung zwischen Marokko und Spanien um die unbewohnte Petersilieninsel im Mittelmeer, in der für kurze Zeit von beiden Seiten Militär eingesetzt wird, kann dank internationaler Vermittlung entschärft werden. Die häufigsten Konfliktgegenstände in Europa sind wieder Autonomie und Sezession.



Bosnien-Herzegowina

Intensität: 1	Veränderung: ↘	Beginn: 1991
Konfliktparteien: Serben (SDS), Kroaten (HDZ) und Muslime (SDA), Republika Srpska (RS) vs. Bosniakisch-Kroatische Föderation		
Konfliktgegenstand: Autonomie, Sonstiges (Minderheiten)		

Die Konflikte zwischen Serben, Kroaten und Bosniaken (Muslime) sowie zwischen den Entitäten in Bosnien-Herzegowina (BiH) bestehen fort. Die Kooperation zwischen der Republika Srpska und der Föderation gestaltet sich weiterhin schwierig. Bosnische Kroaten streben nach einer Abspaltung der mehrheitlich kroatisch besiedelten Gebiete und der Schaffung einer Dritten Republik. Im April erlässt der Hohe Repräsentant der Internationalen Gemeinschaft aufgrund der Ineffizienz sämtlicher staatlicher Organe in BiH per Dekret Verfassungsänderungen zur Minderheitenrepräsentanz. Der Kurs der nationalistischen Kräfte in beiden Entitäten wird durch ihren Sieg bei den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im Oktober bestätigt. Die Flüchtlings- und Minderheitenproblematik dauert an. *sb, sl*

Frankreich (Korsika)

Intensität: 2	Veränderung: •	Beginn: 1975
Konfliktparteien: korsische Nationalisten, korsische Terrororganisation (FLNC) vs. franz. Regierung		
Konfliktgegenstand: Sezession		

Der im Jahr 2000 begonnene Reformprozess für eine partielle Autonomie Korsikas scheitert. Das im letzten Jahr verabschiedete Korsika-Gesetz des französischen Kabinetts Lionel Jospins wird im wiederaufgenommenen Gesetzgebungsverfahren gestoppt. Anfang Januar erklärt der Verfassungsrat Frankreichs Kernpunkte des korsischen Autonomiegesetzes für verfassungswidrig. Nach den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen un-

terbreitet der neue Premierminister Jean-Pierre Raffarin in seiner ersten Regierungserklärung im Juni keine konkreten Pläne hinsichtlich der Mittelmeerinsel, verkündet aber einen allgemeinen Kurs der Dezentralisierung. Im Mai bekennt sich die korsische Befreiungsfront FLNC zu einem Sprengstoffanschlag in Marseille. *ah*

Georgien (Abchasien)

Intensität: 2	Veränderung: •	Beginn: 1989
Konfliktparteien: abchasische Oppositionelle vs. georgische Regierung		
Konfliktgegenstand: Ethnische und regionale Autonomie		

Die Autonome Republik Abchasien strebt nach wie vor die Abspaltung von Georgien und den Anschluss an Russland an. Der Waffenstillstand wird seit dem Moskauer Übereinkommen von 1994 von der UNO-Mission UNOMIG und den GUS-Friedenstruppen überwacht. Beide Missionen werden in diesem Jahr zweimal verlängert. Der abchasische Präsident Wladislaw Ardzinba befürchtet, Georgien werde eine geplante Anti-Terror-Operation auf Abchasien ausdehnen, da georgische Politiker behaupten, Al-Kaida-Kämpfer befänden sich in der Region. *ab*

Großbritannien (Nordirland)

Intensität: 2	Veränderung: •	Beginn: 1968
Konfliktparteien: IRA vs. Real IRA vs. Sinn Féin vs. britische Regierung vs. UUP, paramilitärische Protestantengruppen (UFF, UDA, LVF, UVF)		
Konfliktgegenstand: Autonomie (Umsetzung des Karfreitagsabkommens)		

Der fragile Friedensprozess in Nordirland, bei dem die Umsetzung des 1998 abgeschlossenen Karfreitagsabkommens im Zentrum steht, erfährt mit der insgesamt dritten Aufhebung der nordirischen Teilautonomie einen erneuten Rückschlag. Vorausgegangen ist ein Ulti-

Übersicht: Konflikte in Europa 2002

Konfliktname ¹	Direkt Beteiligte ²	Konfliktgegenstand	Beginn	Änd. ³	Int. ⁴
Bosnien-Herzegowina	Serben (SDS), Kroaten (HDZ) und Muslime (SDA), Republika Srpska (RS) vs. Bosniakisch-Kroatische Föderation	Autonomie, Sonstiges (Minderheiten)	1991	↘	1
Frankreich (Korsika)	Korsische Nationalisten, korsische Terrororganisation (FLNC) vs. französische Regierung	Sezession	1975	•	2
Georgien (Abchasien)	Abchasische Oppositionelle vs. georgische Regierung	Ethnische und regionale Autonomie	1989	•	2
Georgien (Adscharien) *	Adscharische Minderheit vs. georgische Regierung	Regionale Autonomie	1990	•	1
Georgien (Südossetien) *	Südosseten vs. georgische Regierung	Sezession	1989	•	1
Großbritannien (Nordirland)	IRA vs. Real IRA vs. Sinn Féin vs. britische Regierung vs. UUP, verschiedene paramilitärische Protestantengruppen (UFF vs. UDA)	Autonomie (Umsetzung des Karfreitagsabkommens)	1968	•	2
Jugoslawien (Kosovo)	Politische Parteien der ethnischen Albaner: LDK, PDK, AAK; albanische Nationalarmee vs. jugoslawische Regierung	Sezession	1989	•	2
Jugoslawien (Montenegro)	Montenegrinische Regionalregierung vs. jugoslawische Zentralregierung	Sezession	1997	•	1
Jugoslawien (Vojvodina)	Provinzialregierung der Vojvodina vs. jugoslawische Zentralregierung	Autonomie	1989	•	1
Lettland	Russische Minderheit vs. lettische Regierung	Kulturelle Autonomie	1991	•	1
Makedonien (UCK)	Albanische Freischärler vs. makedonische Polizeieinheiten	Autonomie, Sezession	1991	↘	2
Marokko - Spanien (Petersilieninsel)	Marokko vs. Spanien	Territorium (Petersilieninsel)	2002	neu	2
Moldawien (Transnistrien)	Transnistrische Separatisten PMR vs. moldawische Regierung	Sezession	1991	•	1
Rumänien *	Ungarische Minderheit vs. rumänische Regierung	Kulturelle Autonomie	1989	•	1
Rumänien - Ukraine *	Rumänien vs. Ukraine	Seegrenze (Schwarzes Meer: Schlangeninsel, Kontinentalsockel), Ressourcen (Erdöl, Erdgas)	1991	•	1
Russland - Georgien	Russland vs. Georgien	Internationale Macht	2001	↗	3
Russland - Weißrussland	Russland vs. Weißrussland	Nationale Macht	2001	•	1
Russland (Tschetschenien)	Tschetschenische Rebellen vs. russische Regierung	Sezession	1991	•	4
Slowakei *	Slowakische Regierung vs. ungarische Minderheit	Ethnische, regionale Autonomie	1993	•	1
Slowenien - Kroatien	Slowenien vs. Kroatien	Grenze	1991	•	1
Spanien - Großbritannien	Spanien vs. Großbritannien	Territorium (Gibraltar)	1954	•	1
Spanien - Marokko (Ceuta und Melilla) *	Spanien vs. Marokko	Territorium (Ceuta und Melilla), Ressourcen (Fischfang)	1961	•	1
Spanien (Baskenland)	ETA, Batasuna (bis Juli 2002) vs. spanische Regierung	Sezession	1960	↘	2
Türkei - Griechenland	Türkei vs. Griechenland	Territorium/Seegrenzen (Ägäis), Ressourcen	1973	↘	1
Ungarn - Rumänien *	Ungarn vs. Rumänien	Sonstiges (ungarische Minderheit in Rumänien)	2001	↘	1
Ungarn - Slowakei (Minderheit)	Ungarn vs. Slowakei	Sonstiges (ungarische Minderheit in der Slowakei)	2001	↗	2
Ungarn - Slowakei (Ressourcen) *	Ungarn vs. Slowakei	Ressourcen (Wasser)	1989	•	1
Zypern	Nordzypern vs. Republik Zypern	Sezession	1963	↘	1

¹) mit * gekennzeichnete Konflikte sind nicht mit einem eigenen Text im Regionalteil erwähnt

²) aufgeführt werden nur die im Berichtszeitraum direkt beteiligten Parteien

³) Veränderungen zum Vorjahr: ↗ bzw. ↗ Eskalation um eine bzw. mehr als eine Intensitätsstufe. ↘ bzw. ↘ Deeskalation um eine bzw. mehr als eine Intensitätsstufe; • keine Veränderung

⁴) Intensitätsstufen: 4: Krieg; 3: ernste Krise; 2: Krise; 1: latenter Konflikt

matum des protestantischen Premierminister Nordirlands David Trimble, der am 15.9. die Auflösung der katholischen Irisch Republikanischen Armee (IRA) und am 5.10. den Ausschluss des politischen Arms der IRA, der Sinn Féin, aus der nordirischen Regierung fordert. Andernfalls droht er mit dem Auszug seiner Partei aus dem Kabinett. Mit der Aufhebung der Autonomie am 14.10. versucht die britische Regierung diesen Schritt, der das Ende des Prozesses bedeutet hätte, zu verhindern. Hintergrund sind die Aufdeckung einer Zusammenarbeit der IRA mit der kolumbianischen Rebellenorganisation FARC im Frühjahr, welche die protestantischen Parteien UUP und DUP als Bruch des Waffenstillstandsvertrages interpretieren, die Affäre um einen angeblichen Spionageversuch der IRA im

Belfaster Parlament sowie die Zunahme gewaltsamer Zusammenstöße zwischen Protestanten und Katholiken. Zuvor hatte sich die IRA am 16.7. zum ersten Mal bei den versehentlich getroffenen Opfern der Kämpfe und deren Familien entschuldigt. nis

Jugoslawien (Kosovo)

Intensität: 2 Veränderung: • Beginn: 1989

Konfliktparteien: LDK, PDK, AAK; albanische Nationalarmee vs. jugoslawische Regierung

Konfliktgegenstand: Sezession

Der Konflikt zwischen der albanischen Bevölkerungsmehrheit und der jugoslawischen Regierung um den Status der von der UNO-Mission UNMIK verwalteten Provinz Kosovo besteht weiterhin. Anfang März wird

die politische Pattsituation, die seit den Parlamentswahlen im November vergangenen Jahres bestanden hat, durch eine Koalitionsvereinbarung zwischen den drei großen kosovo-albanischen Parteien Demokratische Liga des Kosovo (LDK), Demokratische Partei des Kosovo (PDK) und der Allianz für die Zukunft des Kosovo (AAK) beendet. Ibrahim Rugova (LDK) wird neuer Präsident, Bajram Rexhepi (PDK) neuer Premierminister. Bei den Ende Oktober stattfindenden Kommunalwahlen trägt die LDK den Sieg davon. Die Wahlen werden von niedriger Wahlbeteiligung vor allem der serbischen Bevölkerung überschattet. Wie in den beiden Vorjahren werden hochrangige Vertreter der LDK ermordet. Insgesamt aber bleibt der Konflikt nicht zuletzt wegen der Anwesenheit der KFOR-Truppen überwiegend gewaltlos. *fw*

Jugoslawien (Montenegro)

Intensität: 1	Veränderung: •	Beginn: 1997
Konfliktparteien:	DPS, LS vs. SNP, Regierung Jugoslawien	
Konfliktgegenstand:	Sezession	

Unter Druck der EU einigen sich Serbien und Montenegro im März auf eine staatsrechtliche Neuordnung der Bundesrepublik Jugoslawien, deren Ergebnis ein loser Staatenbund "Serbien und Montenegro" sein soll. Die hierfür notwendigen Verfassungsänderungen in den Teilrepubliken und auf Bundesebene stehen noch aus. Der Sieg der Parteienkoalition Liste für ein europäisches Montenegro unter Führung des amtierenden Präsidenten Milo Djukanovic bei den vorgezogenen Parlamentswahlen am 20.10. bekräftigt den im Land trotz allem heftig umstrittenen Kurs, der von der EU vorgegeben wird. Die Regierung in Podgorica gibt die Unabhängigkeitsbestrebungen für Montenegro nicht auf, sondern verschiebt das ursprünglich für April geplante Referendum über die Unabhängigkeit um drei Jahre. *sb, sl*

Jugoslawien (Vojvodina)

Intensität: 1	Veränderung: •	Beginn: 1989
Konfliktparteien:	Provinzialregierung der Vojvodina vs. jugoslawische Zentralregierung	
Konfliktgegenstand:	Autonomie	

Im Konflikt um den Status der nordserbischen Provinz Vojvodina nähern sich die beteiligten Parteien an. Im Januar beschließt das jugoslawische Bundesparlament mit knapper Mehrheit das "Omnibusgesetz", das eine weitgehende Wiederherstellung der 1989 aufgehobenen Autonomie der Vojvodina vorsieht. Das "Omnibusgesetz" gilt als Übergangslösung bis zur Verabschiedung einer neuen serbischen Verfassung. *sb, sl*

Lettland

Intensität: 1	Veränderung: •	Beginn: 1991
Konfliktparteien:	Russische Minderheit vs. lettische Regierung	
Konfliktgegenstand:	Kulturelle Autonomie	

Das seit 1993 bestehende Mandat der OSZE-Mission in Lettland endet am 31.12.01. Damit wird anerkannt, dass der Schutz der russischsprachigen Minderheit europäischen Standards entspricht. Per Verfassungsänderung wird Anfang des Jahres die lettische Sprache zur Arbeitssprache des Parlaments erhoben. Das Wahlgesetz hat die Teilnahme an regionalen und nationalen Wahlen bisher vom Nachweis lettischer Sprachkennt-

nisse abhängig gemacht. Da das Gesetz die russisch-lettischen Beziehungen stark belastet, hat NATO-Generalsekretär George Robertson die Aufnahme Lettlands an die Änderung des Gesetzes gebunden. Im Mai passiert die Gesetzesänderung das Parlament. Nach den Parlamentswahlen am 5.10. wird der rechtsliberale Einars Repse neuer Regierungschef. Die auf die russischsprachige Minderheit ausgerichtete Partei Für Menschenrechte in einem Vereinten Lettland, die knapp 19% erreicht, schließt er bereits im Vorfeld als Koalitionspartner aus. *ab*

Makedonien (UCK)

Intensität: 2	Veränderung: ↘	Beginn: 1991
Konfliktparteien:	Albanische Freischärler vs. makedonische Polizeieinheiten	
Konfliktgegenstand:	Autonomie, Sezession	

Die im September abgehaltenen Parlamentswahlen in Makedonien führen zu einem Regierungswechsel. Im neuen sozialdemokratischen Kabinett wird auch die Demokratische Union für Integration beteiligt, die unter dem Vorsitz des ehemaligen Führers der Nationalen Befreiungsarmee UCK Ali Ahmeti steht. Trotz Einbindung der ehemaligen Rebellen in die Regierung und weiterer konfliktentschärfender Maßnahmen halten die Spannungen zwischen albanischen und slawischen Makedoniern an. Ein Indikator hierfür ist die im November beschlossene Verlängerung des NATO-Mandats. *aj*

Marokko - Spanien (Petersilieninsel)

Intensität: 2	Veränderung: neu	Beginn: 2002
Konfliktparteien:	Marokko vs. Spanien	
Konfliktgegenstand:	Territorium (Petersilieninsel)	

Der Status der unbewohnten Petersilieninsel nahe der marokkanischen Küste ist zwischen Spanien und Marokko umstritten. Am 11.7. besetzen zwölf marokkanische Soldaten und Gendarmen die Insel. Von Spanien wird dies als feindlicher Akt bewertet, der gegen einen 1991 geschlossenen Vertrag über Zusammenarbeit und Freundschaft verstoße. Marokko begründet die Aktion damit, die illegale Einwanderung nach Spanien und den Drogenhandel in der Straße von Gibraltar bekämpfen zu wollen. Die Spannungen zwischen der marokkanischen und der spanischen Regierung nehmen zu, als Marokko einen Abzug von der Insel ablehnt und Spanien daraufhin mehrere Kriegsschiffe entsendet und seinen Botschafter aus Rabat abzieht. Am 17.7. landen spanische Soldaten auf der Insel, nehmen die marokkanischen Soldaten fest und überstellen diese an Marokko. Spanien stationiert 75 Soldaten auf der Insel. Auf Druck der UNO, der USA, der EU und der Arabischen Liga verspricht Marokko am 19.7., auf die Entsendung von Militär zu verzichten, sofern Spanien seine Truppen abziehe. Am 20.7. vermittelt US-Außenminister Colin Powell zwischen den Konfliktparteien. Beide Parteien beschließen, dass die Insel neutrales Gebiet sein soll, auf dem keine Soldaten stationiert werden. Spanien zieht am selben Tag seine Truppen ab. Am 23.9. kommt es erneut zu Spannungen, als der marokkanische Außenminister Mohamed Benaissa ein Treffen mit seiner spanischen Kollegin Ana Palacio absagt, da angeblich ein spanischer Hubschrauber auf der Insel gelandet sei. Spanien dementiert dies. *sk*

Moldawien (Transnistrien)

Intensität: 1	Veränderung: •	Beginn: 1991
Konfliktparteien:	Transnistrische Separatisten (PMR) vs. moldawische Regierung	
Konfliktgegenstand:	Sezession	

In dem bereits elf Jahre andauernden Konflikt um die Abspaltung der Autonomen Republik Transnistrien von Moldawien ist noch keine endgültige Lösung gefunden. Die moldawische Regierung legt im Juli einen Entwurf zu einer Verfassungsänderung vor, der eine föderale Struktur für Moldawien und seine Teilrepubliken in Aussicht stellt. Die Führung in Transnistrien besteht jedoch weiterhin auf der Anerkennung ihrer Unabhängigkeit. *sb, sl*

Russland - Georgien

Intensität: 3	Veränderung: ↗	Beginn: 2001
Konfliktparteien:	Russland vs. Georgien	
Konfliktgegenstand:	Internationale Macht/geostrategische Lage	

Aufgrund der bewaffneten Auseinandersetzungen in der russischen Teilrepublik Tschetschenien, die eine gemeinsame Grenze mit Georgien hat, ziehen sich tschetschenische Rebellen bereits seit Beginn des Jahres 2000 in das grenznahe georgische Pankisi-Tal zurück. Russische Kampfflugzeuge fliegen dort im Zuge der Verfolgung tschetschenischer Separatisten wiederholt Luftangriffe. Gegen diese Verletzung des eigenen Luftraums protestiert das georgische Außenministerium im Juli. Russland seinerseits wirft Georgien vor, in der Krisenregion nicht entschlossen genug zu handeln und fordert ein gemeinsames russisch-georgisches Vorgehen gegen die Rebellen. Am 23.8. fliegt die russische Armee einen Angriff auf georgische Dörfer. Mindestens ein Mensch wird dabei getötet, mehrere verletzt. Nun protestieren auch die USA gegen die Verletzung der georgischen Souveränität. Zwei Tage später verlegt Georgien eine 1.000 Mann starke Truppe des Innenministeriums, Polizeikräfte und Spezialeinheiten in das Gebiet, um die Kontrolle über das Pankisi-Tal wiederzuerlangen. Die USA stellen Georgien ein 64 Mio. US-Dollar umfassendes Ausbildungs- und Ausrüstungsprogramm in Aussicht, um gegen mutmaßliche Al-Kaida-Kämpfer in den Reihen der tschetschenischen Separatisten in Pankisi vorzugehen. Der georgische Präsident Eduard Schewardnadse beschuldigt das russische Militär, absichtlich immer mehr tschetschenische Rebellen über die Grenze zu treiben. Umgekehrt wirft Wladimir Putin den georgischen Behörden vor, tschetschenische Rebellen nicht auszuliefern. Im September ordnet Schewardnadse eine Anti-Terror-Operation an, an der US-amerikanische und auf Druck der russischen Regierung auch russische Elitesoldaten beteiligt sind. 40 mutmaßliche Kriminelle und Rebellen werden festgenommen. *ab*

Russland - Weißrussland

Intensität: 1	Veränderung: •	Beginn: 2001
Konfliktparteien:	Russland vs. Weißrussland	
Konfliktgegenstand:	Nationale Macht	

Der 1999 vom damaligen russischen Präsidenten Boris Jelzin und seinem weißrussischen Amtskollegen Alexander Lukaschenko unterzeichnete Vertrag über eine russisch-weißrussische Union wird mittlerweile von beiden Staaten unterschiedlich interpretiert. Das ursprüngliche Abkommen sieht die Schaffung gemeinsa-

mer Institutionen vor. Im August schlägt der russische Präsident Wladimir Putin jedoch vor, bis 2004 - also noch vor der nächsten Präsidentschaftswahl in Russland - die Verfassung der Russischen Föderation auf Weißrussland auszudehnen und damit die sieben weißrussischen Provinzen den 89 russischen anzugliedern. Weißrussland würde damit im russischen Staat aufgehen. Alternativ dazu bietet Putin eine Vereinigung nach dem Vorbild der EU an. Beide Vorschläge lehnt Lukaschenko kategorisch ab. Die Fronten zwischen Russland und Weißrussland sind damit verhärtet. *ab*

Russland (Tschetschenien)

Intensität: 4	Veränderung: •	Beginn: 1991
Konfliktparteien:	Tschetschenische Rebellen vs. russische Regierung	
Konfliktgegenstand:	Sezession	

Der zweite Tschetschenienkrieg ist in seinem dritten Jahr von einer Lösung weit entfernt. Erste Ansätze zu Friedensverhandlungen im November 2001 scheitern. Um den Jahreswechsel eskalieren die Kampfhandlungen erneut. Zum ersten Mal seit zwei Jahren führt eine Delegation der Parlamentarischen Versammlung des Europarats im Januar eine Menschenrechtsuntersuchung in Tschetschenien durch. Die für die Unabhängigkeit von Russland kämpfenden tschetschenischen Separatisten setzen ihren Guerillakrieg vor allem im Süden der Teilrepublik unvermindert fort. Sie nutzen das angrenzende Georgien seit Beginn der gewaltsamen Auseinandersetzungen als Rückzugsgebiet. Die russische Armee führt regelmäßig so genannte Säuberungsaktionen durch, bei denen Dörfer abgeriegelt und diese systematisch nach Rebellen durchsucht werden. Dabei sind nach Angaben von UNO und Europarat auch Misshandlungen der Zivilbevölkerung üblich. Den Abschuss eines russischen Hubschraubers beantwortet die russische Luftwaffe im August mit Vergeltungsschlägen gegen georgische Dörfer und verletzt damit die Souveränität Georgiens. Die öffentliche Meinung in Russland scheint sich im Laufe des Jahres langsam gegen den Krieg zu wenden, so dass sich eine Verhandlungsmöglichkeit andeutet. Am 26.9. allerdings liefern sich tschetschenische Rebellen und russische Truppen an der Grenze zwischen Inguschetien und Tschetschenien die bis dahin schwersten Gefechte dieses Jahres. Seit Anfang 2002 erarbeitet die von Russland eingesetzte tschetschenische Verwaltung eine Verfassung, die Tschetschenien zu einer "präsidialen Republik" innerhalb der Russischen Föderation machen würde. Die Bevölkerung soll darüber abstimmen können. Verhandlungen über den zukünftigen Status Tschetscheniens scheinen damit auszuscheiden. Am 23.10. stürmen ca. 40 bewaffnete Männer und Frauen ein Moskauer Theater während der Vorstellung und nehmen rund 900 Personen - Zuschauer und Personal - als Geiseln. Die Täter sind tschetschenische Separatisten, die die sofortige Beendigung des Krieges fordern. Russische Sicherheitskräfte stürmen am 27.10. das Gebäude unter Verwendung eines Gases. 100-300 Geiseln und vermutlich alle Geiselnnehmer werden dabei getötet. Verteidigungsminister Sergej Iwanow kündigt zielgerichtete Spezialoperationen in allen Teilen Tschetscheniens an. *ab*

Slowenien - Kroatien

Intensität: 1	Veränderung: •	Beginn: 1991
Konfliktparteien:	Slowenien vs. Kroatien	
Konfliktgegenstand:	Grenze	

Der Konflikt zwischen Slowenien und Kroatien um den Grenzverlauf in der Bucht von Piran in der nord-östlichen Adria besteht seit der Unabhängigkeit der beiden Republiken. Nachdem 2001 der kroatische Premierminister Ivica Racan mit seinem slowenischen Amtskollegen Janez Drnovšek ein Abkommen unterzeichnet hat, das den Slowenen 80% der Bucht zuspricht, verschärft sich der Konflikt, so dass das kroatische Parlament das Abkommen nicht ratifiziert und sich dadurch die Fronten verhärten. Im Rahmen eines Treffens der Zentraleuropäischen Initiative Anfang Juni dieses Jahres können sich die Staatspräsidenten Mesic und Kucan auf keine Lösung des Grenzkonfliktes einigen. Slowenien drängt im Hinblick auf den Beitritt zur EU auf eine Regelung, beharrt aber auf der Gültigkeit des nicht ratifizierten Abkommens. Der kroatische Premierminister Racan macht daraufhin den Vorschlag, die Lösung an ein internationales Schiedsgericht zu übergeben. *sb, sl*

Spanien - Großbritannien

Intensität: 1	Veränderung: •	Beginn: 1954
Konfliktparteien:	Spanien vs. Großbritannien	
Konfliktgegenstand:	Territorium (Gibraltar)	

Im Konflikt zwischen Spanien und Großbritannien um Gibraltar können zunächst bei Verhandlungen im Februar Fortschritte erzielt werden. Die Außenminister vereinbaren, die britische Kronkolonie in enger Kooperation mit Spanien zu verwalten. Die Einwohner behalten in diesem Fall ihre britische Staatsbürgerschaft. Am 18.3. demonstrieren 20.000 Menschen in Gibraltar für ihr Recht auf Selbstbestimmung und gegen eine gemeinsame Souveränität von Spanien und Großbritannien. Der britische Premierminister Tony Blair sichert ihnen daraufhin die letzte Entscheidung über die Zukunft der Insel zu. Im Mai kommen die Verhandlungen ins Stocken. In einem Referendum am 7.11. sprechen sich die Einwohner Gibaltars gegen eine geteilte Souveränität aus. Spanien nennt das Referendum illegal und irrelevant. *sk*

Spanien (Baskenland)

Intensität: 2	Veränderung: ↘	Beginn: 1960
Konfliktparteien:	ETA, Batasuna (bis Juli 2002) vs. spanische Regierung	
Konfliktgegenstand:	Sezession	

Im Konflikt um die Unabhängigkeit des Baskenlandes zwischen Spanien und der baskischen Terrororganisation ETA setzt diese ihre Terroranschläge fort, bei denen in diesem Jahr drei Menschen getötet werden. Die spanische Polizei nimmt zahlreiche ETA-Mitglieder fest, entschärft Bomben und stellt Waffenlager sicher. Dabei wird sie oft von französischen Sicherheitsbehörden unterstützt. Am 5.6. verabschiedet das spanische Parlament ein neues Parteiengesetz, das ein Verbot einer Partei ermöglicht, sofern diese "taktisch oder ausdrücklich den Terrorismus unterstützt". Daraufhin fordert es die Regierung auf, dem Obersten Gerichtshof einen Verbotsantrag für die der ETA nahestehende Partei Batasuna vorzulegen. Gleichzeitig untersagt der Untersuchungsrichter vom Nationalen Gerichtshof,

Baltasar Garzón, der Partei jegliche politische Aktivität und beschlagnahmt ihr Bankvermögen. Auf den Verbotsantrag hin kommt es im Baskenland zu Ausschreitungen. Garzón verbietet am 2.9. Demonstrationen, Transparente und Anzeigen für Batasuna. Anfang Oktober bestätigt der Nationale Gerichtshof das einstweilige Verbot von Batasuna. Ihre Zusammenarbeit mit der ETA sei bewiesen. Am 27.9. kündigt der baskische Regierungschef Juan José Ibarretxe an, das Baskenland innerhalb eines Jahres in die Unabhängigkeit zu führen. Daraufhin demonstrieren in San Sebastián 100.000 Menschen unter dem Motto "Verfassung und Autonomiestatut ja, obligatorischer Nationalismus nein!" gegen die Loslösungspläne. *sk*

Türkei - Griechenland

Intensität: 1	Veränderung: ↘	Beginn: 1973
Konfliktparteien:	Türkei vs. Griechenland	
Konfliktgegenstand:	Territorium; Seegrenzen (Ägäis), Ressourcen	

Das Verhältnis zwischen der Türkei und Griechenland im Ägäis-Konflikt um Territorium, Seegrenzen und Ressourcen entspannt sich weiterhin. Im Frühjahr treffen sich die beiden Außenminister zu Gesprächen und beraten erstmals über die zentralen Konfliktgegenstände. Athen setzt sich im Hinblick auf die mögliche Nennung eines Datums für den Beginn der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei für ein positives Signal an Ankara auf dem EU-Gipfeltreffen im Dezember in Kopenhagen ein. Dies wird auch beim Besuch des Vorsitzenden der AKP-Partei Recep Tayyip Erdogan in Athen deutlich, dessen Partei bei den Zwischenwahlen einen Sieg errungen hat. *nis*

Ungarn - Slowakei (Minderheit)

Intensität: 2	Veränderung: ↗	Beginn: 2001
Konfliktparteien:	Ungarn vs. Slowakei	
Konfliktgegenstand:	Sonstiges (ungarische Minderheit)	

Am 1.1. tritt in Ungarn ein Gesetz in Kraft, das den ungarischen Minderheiten in den Nachbarländern Begünstigungen im Mutterland einräumt. Der slowakische Ministerpräsident Mikuláš Dzurinda protestiert gegen das Gesetz und verlangt, dass die Slowakei von seiner Anwendung ausgenommen werde, andernfalls werde man Maßnahmen ergreifen, um die Wirkung des ungarischen Gesetzes im eigenen Land zu unterbinden. *ab*

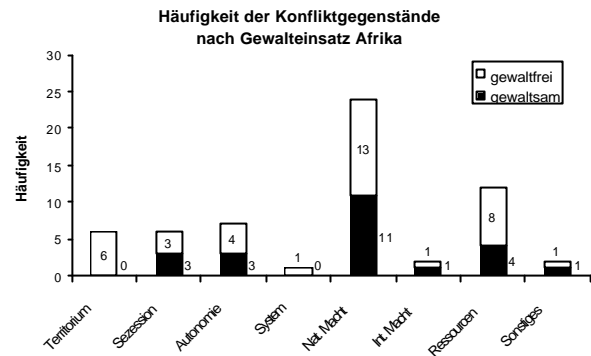
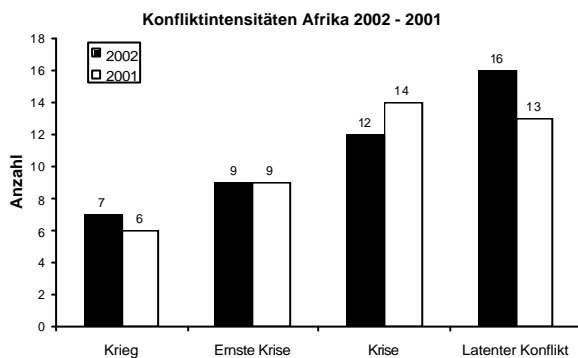
Zypern

Intensität: 1	Veränderung: ↘	Beginn: 1963
Konfliktparteien:	Nordzypern vs. Republik Zypern	
Konfliktgegenstand:	Sezession	

Im November legt die UNO einen Lösungsvorschlag zur Überwindung der Teilung Zyperns vor. Dieser beinhaltet einen Bundesstaat, der in seiner Verfassung die Bevorzugung einer ethnischen Gruppe ausschließt. Die von Griechen dominierte Regierung der Republik Zypern unter Präsident Glafkos Klerides akzeptiert den Vorschlag. Dagegen zögert der Vertreter der türkischen Volksgruppe auf Zypern Rauf Denktaş, dem Modell zuzustimmen, da es eine lose Konföderation souveräner Staaten vorsieht. *aj*

Afrika

Afrika bleibt wie im Vorjahr die Region mit den meisten gewaltsamen Konflikten. Diese konzentrieren sich auf innerstaatliche Auseinandersetzungen in Westafrika und im Gebiet um die Großen Seen. Die deutlichsten Veränderungen finden in Guinea und in der Elfenbeinküste statt. In Guinea deeskaliert der Bürgerkrieg, wohingegen der Konflikt in der Elfenbeinküste nun als Krieg ausgetragen wird. Viele der als gewaltsam erfassten Konflikte deeskalisieren im Laufe des Jahres deutlich. Die Hauptkonfliktgegenstände nationale Macht und Ressourcen sind oft nicht mehr zu trennen. Die kriegführenden Parteien finanzieren sich zum Großteil aus der rücksichtslosen Ausbeutung der Bodenschätze und der Zivilbevölkerung. Diese hat unter dem sehr hohen Gewaltniveau besonders zu leiden. Erfolgreichster Vermittler ist die UNO. Daneben spielen regionale Führungsmächte wie Südafrika und Libyen oftmals eine Rolle, außerdem seit 9.7. die Afrikanische Union (AU), Nachfolgerin der Organisation Afrikanischer Einheit (OAU).



Angola (Cabinda)

Intensität:	3	Veränderung:	↗	Beginn:	1982
Konfliktparteien:	FLEC/FAC, FLEC Renovada vs. Regierung				
Konfliktgegenstand:	Sezession				

Der Konflikt zwischen der Befreiungsfront für die Enklave Cabinda (FLEC) und der Armee Angolas um Sezession des erdölreichen Gebiets Cabinda eskaliert. Bei Zusammenstößen werden im April zwölf Kombattanten getötet. Am 21.8. beschuldigen die Separatisten die Regierung, ihre Offensive zu verstärken. Im Oktober bietet die angolische Regierung Verhandlungen an, ohne sich auf die Forderung der Separatisten nach einem Referendum über den Status Cabindas einzulassen. Am 18.10. setzt die Armee ihre Offensive fort, wobei es zu Übergriffen auf die Zivilbevölkerung kommt. Die FLEC wirft der Regierung vor, mindestens 100 Zivilisten getötet zu haben. Waffenstillstandsverhandlungen schlagen am 24.10. fehl. Zuvor hat der Generalsekretär der MPLA, Joao Lourenco, eine Autonomieregelung vorgeschlagen, eine Sezession jedoch ausgeschlossen. Die Regierung setzt ihre Offensive fort. gs

Angola (UNITA)

Intensität:	4	Veränderung:	•	Beginn:	1992
Konfliktparteien:	UNITA, UNITA-Renovada vs. Regierung				
Konfliktgegenstand:	Nationale Macht, Ressourcen				

Der Tod des Rebellenführers Jonas Savimbi am 23.2. führt zu einer Deeskalation des Konfliktes um nationale Macht und Ressourcen zwischen der regierenden Volksbewegung für die Befreiung von Angola (MPLA) und der gewaltsam agierenden Nationalen Union für die totale Unabhängigkeit Angolas (UNITA). Savimbi wird bei der seit Dezember 2001 andauernden Regierungsoffensive in der Provinz Moxico getötet. Die

fortgesetzte Führungslosigkeit und die UNO-Sanktionen, die ihr finanzielle Ressourcen entziehen, zwingen die UNITA zum Einlenken. Im Abkommen zwischen der angolischen Armee und der UNITA vom 4.4. wird ein Waffenstillstand und die Rückkehr zum Lusaka-Protokoll von 1994 vereinbart. Dieses beinhaltet paritätische Regierungsbeteiligung, Entwaffnung und Demobilisierung der UNITA sowie Durchführung von Wahlen. Die Umsetzung des Abkommens wird vom UNO-Sonderbeauftragten Ibrahim Gambari sowie den USA, Russland und Portugal überwacht. Eine gemischte Regierung wird rasch gebildet. Die UNO beschließt erneut die Aufnahme einer Mission in Angola (UNMA) für den 15.2.03. Der Friedensprozess bleibt durch zerstörte Infrastruktur, großflächige Verminderung, schlechte humanitäre Versorgungslage, unkontrollierte Flüchtlingsströme und Entmilitarisierung der Gesellschaft belastet. gs

Äthiopien (Ogaden)

Intensität:	3	Veränderung:	↗	Beginn:	1992
Konfliktparteien:	OLF, Rebellengruppen vs. Regierung				
Konfliktgegenstand:	Ethnische, regionale Autonomie				

Durch die Entspannung zwischen Äthiopien und Eritrea werden militärische Ressourcen frei, die die äthiopische Regierung im Kampf gegen die Oromo Befreiungsfront (OLF) einsetzt. Die OLF kämpft für ethnische und regionale Autonomie im Ogaden. Die Regierung geht besonders gegen Studentendemonstrationen in Oromiya vor, bei denen mindestens 100 Menschen getötet werden. Die OLF reagiert im Juni und im September mit Bombenanschlägen. Beide Seiten liefern sich im Westen des Landes Gefechte. Äthiopien beschuldigt Eritrea, die OLF auszubilden und mit Waffenlieferungen zu unterstützen. kro

Burundi (Hutu)

Intensität: 4	Veränderung: •	Beginn: 1993
Konfliktparteien:	Hutu-Rebellengruppen vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Nationale Macht	

Seit November 2001 ist in Burundi eine Übergangsregierung aus Hutus und Tutsis unter alternierendem Vorsitz im Amt. Das Übergangsparlament ist ebenfalls paritätisch zusammengesetzt. Der Bürgerkrieg zwischen Regierungstruppen und Hutu-Rebellen geht dennoch unvermindert weiter. Gespräche zwischen Vertretern der beiden größten Rebellengruppen Kräfte für die Verteidigung der Demokratie (FDD) und Nationale Befreiungskräfte (FNL) und der Übergangsregierung finden seit Februar unter Vermittlung Südafrikas statt. Der UNO-Sicherheitsrat hat die Rebellen zu aktiver Teilnahme am Friedensprozess aufgefordert. Erst am 30.8. unterzeichnen FDD und Übergangsregierung ein Verständigungsabkommen. Während der Gespräche finden dennoch massive Kämpfe zwischen Rebellen und Übergangsregierung statt. Im Verlauf des Jahres werden Hunderte von Menschen getötet. Der schwerste Zwischenfall ereignet sich am 18.9., als das Militär 183 Zivilisten tötet. Hunderttausende Menschen befinden sich auf der Flucht. *ps*

Elfenbeinküste (RDR, MPCJ)

Intensität: 4	Veränderung: ↑	Beginn: 2000
Konfliktparteien:	RDR, MPCJ vs. FPI	
Konfliktgegenstand:	Nationale Macht	

Die innerstaatliche Auseinandersetzung um nationale Macht in der Elfenbeinküste zwischen der regierenden Volksfront (FPI) um Präsident Laurent Gbagbo und der Republikanischen Sammlungsbewegung (RDR) von Alassane Ouattara spitzt sich durch die gewaltsamen Aktivitäten der Patriotischen Bewegung (MPCJ) unter Guillaume Soro Kigbafori zu. Am 19.9. unternimmt die MPCJ, die sich vorwiegend aus dem muslimischen Norden rekrutiert, einen Putschversuch. Bei Schießereien in der Hauptstadt Abidjan und in anderen Städten sterben 300 Kombattanten, darunter Ex-Militär-machthaber Robert Guéi, der von der Regierung als verantwortlich bezeichnet wird. Die französische Armee beginnt am 22.9. mit der Verstärkung ihrer Truppen zum Schutz der 20.000 französischen Staatsbürger und führt unter Mithilfe amerikanischer Truppen Evakuierungen durch. Am 30.9. findet ein Krisengipfel der Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten (ECOWAS) in der ghanaischen Hauptstadt Accra statt, der die Einsetzung einer Verhandlungsdelegation bestimmt. Zeitgleich weiten die Aufständischen ihre Kontrolle im Norden und Westen aus und setzen ihren Vormarsch auf Abidjan fort, der jedoch durch die Präsenz französischer Truppen gestoppt wird. Ein von der ECOWAS vermitteltler Waffenstillstand tritt am 17.10. in Kraft. Als Ergebnis der ECOWAS-Vermittlungen sollen innerhalb von sechs Monaten Neuwahlen stattfinden, die keine Volksgruppe diskriminieren. Am 20.11. erklärt sich Präsident Gbagbo zu einem Verfassungsreferendum bereit, das die Benachteiligung der im Norden ansässigen Muslime ausräumen soll, sofern eine Entwaffnung der Rebellen erfolgt und die Verfassung beachtet wird. Er lehnt jedoch einen Rücktritt als Präsident ab. Nachdem Ouattara nach Gabun geflüchtet ist, wird

am 28.11. im Westen der Waffenstillstand durch zwei Rebellensplittergruppe gebrochen. *gs*

Ghana

Intensität: 2	Veränderung: neu	Beginn: 2002
Konfliktparteien:	Andani vs. Abudu vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Nationale Macht	

Bei bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Andani und Abudu im März werden der Oberhäuptling der beiden Clans Ya-Na Yakubu Andani II. und etwa 30 Menschen getötet. Beide Konfliktparteien geben sich gegenseitig die Schuld dafür. Die Regierung verhängt den Notstand und eine Pressezensur über die Region Dagomba und richtet eine Untersuchungskommission ein. Die UNO schaltet sich im September ein, um bei der Aufklärung des Vorfalls zu assistieren. Das Militär bleibt präsent, da die Regierung eine Destabilisierung Ghanas befürchtet. *kro*

Guinea (UDFG)

Intensität: 1	Veränderung: ↓	Beginn: 1999
Konfliktparteien:	UDFG, RUF (aus Sierra Leone) vs. Regierung, Kamajormilizen (aus Sierra Leone)	
Konfliktgegenstand:	Nationale Macht, Ressourcen	

Die Entwicklung des Konfliktes in Sierra Leone hat auch den Konflikt in Guinea zwischen der Regierung und der Union der Demokratischen Kräfte Guineas (UDGF) positiv beeinflusst, weil ihnen die Unterstützung durch die Revolutionäre Vereinigte Front (RUF) aus Sierra Leone fehlt. Seit April letzten Jahres sind keine Kämpfe zwischen der UDGF und der Regierung mehr zu verzeichnen. Ehemalige UDGF-Rebellen kämpfen inzwischen zusammen mit Resten der RUF in Liberia auf Seiten der Regierungsarmee. *mw*

Guinea-Bissau

Intensität: 2	Veränderung: •	Beginn: 1998
Konfliktparteien:	Opposition vs. Regierung Guinea-Bissau	
Konfliktgegenstand:	Nationale Macht	

Am 3.12. lässt Guinea-Bissaus Präsident Kumba Yala 29 Offiziere und Politiker nach einem angeblichen Putschversuch unter dem Vize-Generalstabschef Alam Camara verhaften. Camara gehört wie der getötete ehemalige Bürgerkriegsgegner Yalas, Ansoumane Mané, der Volksgruppe der Beafada an. Zu einem erneuten Putschversuch soll es am 20.5. gekommen sein. Am 12.6. verspricht Yala nach Umbesetzungen in seinem Kabinett eine Amnestie für die Putschisten und bietet der politischen Opposition um Ministerpräsident Alamara Nhasse am 29.8. Gespräche an. Zuvor hat die UNO einer Verlängerung ihrer Mission UNOGBIS bis zum 31.12.03 zugestimmt. *pb*

Guinea-Bissau - Gambia

Intensität: 2	Veränderung: neu	Beginn: 2002
Konfliktparteien:	Guinea-Bissau vs. Gambia	
Konfliktgegenstand:	Nationale Macht	

Nach zwei angeblichen Putschversuchen beschuldigt Guinea-Bissaus Präsident Kumba Yala Gambia, den Putschisten geholfen zu haben und droht am 11.6. mit einer militärischen Intervention. Am 18.6. weist die gambische Regierung unter Yahyah Jammeh die Vorwürfe scharf zurück. Die UNO schickt am 2.7. den Sondergesandten James Gbehu. Beide Staatschefs sagen zu, den Konflikt friedlich beizulegen. Am 19.8. er-

Übersicht: Konflikte in Afrika 2002

Konfliktname ¹	Direkt Beteiligte ²	Konfliktgegenstand	Beginn	Änd. ³	Int. ⁴
Angola - Sambia *	Angola vs. Sambia	Sonstiges (Grenzverletzungen)	2000	↘	1
Angola (Cabinda)	FLEC/FAC, FLEC Renovada vs. Regierung	Sezession	1982	↗	3
Angola (UNITA)	UNITA vs. angolansische Regierung	Nationale Macht, Ressourcen	1992	•	4
Äthiopien (Ogaden)	OLF, Rebellengruppen vs. Regierung	Ethnische und regionale Autonomie	1992	↗	3
Burundi (Hutu)	Hutu-Rebellengruppen (PALIPHEUHUTU-FNL, CNDD-FDD) vs. burundische Regierung	Nationale Macht	1993	•	4
Elfenbeinküste (RDR, MPCl)	RDR, MPCl vs. ivoirische Regierung (FPI)	Nationale Macht	2000	↑	4
Eritrea - Äthiopien *	Eritrea vs. Äthiopien	Territorium/Grenze	1998	↘	1
Ghana	Andani vs. Abudu vs. Regierung von Ghana	Nationale Macht	2002	neu	2
Guinea (UDFG)	UDFG, RUF (aus Sierra Leone) vs. Regierung, von Guinea	Nationale Macht, Ressourcen	1999	↓	1
Guinea-Bissau	Opposition vs. Regierung von Guinea-Bissau	Nationale Macht	1998	•	2
Guinea-Bissau - Gambia	Guinea-Bissau vs. Gambia	Regionale Macht, nationale Macht	2002	neu Ende	2
Kenia *	verschiedene ethnische Gruppen vs. kenianische Regierung; ethn. Gruppen untereinander	Nationale Macht, Ressourcen	1991	↗	2
Komoren	Regionalregierungen vs. Regierung Komoren auf Grand Comore	Sezession	1997	•	2
Kongo	Uganda, Ruanda, RCD (-ML-K, -Goma, -N), MLC, Hema, Lendu vs. Regierung Kongo, Angola, Namibia, Simbabwe, Mayi-Mayi, Interahamwe (Hutu)	Nationale Macht, internationale Macht, Ressourcen	1998	•	4
Kongo-Brazzaville	Ninja- und Coccoje-Milizen, Angola vs. Regierung	Nationale Macht	1997	↗	3
Lesotho (BNP) *	BNP u.a. vs. Regierung Lesotho (LCD)	Nationale Macht	1998	• Ende	1
Liberia (LURD)	LURD-Rebellen vs. liberianische Regierung	Nationale Macht, Ressourcen	1997	•	4
Madagaskar	Anhänger von Mark Ravalomanana (Präs.) vs. Anhänger von Didier Ratsiraka (Ex-Präs.)	Nationale Macht, Separation (18 ethnische Gruppen)	2001	neu	3
Mali (Tuareg) *	Tuareg-Nomaden vs. Regierung Mali	Ethnische Autonomie	1990	• Ende	1
Mauretanien - Senegal *	Senegal vs. Mauretanien	Ressourcen	2000	•	1
Namibia - Botswana *	Botswana vs. Namibia	Territorium/Grenze (Situngu-Inseln)	1997	•	1
Namibia (Caprivi-Streifen) *	CLA vs. Regierung Namibia	Sezession (Caprivi-Streifen)	1998	↘	1
Niger - Benin *	Niger vs. Benin	Grenze	2001	•	1
Nigeria (Christen vs. Muslime)	Muslime, Hausa-Fulani vs. Christen, Yoruba	Sonstiges (Religion)	1993	•	3
Nigeria - Äquatorialguinea - Kamerun *	Nigeria vs. Äquatorialguinea vs. Kamerun	Territorium/Grenze (Seegrenze im Golf von Guinea), Ressourcen	1999	• Ende	1
Nigeria - Kamerun *	Nigeria vs. Kamerun	Territorium (Bakassi-Halbinsel)	1993	•	1
Nigeria (Nigerdelta)	Ogoni vs. nigerianische Regierung	Ressourcen (Öl)	1993	↘	2
Ruanda - Uganda *	Ruanda vs. Uganda	Regionale Macht, Ressourcen (Bodenschätze)	2000	↘	1
Ruanda (Hutu)	Hutu (Interhamwe) vs. Regierung Ruanda (Tutsi)	Ethnische Autonomie, nationale Macht	1994	↘	2
Senegal (Casamance)	MFDC vs. Regierung Senegal	Regionale und ethnische Autonomie	1982	•	3
Sierra Leone (RUF)	RUF vs. Regierung Sierra Leone, Kamajomilizen, CDF	Nationale Macht, Ressourcen	1991	↘	2
Simbabwe (ZANU-PF)	Oppositionsparteien (MDC, NCA, CFU) vs. Regierung Simbabwe (ZANU-PF)	Nationale Macht	2000	•	2
Somalia	SRRC (Koalition aus RRA, Aidid u.a.), Puntland vs. Übergangsregierung Somalia (TNG)	Nationale Macht	1988	•	3
Somalia (Puntland)	Abdullahi Yussuf vs. Jama Ali Jama	Regionale Macht	2001	↗	3
Somalia (Somaliland)	Regierung Somaliland vs. Somalia (Puntland, TNG, SRRC)	Sezession (Somaliland)	1991	•	2
Südafrika - Namibia *	Südafrika vs. Namibia	Grenze, Ressourcen (Diamanten)	2000	•	1
Sudan (SPLA)	SPLA-Rebellen unter John Garang, NDA, PNC vs. Regierung Sudan	Sezession, Ressourcen im Südsudan, Sonstiges (religiöse Vorherrschaft)	1989	•	4
Swasiland *	Demokratie-Bewegung, SFTU vs. Regierung	Nationale Macht, System	2001	↘	1
Tansania (Sansibar) *	CUF und andere Oppositionsparteien vs. Regierung Tansania (CMM)	Regionale Autonomie (Sansibar)	1993	↘	1
Tschad (MDJT)	MDJT, CMAP vs. Regierung Tschad	Nationale Macht	1998	↘	2
Tschad (südliche Provinzen) *	CSNPD vs. Regierung Tschad	Autonomie	1992	• Ende	1
Uganda (LRA)	LRA, ADF vs. Regierung Uganda	Nationale Macht	1992	↗	4
Zentralafrikanische Republik	Opposition (Bozizé) vs. Regierung ZAR, Libyen	Nationale Macht	1997	•	3
Zentralafrikanische Republik - Tschad	Zentralafrikanische Republik vs. Tschad	Nationale Macht	2002	neu	2

¹⁾ ²⁾ ³⁾ ⁴⁾ siehe Seite 11: Übersicht: Konflikte in Europa 2002

klärt Gbehu den Konflikt für beendet. Zuvor sind drei angeblich am Putsch Beteiligte von Gambia an Guinea-Bissau ausgeliefert worden. *pb*

Komoren

Intensität: 2	Veränderung: •	Beginn: 1997
Konfliktparteien:	Regionalregierungen vs. Regierung der Komoren auf Grand Comore	

Konfliktgegenstand: Sezession

Seit dem Referendum über die neue föderalistische Verfassung der Komoren am 23.12. besteht weitgehende Autonomie der drei Hauptinseln Grande Comore, Anjouan und Mohéli. Im Januar legen Ministerpräsident Hamada Madi Bolero und Präsident Azali Assoumani ihre Ämter nieder. Auf den Inseln werden Ministerpräsidenten gewählt. Die Wahl des Unionspräsidenten findet am 14.4. statt. Beide Gegenkandidaten zu Assoumani boykottieren die Wahl, was Übergriffe auf Wahllokale auslöst. Assoumani erklärt sich am 15.4. zum Sieger. Am 17.6. umstellt das Militär Regierungsgebäude auf Grande Comore. Auslöser sind Kompetenzstreitigkeiten zwischen Assoumani und dem Ministerpräsidenten von Grande Comore Abdou Soule Elbak. *ps*

Kongo

Intensität: 4	Veränderung: •	Beginn: 1998
Konfliktparteien:	Uganda, Ruanda, RCD (-ML-K, -Goma, -N), MLC, Hema, Lendu vs. Regierung Kongo, Angola, Namibia, Simbabwe, Mayi-Mayi, Interahamwe (Hutu)	

Konfliktgegenstand: Nationale Macht, internationale Macht, Ressourcen

Im Bürgerkrieg im Kongo kämpfen auf der Seite des Präsidenten Joseph Kabila Truppen aus Angola, Simbabwe und Namibia. Sie kontrollieren vor allem den Westen und die wirtschaftlich wichtige Region Katanga. Sie bekämpfen die Rebellen der verschiedenen Fraktionen der Kongolesischen Sammelbewegung für Demokratie (RCD-Goma, -ML-K, -N) und der Befreiungsbewegung des Kongo (MLC). Die Rebellen werden von Ruanda und Uganda unterstützt und bekämpfen sich zum Teil untereinander. Ruanda und die mit ihnen verbündeten Banyamulenge und Burundi kämpfen im Kongo gegen die ruandischen und burundischen Hutu-Rebellen der Interhamwe. Uganda bekämpft die Mayi-Mayi-Rebellen in der Grenzregion zum Kongo. Westliche Firmen haben ein wirtschaftliches Interesse an Bodenschätzen aus dem Kongo und sind in die Finanzierung der Kriegsparteien verwickelt. Daneben kämpfen Angehörige verschiedener Stämme wie die Hema und Lendu im Ost-Kongo gegeneinander. Im Februar sterben dabei rund 200 Menschen. Die dem Lusaka-Waffenstillstandsabkommen von 1999 widersprechende Präsenz von ausländischen Truppen stellt das größte Hindernis für Friedensverhandlungen dar. Am 6.12.01 vermittelt die UNO neue Gespräche. Ruanda verstärkt im Dezember seine Truppen. Am 9.1. kündigt Burundi den Rückzug seiner Truppen an. Am 15.1. macht der Friedensprozess nach Treffen von Kabila mit einigen Rebellenführern auf dem Gipfeltreffen der Südafrikanischen Entwicklungsgemeinschaft (SADC) in Malawi Fortschritte. Unterdessen kämpfen Rebellengruppen im Ost-Kongo untereinander. Am 25.2. findet in Sun City, Südafrika, der

in Lusaka vereinbarte Inter-Kongolesische Dialog (ICD) statt. Am 15.3. verlässt Kabila die Gespräche, nachdem der RCD-Goma mit Unterstützung Ruandas die Stadt Moliro erobert hat. Nachdem der UNO-Sicherheitsrat die Freigabe der Stadt fordert und durchsetzt, kehrt Kabila zurück. Am 19.4. schließt er mit der MLC ein Abkommen über Regierungsbeteiligung. Truppen der Mayi-Mayi, RCD-N und RCD-ML sollen in eine neue Armee eingegliedert werden. Der RCD-Goma lehnt diese Vereinbarungen ab und versucht neue Allianzen mit politischen Oppositionsparteien einzugehen. Am 30.7. erreichen Kabila und der ruandische Präsident Paul Kagame in Südafrika eine Übereinkunft über die Entwaffnung und Auslieferung der ruandischen Rebellen. Im Gegenzug soll Ruanda seine Truppen zurückziehen. Der RCD-Goma behindert Kabila bei der Umsetzung der Abmachung. Währenddessen verringert Simbabwe seine Truppenstärke. Am 16.8. willigt Uganda in einen vollständigen Truppenrückzug ein. Teilweise wird das hinterlassene Vakuum von den Rebellen der RCD-N und RCD-ML-K gefüllt. Am 14.10. erobert die pro-Regierungsmiliz der Interhamwe die strategisch wichtige Stadt Uvira. Nach der Rückeroberung durch den RCD-Goma mit ruandischer und burundischer Unterstützung bietet dieser Verhandlungen an. Bei Kämpfen im November zwischen RCD-ML-K und RCD-N gegeneinander, sowie Regierungstruppen und Mayi-Mayi werden über 100 Zivilisten getötet und 75.000 zur Flucht gezwungen. Währenddessen gehen die Gespräche über eine neue politische Ordnung im Kongo zwischen der Regierung, der MLC, RCD-ML-K, RCD-N und nun auch dem RCD-Goma in Pretoria unter Vermittlung Südafrikas und der UNO weiter. Am 17.6. wird die UNO-Mission MONUC bis Juni 2003 verlängert. Sie soll den Waffenstillstand von 1999 überwachen und eine Pufferzone im Osten zu Uganda und Ruanda schaffen. *pb*

Kongo-Brazzaville

Intensität: 3	Veränderung: ↗	Beginn: 1997
Konfliktparteien:	Ninja- und Coccoje-Milizen, Angola vs. Regierung Kongo-Brazzaville	

Konfliktgegenstand: Nationale Macht

Der Entmilitarisierungsprozess nach dem Bürgerkrieg geht im Kongo zunächst weiter. Nachdem Verhandlungen zwischen der Miliz und Präsident Denis Sassou-Ngesso ohne Ergebnis geblieben sind, sträubt diese sich gegen das Reintegrationsprogramm. Die Rebellen starten ihre Aktionen kurz nach der Wiederwahl von Sassou-Ngesso. Am 3. und 5.4. überfällt die Ninja-Miliz von Pasteur Ntoui zuerst zivile Züge und dann Militäreinrichtungen in der Poolregion und der Hauptstadt Brazzaville. In Folge der Kämpfe fliehen rund 80.000 Menschen. Als die Rebellen am 13.6. auch in der Stadt selbst die Regierungstruppen und ihre angolanischen Verbündeten angreifen, fliehen wiederum rund 10.000 Menschen. Nachdem im August 350 Ninjas ihre Waffen abgeben, fordert Sassou-Ngesso Ntoui wiederholt zur Aufgabe auf. *pb*

Liberia (LURD)

Intensität: 4	Veränderung: •	Beginn: 1997
Konfliktparteien:	LURD-Rebellen vs. Regierung Liberia	
Konfliktgegenstand:	Nationale Macht, Ressourcen	

Im Dezember 2001 ist Lofa County noch der Haupt-

schauplatz der Gefechte zwischen der liberianischen Armee und den Rebellen der Vereinigten Liberianer für Versöhnung und Demokratie (LURD). Am 8.2. jedoch starten die Rebellen eine Offensive, welche sie bis in die Nähe der Hauptstadt Monrovia bringt. Präsident Charles Taylor erklärt daraufhin den Notstand. Die Kämpfe dauern bis Mitte Juli an. Der UNHCR zählt von Februar bis Juli über 30.000 Flüchtlinge. Die LURD erklären sich am 12.7. zwar zu Waffenstillstandsverhandlungen bereit, die Kämpfe werden aber fortgeführt. Nach Abflauen der Kämpfe hebt Taylor den landesweiten Notstand am 14.9. auf. In New York wird von der UNO eine internationale Kontaktgruppe für Liberia eingerichtet. Dieser gehören Vertreter von UNO, EU, AU, ECOWAS, USA, Großbritannien, Frankreich, Senegal, Nigeria und Marokko an. Die Gespräche der Kontaktgruppe sollen zur dauerhaften Konfliktlösung in Liberia beitragen. *mw*

Madagaskar

Intensität: 3	Veränderung: neu	Beginn: 2001
Konfliktparteien:	Anhänger von Mark Ravalomanana (Präsident) vs. Anhänger von Didier Ratsiraka (Ex-Präsident)	
Konfliktgegenstand:	Nationale Macht, Separation (18 ethnische Gruppen)	

Am 16.12.01 finden in Madagaskar Präsidentschaftswahlen statt. Herausforderer Mark Ravalomanana erhebt gegen den bisherigen Präsidenten Didier Ratsiraka Betrugsvorwürfe. Dieser reagiert mit der Abspernung der Hauptstadt Antananarivo. Militärische Zusammenstöße an der Ostküste und im Norden fordern 60 Todesopfer. Am 22.2. ernannt sich Ravalomanana zum Präsidenten. Beide Konfliktparteien lehnen Vermittlungsversuche der OAU ab. Im April entscheidet das Verfassungsgericht zu Gunsten Ravalomananas. Am 13.6. durchbrechen dessen Anhänger die Blockade der Hauptstadt. Ratsiraka flieht nach Frankreich. Ravalomanana wird in der Folge international anerkannt. Neuwahlen sind für den 15.12. angekündigt. *gs*

Nigeria (Christen vs. Muslime)

Intensität: 3	Veränderung: •	Beginn: 1993
Konfliktparteien:	Muslime, Hausa-Fulani vs. Christen, Yoruba	
Konfliktgegenstand:	Sonstiges (Religion)	

Bei einem Vergeltungsangriff einer Hausa-Fulani-Miliz werden im Januar mindestens 17 Christen getötet. Etwa 3.000 Hausa-Fulani fliehen daraufhin aus Angst vor Vergeltung aus der Stadt Jos. Auch im Bundesstaat Nasarawa werden ca. 100 Menschen getötet. Im Jahresverlauf liefern sich Angehörige verschiedener Stämme wiederholt blutige Auseinandersetzungen. Dabei werden tradierte Feindschaften durch die Zugehörigkeit zu unterschiedlichen Religionen verstärkt. Hauptkonfliktparteien sind die Hausa-Fulani, größtenteils Muslime, aus dem Norden und die Yoruba, überwiegend Christen, im Südwesten. Im Februar liefern sich diese beiden Volksgruppen in Lagos schwere, über mehrere Tage andauernde Kämpfe, bei denen über 100 Menschen getötet und mehr als 2.000 vertrieben werden. Einen erneuten Höhepunkt erleben die Unruhen am 16.11., als im Vorfeld der "Miss World"-Wahl in Kaduna über 100 Menschen ums Leben kommen. *mw*

Nigeria (Nigerdelta)

Intensität: 2	Veränderung: ↘	Beginn: 1993
Konfliktparteien:	Ogoni vs. nigerianische Regierung	
Konfliktgegenstand:	Ressourcen (Öl)	

Der Konflikt um die Beteiligung an Gewinnen aus der Ölförderung zwischen Regierung und Bewohnern des Deltas bleibt bestehen. Am 10.12.01 fordert der Nationale Jugendrat des Ogonivolkes eine stärkere Beteiligung an den Erträgen. Die schlechte wirtschaftliche Situation und der Entzug ihrer Lebensgrundlage durch Ölverseuchung des Ackerlandes sind Ursache für Ölfeldbesetzungen und Geiselnahmen. Im April und August werden zwei Bohrseln besetzt und die Arbeiter als Geiseln genommen. Durch Verhandlungen gelingt es, die Geiselnahmen unblutig zu beenden. *mw*

Ruanda (Hutu)

Intensität: 2	Veränderung: ↘	Beginn: 1994
Konfliktparteien:	Hutu-Rebellen (Interhamwe) vs. ruandische Regierung (Tutsi)	
Konfliktgegenstand:	Ethnische Autonomie, nationale Macht	

Die Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Hutu-Milizen der Interhamwe ebbten ab und verlagerten sich in den Kongo. Die Regierung will den Prozess der Aufarbeitung des Genozids von 1994 forcieren. Gleichzeitig wird eine Politik der nationalen Versöhnung propagiert. In einem Abkommen verpflichtet sich der Kongo, die Unterstützung der Hutu-Milizen zu beenden und diese zu entwaffnen. Im Gegenzug sagt Ruanda den Rückzug seiner Truppen aus dem Nachbarland zu. Ruanda ist weiter durch die ethnischen Spannungen zwischen Hutu und Tutsi sowie durch die große Anzahl von Rückkehrern aus dem Kongo belastet. *mb*

Senegal (Casamance)

Intensität: 3	Veränderung: •	Beginn: 1982
Konfliktparteien:	MFDC vs. Regierung Senegal	
Konfliktgegenstand:	Ethnische, regionale Autonomie	

Das Waffenstillstandsabkommen, das Teile der um Autonomie kämpfenden Bewegung der Demokratischen Kräfte der Casamance (MFDC) mit der Regierung von Präsident Abdoulaye Wade 2001 geschlossen haben, bleibt ohne Wirkung. Nachdem die MFDC im Vorfeld von lokalen Wahlen in der Casamance Wahlkämpfer getötet hat, startet die Regierung zwei Feldzüge im Mai und Ende Juni. Etwa 12.000 Menschen fliehen in das benachbarte Guinea-Bissau. Da die Kämpfe zum Teil auch auf dessen Gebiet übergreifen, verstärkt Guinea-Bissau seine Truppen an der Grenze. In Bissau wird ein Führungsmitglied der MFDC festgenommen, an Senegal ausgeliefert und am 31.5. wieder freigelassen. Anfang Juli und Anfang September bietet die Regierung der MFDC Gespräche an. Am 22.10. erklärt die MFDC ihre Gesprächsbereitschaft. *pb*

Sierra Leone (RUF)

Intensität: 2	Veränderung: ↘	Beginn: 1991
Konfliktparteien:	RUF vs. Regierung, Kamajomilizen, CDF	
Konfliktgegenstand:	Nationale Macht, Ressourcen	

Der Bürgerkrieg in Sierra Leone ist mit Abschluss des Entwaffnungsprogramms der UNAMSIL am 18.1. beendet. Über 45.000 Kämpfer der Revolutionären Vereinigten Front (RUF) geben bis Januar ihre Waffen ab.

Ein Reintegrationsprogramm soll die Befriedung der Gesellschaft ermöglichen. Die finanzielle Ausstattung der UNAMSIL reicht nicht aus, um allen ehemaligen Rebellen eine Lebensgrundlage zu bieten. Der Bürgerkrieg in Liberia stellt eine Bedrohung für die Sicherheitslage dar. Unter den Flüchtlingen, die von dort kommen, werden bewaffnete Rebellen vermutet. Am 14.5. werden nationale Wahlen abgehalten. Die neugegründete Revolutionäre Vereinigte Front Partei (RUF) will mit ihrem inhaftierten Führer Foday Sankoh als Spitzenkandidat teilnehmen. Der RUF gelingt es nicht einen neuen Kandidaten zu nominieren, nachdem Sankoh im März wegen Mordes angeklagt und von der Wahl ausgeschlossen worden ist. Unruhen in der Hauptstadt Freetown im Mai zwischen Anhängern von RUF und der Regierungspartei beendet die UNAMSIL unblutig. Präsident Ahmad Tejan Kabbah wird wiedergewählt. Die RUF zieht nicht ins Parlament ein. Internationale Beobachter bezeichnen die Wahlen als friedlich und fair. *mw*

Simbabwe (ZANU-PF)

Intensität: 2	Veränderung: •	Beginn: 2000
Konfliktparteien:	MDC, NCA, CFU vs. Regierung (ZANU-PF)	

Konfliktgegenstand: Nationale Macht

Bei der Präsidentschaftswahl im März wird Präsident Robert Mugabe wiedergewählt. Die größte Oppositionspartei Bewegung für einen Demokratischen Wechsel (MDC) beschuldigt ihn des Betrugs und fordert Neuwahlen. Das Commonwealth kritisiert die Wahlen und suspendiert die Mitgliedschaft Simbabwes wegen Einschüchterungen, Gewalt und Manipulationen. EU und USA verhängen Sanktionen. Die Regierung setzt die Enteignungen fort und fordert am 25.6. 2.900 Farmer auf, ihre Besitzungen zu verlassen. Versammlungs- und Pressefreiheit werden weiter eingeschränkt. Die Agrarerträge sind wegen der so genannten Landreform drastisch gesunken. Die EU beschuldigt Mugabes Afrikanische Nationale Union Simbabwe - Patriotische Front (ZANU-PF), Lebensmittellieferungen als Druckmittel gegen die Opposition einzusetzen. Zwei Drittel der Bevölkerung sind vom Hunger bedroht. *mw*

Somalia

Intensität: 3	Veränderung: •	Beginn: 1988
Konfliktparteien:	SRRC, Puntland vs. Übergangsregierung (TNG)	

Konfliktgegenstand: Nationale Macht

Im Konflikt um die Vorherrschaft in Somalia liefern sich verschiedene Konfliktparteien im Laufe des Jahres schwere Gefechte. Der international anerkannten Übergangsregierung (TNG) gelingt es nicht, die Kontrolle herzustellen. Ihr Machtbereich beschränkt sich auf Teile der Hauptstadt Mogadischu. Die wichtigsten Gegner der TNG haben sich im Somalischen Rat für Aussöhnung und Wiederaufbau (SRRC) zusammengeschlossen. Verschiedene Fraktionen wie der Vereinigte Somalische Kongress/Somalische Heilsallianz (USC/SSA) in Mogadischu und der Marehan-Clan im Südwesten spalten sich unter schweren Kämpfen in SRRC- und TNG-Anhänger. Anfang Februar, Ende März und im April fliehen etwa 20.000 Menschen nach Kenia. Am 1.4. gründet die Rahanweyn Widerstands-

armee (RRA) einen autonomen Südwest-Staat. Präsident wird ihr Führer Mohammed Shatigudud, der sich mit einer internen Opposition schwere Kämpfe liefert. Der Südwest-Staat und das ebenfalls autonome Puntland betonen ihre Zugehörigkeit zu einem zukünftigen föderalen Staat. In Mogadischu und in Mittel-Shabelle liefern sich immer wieder Truppen von Regionalgouverneur Mohammed Habib Dhare und der TNG Gefechte. Bei den schwersten Kämpfen Ende Mai behält die TNG, wie meistens, die Oberhand. Äthiopien dementiert immer wieder die militärische Unterstützung der RRA und Puntlands. Insgesamt kommen bei Kämpfen 600 bis 900 Personen, darunter viele Zivilisten, ums Leben.

Die zwischenstaatliche Entwicklungsbehörde IGAD beruft am 15.10. eine Friedenskonferenz im kenianischen Eldoret ein. Zum ersten Mal gelingt es, alle wichtigen Clans, Gruppierungen und Regionen, außerdem zivilgesellschaftliche Akteure, zur Teilnahme zu bewegen. Am 27.10. wird ein Waffenstillstandsabkommen für die Dauer der Konferenz unterzeichnet. Dabei einigt man sich über die grundsätzlich föderale Struktur des zukünftigen Staates, umstritten bleibt die weitere Vorgehensweise. *cb*

Somalia (Puntland)

Intensität: 3	Veränderung: ↗	Beginn: 2001
Konfliktparteien:	Abdullahi Yussuf vs. Jama Ali Jama	
Konfliktgegenstand:	Regionale Macht	

Der Konflikt um die Macht in der nordöstlichen autonomen Region Puntland eskaliert weiter. Die Truppen von Puntlands Ex-Präsident Abdullahi Yussuf und seinem Nachfolger Jama Ali Jama liefern sich im Mai und im August schwere Kämpfe, bei denen mindestens 150 Menschen ihr Leben verlieren. Nach gescheiterten Vermittlungsversuchen Äthiopiens, Kenias und einheimischer Clanältester gelingt es Yussuf, seinen Gegner militärisch zu besiegen und die faktische Macht in Puntland wieder auszuüben. Beide Parteien nehmen jedoch ab 15.10. an der Friedenskonferenz von Eldoret teil. In ihrem Ziel eines somalischen Föderalstaates unter Einbeziehung Puntlands sind sie sich einig. *cb*

Somalia (Somaliland)

Intensität: 2	Veränderung: •	Beginn: 1991
Konfliktparteien:	Regierung Somaliland vs. Somalia (TNG, Puntland, SRRC)	
Konfliktgegenstand:	Sezession (Somaliland)	

Die Republik Somaliland, die sich 1991 für unabhängig von Somalia erklärt hat, bereitet sich auf demokratische Wahlen vor. Um diese in allen Landesteilen durchzuführen, entsendet die Regierung am 15.7. Truppen in die Grenzregionen Sool und Sanaag, die Puntland beansprucht. Puntlands Machthaber Abdullahi Yussuf ist nicht zu Verhandlungen bereit. Alle wichtigen somalischen Kriegerfraktionen erkennen die Unabhängigkeit Somalilands nicht an. Somaliland nimmt nicht an der Friedenskonferenz von Eldoret teil, da es sich nicht als Teil Somalias betrachtet. Somaliland wird weiterhin international nicht anerkannt. *cb*

Sudan (SPLA)

Intensität: 4	Veränderung: •	Beginn: 1989
Konfliktparteien:	SPLA-Rebellen unter John Garang, NDA, PNC vs. sudanesische Regierung	
Konfliktgegenstand:	Sezession, Ressourcen im Südsudan, Sonstiges (religiöse Vorherrschaft)	

Der Bürgerkrieg im Sudan zwischen islamistischer Regierung und separatistischen Rebellen im Süden geht mit unverminderter Härte weiter. Am 7.1. schließen sich die Rebellengruppen Sudanesische Volksbefreiungsarmee (SPLA) unter John Garang und die Sudanesischen Volksverteidigungskräfte (SPDF) von Riek Machar zusammen. Auf Vermittlung der USA wird ein befristeter Waffenstillstand für das Gebiet der Nuba-Berge vereinbart. Trotz dieses Übereinkommens wird die Waffenruhe häufig gebrochen und Flächenbombardements werden durchgeführt. Die USA sprechen sich im Danforth-Bericht für die staatliche Integrität des Sudan und gegen eine Separation des Südens aus. Die Ölerträge sollen zwischen Regierung und Rebellen aufgeteilt werden. Am 18.6. einigen sich beide über die Aufnahme von Verhandlungen im kenianischen Machakos. Dort wird am 20.7. ein Protokoll unterzeichnet, nach dem nach einer sechsjährigen Übergangsphase der vorwiegend christliche Südsudan in einem Referendum über eine Abspaltung entscheiden soll. Trotz dieser Gespräche fordern schwere Kämpfe im Südsudan Hunderte Tote. Im Oktober werden schwere Gefechte um die Stadt Torit gemeldet. Am 19.11. wird der Waffenstillstand für die Nuba-Berge bis März 2003 verlängert. Die Gespräche in Machakos gehen weiter. Strittig bleibt die Verteilung der Gewinne aus der Ölförderung und die künftige Organisation des Staates. *ps*

Tschad (MDJT)

Intensität: 2	Veränderung: ↘	Beginn: 1998
Konfliktparteien:	MDJT vs. Regierung Tschad	
Konfliktgegenstand:	Nationale Macht	

Der Konflikt zwischen der Regierung des Tschad und der Bewegung für Demokratie und Gerechtigkeit im Tschad (MDJT) unter Ex-Premierminister Youssouf Togoimi deeskaliert. Ein von Libyen vermittelter Friedensvertrag wird am 7.1. unterzeichnet und von beiden Parteien weitgehend eingehalten. Am 26.2. erlässt das Parlament eine Generalamnestie für MDJT-Rebellen. Togoimi stirbt am 24.9. an den Folgen eines Landminenunfalls. Am 7.10. verüben Rebellen einen Anschlag auf einen Militärflughafen im Norden des Landes. *cb*

Uganda (LRA)

Intensität: 4	Veränderung: ↗	Beginn: 1992
Konfliktparteien:	LRA, ADF vs. Regierung Uganda	
Konfliktgegenstand:	Nationale Macht	

Der Konflikt um nationale Macht in Uganda eskaliert in diesem Jahr zu einem Krieg. Uganda versucht durch eine Offensive gegen die Verbündeten Demokratischen Kräfte (ADF) sowie durch eine Amnestie für Rebellen die Situation im Westen zu kontrollieren. Sudan und Uganda nehmen ab März wieder diplomatische Beziehungen auf und wollen wechselseitig keine feindlichen Rebellengruppen mehr unterstützen. Dies sind die von Sudan unterstützte Widerstandsarmee Gottes (LRA) und die ADF. Uganda unterstützt die Sudanesischen Volksbefreiungsarmee (SPLA). Der Sudan billigt das

Vordringen der ugandischen Armee in den Süden des Landes. Ab Mai verstärkt die ugandische Regierung ihre Offensive im Norden des Landes gegen die christlich-fundamentalistische LRA. Bei Gefechten sterben mehrere Hundert Menschen, Zehntausende werden zur Flucht gezwungen. *mb*

Zentralafrikanische Republik

Intensität: 3	Veränderung: •	Beginn: 1997
Konfliktparteien:	Opposition (Bozizé) vs. Regierung, Libyen	
Konfliktgegenstand:	Nationale Macht	

In der Zentralafrikanischen Republik (ZAR) wird am 27.8. Ex-Präsident André Kolingba in Abwesenheit zum Tode verurteilt. Truppen der Regierung und des in den Tschad geflohenen früheren Armeechefs François Bozizé liefern sich in der Grenzregion zum Tschad immer wieder Gefechte. Bozizé fordert Zentralafrikas Präsident Ange-Félix Patassé zum Rücktritt auf. Am 27.10. greift er die Hauptstadt Bangui an. Bozizé erhält Unterstützung von Frankreich und dem Tschad. Patassé flieht, kann jedoch mit Unterstützung durch rund 200 libysche und 1.000 MLC-Rebellen aus dem Kongo die Rebellen am 31.10. vertreiben. Libyen und Frankreich haben Truppen in der ZAR bzw. im Tschad stationiert, um ihre wirtschaftlichen Interessen zu schützen. UNO-Sondervermittler Laminé Cissé verkündet am 22.11. die geplante Stationierung einer Friedenstruppe der Wirtschaftsgemeinschaft Zentralafrikanischer Staaten (CEMAC), die von den USA, der EU, Frankreich und China unterstützt wird. Die Truppe soll aus Soldaten aus Gabun, Kamerun, Äquatorialguinea, Kongo-Brazzaville und Mali bestehen und den Schutz von Patassé garantieren, die Armee reformieren und die Grenze zum Tschad überwachen. Die ersten Militärbeobachter sind seit dem 1.11. im Einsatz. Die UNO-Mission BONUCA bleibt vor Ort. *pb*

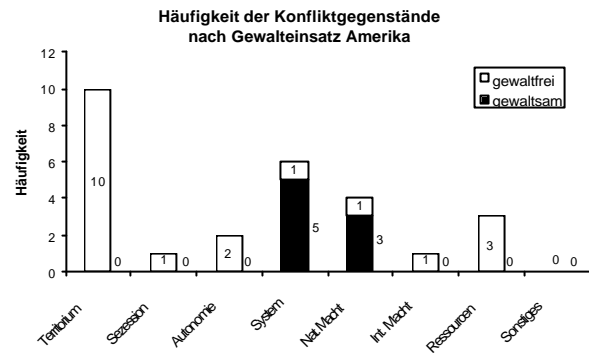
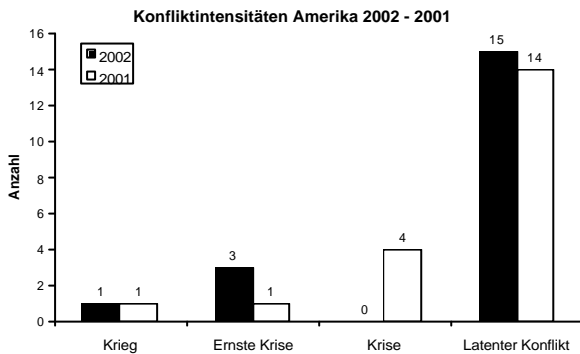
Zentralafrikanische Republik - Tschad

Intensität: 2	Veränderung: neu	Beginn: 2002
Konfliktparteien:	ZAR vs. Tschad	
Konfliktgegenstand:	Nationale Macht	

Der Konflikt um die wechselseitige Unterstützung von Rebellen zwischen Zentralafrika und dem Tschad beginnt Ende 2001 mit der Flucht von François Bozizé in den Tschad. Zentralafrika unterstützt Abdoulaye Miskine, ehemaliger Mitführer der Streitkräfte für eine Föderale Republik (FARF). Mehrere Grenzzwischenfälle im Januar verschärfen die Lage. Zentralafrika und der Tschad verstärken ihre Truppen an der Grenze. Ein Treffen von Ange-Félix Patassé und dem tschadischen Präsidenten Idriss Déby am 11.4. bleibt ergebnislos. Anfang August kommt es zu neuen blutigen Zwischenfällen ohne direkte Konfrontation der jeweiligen Regierungstruppen. Auch nach dem Besuch einer gemeinsamen Untersuchungskommission von AU und CEMAC greifen tschadische Rebellen im September Ortschaften an. Bei einem Treffen der CEMAC am 2.10. ordnet diese die wechselseitige Ausweisung der Rebellenführer an und erklärt sich bereit eine Friedenstruppe in die Grenzregion zu schicken. Nachdem Bozizé die Hauptstadt von Zentralafrika Ende Oktober angegriffen hat, wird Miskine am 5.11. nach Togo ins Exil geschickt. *pb*

Amerika

In der wiederum konfliktärmsten Region ist die Zahl der zwischen- und innerstaatlichen Konflikte im Vergleich zum Vorjahr mit 19 um einen angestiegen. Kein Konflikt kann beendet werden. Die Intensitäten der Konfliktaustragung bleiben unverändert. Ausnahmen sind die Deeskalationen im mexikanischen Chiapas und im Konflikt zwischen der Regierung der Guerilla Leuchtender Pfad in Peru. Außer den beiden Gewaltkonflikten in Kolumbien zwischen der Regierung und den Guerillagruppen von FARC und ELN sowie der AUC, der Dachorganisation von Paramilitärs, werden alle Konflikte gänzlich oder überwiegend gewaltfrei ausgetragen. Bei der Mehrzahl der Konflikte handelt es sich um Grenzstreitigkeiten. Ein Putschversuch findet am 17.12.01 in Haiti statt. In Venezuela putschen im April zunächst oppositionelle Militärs, die jedoch nach zwei Tagen von Anhängern von Präsident Chavez wieder gestürzt werden. Neben dem Machtkampf in Venezuela findet die dramatische Wirtschafts- und Finanzkrise in Argentinien die größte publizistische Resonanz. Im Dezember 2001 erlebt das Land binnen zweier Wochen im Ausnahmezustand vier Präsidenten.



Argentinien - Großbritannien

Intensität: 1 Veränderung: • Beginn: 1982
 Konfliktparteien: Argentinien vs. Großbritannien
 Konfliktgegenstand: Territorium (Falkland-Inseln)

Der Konflikt um die Falkland-/Malvinas-Inseln zwischen Argentinien und Großbritannien besteht weiter. Die Wiedereingliederung der 1833 von Großbritannien besetzten Inseln, um die beide Seiten 1982 einen Krieg geführt haben, bleibt als nationale Aufgabe in der Verfassung Argentiniens festgeschrieben. Dennoch bemühen sich die Regierungen, die bilateralen Beziehungen zu verbessern. Das bestätigt auch der Besuch des britischen Verteidigungsministers Jack Straw in Argentinien im März. *hs*

Bolivien - Chile

Intensität: 1 Veränderung: • Beginn: 1964
 Konfliktparteien: Bolivien vs. Chile
 Konfliktgegenstand: Territorium (Meereszugang Boliviens zum Pazifik)

Der Konflikt mit Chile um einen Zugang Boliviens zum Pazifik dauert an. Chile lehnt die bolivianische Forderung ab und beruft sich dabei auf die Verträge von 1884, in denen Bolivien nach dem verlorenen Krieg die Region um Arica abgetreten hat. Beide Seiten haben die bilateralen Beziehungen verbessert und Chile hat Lösungsmöglichkeiten angeboten. Danach könnte Bolivien einen Zugang zum Pazifik pachten, der aber unter chilenischer Souveränität bliebe. Nach der Entdeckung eines großen Erdgasfeldes könnte Bolivien eine neue Devisenquelle erschließen. Trotz der im Oktober 2001 aufgenommenen Gespräche sind bei-

de Seiten einer endgültigen Lösung noch nicht näher gekommen. *hs*

Guatemala - Belize

Intensität: 1 Veränderung: • Beginn: 1991
 Konfliktparteien: Guatemala vs. Belize
 Konfliktgegenstand: Territorium (Gebietsansprüche Guatemala)

Obleich Guatemala Belize völkerrechtlich anerkannt hat, erhebt die guatemalteckische Regierung weiter Ansprüche auf nahezu die Hälfte des Territoriums von Belize. *hs*

Guyana - Surinam

Intensität: 1 Veränderung: • Beginn: 2000
 Konfliktparteien: Guyana vs. Surinam
 Konfliktgegenstand: Territorium (Küstengewässer, Corantine-Fluss), Ressourcen

Nachdem der Konflikt zwischen Guyana und Surinam im Jahre 2000 vorübergehend eskaliert ist, haben beide Seiten keine nennenswerten Initiativen - weder zur Lösung noch zur Verschärfung des Konflikts - unternommen. Die Ölfunde vor der Küste bei der Mündung des Corantine-Flusses erhöhen jedoch das Eskalationspotential. *hs*

Haiti

Intensität: 3 Veränderung: ↗ Beginn: 2000
 Konfliktparteien: Oppositionsbündnis vs. Regierung von Haiti
 Konfliktgegenstand: System, nationale Macht

Wegen Manipulationen bei den Parlamentswahlen vom November 2000 und bei den Präsidentschaftswahlen vom Februar 2001 durch die regierende Lavalas-Partei von Präsident Jean-Bertrand Aristide weigert sich das Oppositionsbündnis Demokratische Konver-

Übersicht: Konflikte in Amerika 2002

Konfliktname ¹	Direkt Beteiligte ²	Konfliktgegenstand	Beginn	Änd. ³	Int. ⁴
Argentinien - Chile *	Argentinien vs. Chile	Grenze (Anden)	1945	•	1
Argentinien - Großbritannien	Argentinien vs. Großbritannien	Territorium (Falkland-Inseln)	1982	•	1
Bolivien - Chile	Bolivien vs. Chile	Territorium (Meereszugang Boliviens zum Pazifik)	1964	•	1
Guatemala - Belize	Guatemala vs. Belize	Territorium (Gebietsansprüche Guatemalas)	1991	•	1
Guyana - Surinam	Guyana vs. Surinam	Territorium (Küstengewässer, Corantine-Fluss), Ressourcen (Erdöl)	2000	•	1
Haiti	Oppositionsbündnis vs. Regierung von Haiti	System, nationale Macht	2000	↗	3
Kanada - USA *	Kanada vs. USA	Territorium (Golf von Maine), Ressourcen (Lachsfangrechte)	1996	•	1
Kanada (Quebec)	Regionalregierung Quebec vs. Kanada	Nationale Unabhängigkeit	1990	•	1
Kolumbien - Venezuela *	Kolumbien vs. Venezuela	Territorium (Monjes-Inseln)	1952	•	1
Kolumbien (ELN)	ELN-Guerilla, AUC-Paramilitärs vs. kolumbianische Regierung	Nationale Macht, System/Ideologie,	1961	•	3
Kolumbien (FARC)	FARC-Guerilla, AUC-Paramilitärs vs. kolumbianische Regierung	System/Ideologie, nationale Macht	1961	•	4
Mexiko (Guerrero) *	ELN vs. mexikanische Regierung	Autonomie	1997	•	1
Mexiko (Provinz Chiapas)	EZLN-Rebellen vs. mexikanische Regierung	Autonomie	1994	↘	1
Nicaragua - Honduras	Nicaragua vs. Honduras	Territorium (Seegrenze), Ressourcen (Fischereirechte, Erdöl, Erdgas)	1999	•	1
Nicaragua - Kolumbien *	Nicaragua vs. Kolumbien	Territorium (San Andrés-Inseln)	1980	•	1
Peru (Sendero Luminoso)	Sendero Luminoso vs. peruanische Regierung	System	1980	↘	1
USA - Kuba *	USA vs. Kuba	System/Ideologie, geostrategische Lage	1961	•	1
Venezuela	Opposition vs. venezolanische Regierung	Nationale Macht, System	2000	↑	3
Venezuela - Guyana *	Venezuela vs. Guyana	Territorium (Region Essequibo im westlichen Guyana)	1962	•	1

¹⁾ ²⁾ ³⁾ ⁴⁾ siehe Seite 9: Übersicht: Konflikte in Europa 2002

genz, die ihm zustehenden Senatssitze einzunehmen. Am 17.12.01 scheidet ein Putschversuch von Polizeieinheiten. In den folgenden Auseinandersetzungen zerstören Anhänger der Regierung Einrichtungen des Oppositionsbündnisses. Amiot Métayer, einer der mutmaßlichen Anführer und ein ehemaliger Anhänger von Aristide, wird verhaftet. Am 16.1. tritt Ministerpräsident Jean-Marie Chérestal wegen Korruptionsvorwürfen zurück. Yvon Neptune, ein Vertrauter von Präsident Aristide, übernimmt am 5.3. das Amt. Auf Druck der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), die eine Untersuchung des Putschversuches verlangt, unterzeichnet die Regierung mit der Organisation am 1.3. eine Vereinbarung zur Einrichtung einer OAS-Mission, um die Demokratie zu stärken. Am 2.8. befreien Anhänger den verhafteten Métayer gewaltsam aus dem Gefängnis. Dies führt zu neuen blutigen Ausschreitungen von Aristide-Anhängern, in deren Verlauf Métayer zum Sturz des Präsidenten aufruft. Am 4.9. fordert die OAS die Regierung ultimativ auf, binnen zweier Monate einen Demokratisierungsprozess einzuleiten, um zusammen mit der Opposition die Parlamentswahlen für 2003 vorzubereiten. Davon hängt auch ab, ob blockierte Hilfsgelder westlicher Staaten freigegeben werden. Am 4.11. läuft das Ultimatum ab, ohne dass die Regierung den Forderungen nachgekommen wäre. Die teilweise gewalttätig ausgetragenen Auseinandersetzungen zwischen Anhängern der Lavalas-Partei und der Opposition dauern daher an. *hs*

Kanada (Quebec)

Intensität: 1	Veränderung: •	Beginn: 1990
Konfliktparteien: Québec vs. Kanada		
Konfliktgegenstand: Sezession		

Der Konflikt um die Abspaltung der frankophonen Provinz Québec von Kanada dauert an. Nachdem das letzte Referendum der Sezessionisten 1995 mit 49,5% nur knapp gescheitert ist, zeigen die Umfragen der vergangenen Jahre eine stetige Abnahme des Anteils der Sezessionsbefürworter. Daher betreibt die Provinzregierung eine aktive Einwanderungspolitik, um den Anteil frankophoner Bürger zu steigern. Bernard Landry, der neue Chef der separatistischen Parti Québécois, will in näherer Zukunft ein neues Referendum durchführen lassen. *hs*

Kolumbien (ELN)

Intensität: 3	Veränderung: •	Beginn: 1961
Konfliktparteien: ELN-Guerilla, AUC-Paramilitärs vs. kolumbianische Regierung		
Konfliktgegenstand: Ideologie/System, nationale Macht		

Die Rebellenorganisation Nationales Befreiungsheer (ELN) kündigt im Januar den im Dezember 2001 mit der kolumbianischen Regierung geschlossenen Waffenstillstand. Die ELN fordert die Einrichtung einer Neutralen Zone. Im Juni erklärt die neue kolumbianische Regierung unter Präsident Horacio Serpa Uribe ihrerseits die Verhandlungen für gescheitert. Uribe lehnt die Zugeständnisse und Vorleistungen seines Vorgängers Pastrana ab. Er strebt eine militärische Lösung

an und lehnt Verhandlungen ab. Allein bei einem Angriff der kolumbianischen Streitkräfte werden im Oktober 19 Rebellen getötet. Die ELN antwortet mit verstärkten Angriffen und Überfällen. *dk*

Kolumbien (FARC)

Intensität: 4	Veränderung: •	Beginn: 1961
Konfliktparteien:	FARC-Guerilla, AUC-Paramilitärs vs. kolumbische Regierung	
Konfliktgegenstand:	System/Ideologie, nationale Macht	

Der Bürgerkrieg zwischen der kolumbianischen Armee und der etwa 17.000 Mann starken Guerillaorganisation Bewaffnete Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens (FARC) eskaliert durch den Konflikt um die so genannte Neutrale Zone. Dieses Gebiet von der Größe der Schweiz im Süden des Landes hat Präsident Andrés Pastrana der FARC überlassen, um Friedensverhandlungen zu ermöglichen. Da diese jedoch von der FARC zur Kriegsführung missbraucht worden ist, stellt die Regierung im Januar ein Ultimatum, wonach die FARC innerhalb von 48 Stunden die Neutrale Zone räumen müsse oder ein substantielles Friedensangebot machen solle. Andernfalls droht der Präsident mit dem Einmarsch. Auf Vermittlungen der UNO und europäischer Botschafter verlängert die Regierung die Frist bis zum 7.4. Dennoch marschieren am 22.2. Truppen mit Luftwaffenunterstützung in die Neutrale Zone ein. Nach den Präsidentschaftswahlen im Mai erklärt sich die FARC zur Wiederaufnahme von Friedensgesprächen bereit. Da der neue Präsident Horacio Serpa Uribe bei seinem Amtsantritt am 9.8. eine kompromisslose Strategie gegen die Guerilla ankündigt, verübt die FARC mehrere Terroranschläge. Uribe ordnet den Aufbau von Bürgerwehren an und verhängt für 90 Tage den Ausnahmezustand. Im Oktober wird der Rebellenführer Ceballos bei Gefechten erschossen. Schätzungen internationaler Beobachter zufolge fordert der Krieg, der mit unverminderter Härte anhält, jährlich 4.000 Menschenleben. Jedes Jahr werden etwa 300.000 Menschen zu Binnenflüchtlingen. Eine Lösung ist nicht abzusehen. *dk*

Mexiko (Provinz Chiapas)

Intensität: 1	Veränderung: ↘	Beginn: 1994
Konfliktparteien:	EZLN-Rebellen vs. mexikanische Regierung	
Konfliktgegenstand:	Autonomie	

In dem seit 1994 bestehenden Konflikt der mexikanischen Regierung mit dem Zapatistischen Nationalen Befreiungsheer EZLN um eine Autonomieregelung für die südliche Provinz Chiapas ist keine weitere Annäherung zu verzeichnen. Die noch bewaffneten Einheiten der EZLN um "Subcomandante Marcos" haben sich in abgelegene Dschungelregionen zurückgezogen und treten öffentlich kaum in Erscheinung. Nach Angaben eines EZLN-Sprechers werden im August zwei Zapatisten-Kommandeure von Unbekannten erschossen. *hs*

Nicaragua - Honduras

Intensität: 1	Veränderung: •	Beginn: 1999
Konfliktparteien:	Nicaragua vs. Honduras	
Konfliktgegenstand:	Territorium; Ressourcen	

Im Konflikt um die Festlegung der Seegrenze vor den karibischen Küsten von Nicaragua und Honduras hat Nicaragua 1999 Klage beim IGH eingereicht. Nach

Zusammenstößen im Jahre 2000 ziehen beide Seiten aufgrund eines Rückzugsabkommens ihre Truppen aus der Küstenregion ab. Nachdem Nicaragua gegen eine angebliche Verletzung des Truppenrückzugsabkommens durch Honduras bei der OAS protestiert hat, verhandeln beide Seiten unter Vermittlung der OAS und unterzeichnen am 8.3. ein Abkommen über vertrauensbildende Maßnahmen. Beide Länder setzen in der Folge Militärpatrouillen in dem umstrittenen Gebiet ein. Das beim IGH anhängige Verfahren ist noch nicht entschieden. *hs*

Peru (Sendero Luminoso)

Intensität: 1	Veränderung: ↘	Beginn: 1980
Konfliktparteien:	Sendero Luminoso vs. peruanische Regierung	
Konfliktgegenstand:	System	

Der Systemkonflikt zwischen der peruanischen Regierung und der Guerilla des Leuchtenden Pfades (Sendero Luminoso) kann nach wie vor nicht als beendet betrachtet werden, wenngleich die Guerilla nur noch zu vereinzelt Anschlägen in abgelegenen Rückzugsgebieten in der Lage ist. Gleiches gilt für die Auseinandersetzung mit der Revolutionäre Bewegung Tupac Amarus MRTA, der anderen Guerillagruppe. *hs*

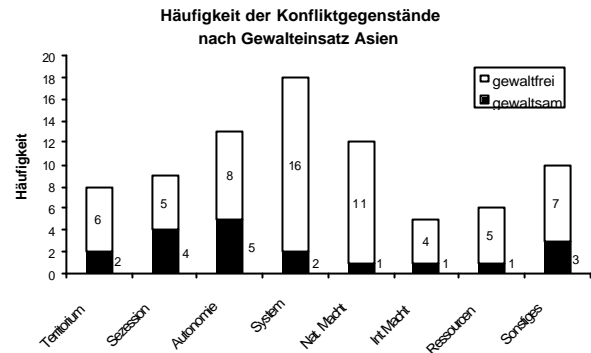
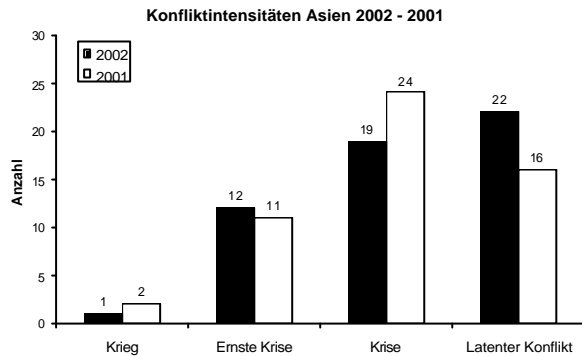
Venezuela

Intensität: 3	Veränderung: ↑	Beginn: 2000
Konfliktparteien:	Opposition aus Unternehmen, Gewerkschaften, Militärs, Parteien vs. venezolanische Regierung Chavez	
Konfliktgegenstand:	Nationale Macht, System	

Der Konflikt zwischen der venezolanischen Regierung von Präsident Hugo Chavez und Oppositionsparteien, Teilen des Militärs sowie Verbänden gründet in den Bestrebungen der Regierung, durch Verfassungsänderungen und ökonomische Umgestaltungen eine so genannte Bolivarianische Revolution durchzuführen. Der Konflikt um die von der Regierung beschlossenen Wirtschaftsreformen verschärft sich am Anfang des Jahres. Im Zentrum von Protesten stehen Dekrete, die der Regierung das Recht geben, großen Landbesitz, der nicht produktiv genutzt wird, zu enteignen. Massendemonstrationen von Oppositionsparteien und oppositionellen Verbänden führen am 13.4. zu Straßenschlachten. Anhänger von Präsident Chavez töten bei der Niederschlagung mehr als ein Dutzend Demonstranten. Auf Druck der Armeeführung tritt Chavez zurück. Pedro Carmona, der Vorsitzende der Handelskammer, wird nach dem Putsch vom Militär als Präsident eingesetzt. Er tritt jedoch nach gewaltsamen Auseinandersetzungen einen Tag später zurück, worauf Chavez erneut das Präsidentenamt übernimmt. Im Juli versucht der frühere US-Präsident Jimmy Carter ohne Erfolg zwischen Chavez und den wichtigsten Oppositionsparteien zu vermitteln. Das Oberste Gericht lässt die Anklage gegen vier am Putsch beteiligte Offiziere fallen. Es folgen Straßenschlachten zwischen Demonstranten und der Polizei. Anfang November werden Gespräche zwischen Regierung und Opposition am Runden Tisch einberufen, um eine Lösung des Konflikts anzustreben. Anlass von neuen Unruhen Mitte November ist die Übernahme von Polizeifunktionen durch die Chavez-loyale Armee. Diese Machtbefugnisse haben bis dato dem Bürgermeister von Caracas unterstanden, der zum Oppositionslager gehört. *dk*

Asien

In Asien erhöht sich die Gesamtzahl der beobachteten Konflikte nur geringfügig auf 54, die Zahl der gewaltsamen Auseinandersetzungen bleibt jedoch gleich. Der einzige Krieg dieser Region wird in Nepal ausgetragen. Die beiden Kriege des vergangenen Jahres, der Kaschmir-Konflikt und der Aufstand der Tamilen auf Sri Lanka deeskalieren. Drei Auseinandersetzungen überschreiten dieses Jahr die Schwelle zur Gewalt: die in Gujarat in Indien, der Konflikt auf Sulawesi in Indonesien und die Rebellion der Karen in Myanmar. Auffällig ist die hohe Anzahl von Konflikten, die auf einer niedrigeren Intensität ausgetragen werden als im Jahr zuvor. Auseinandersetzungen um die nationale Macht werden überwiegend gewaltlos ausgetragen, Autonomie- und Separationskonflikte weisen dagegen einen hohen Anteil an ernststen Krisen und Kriegen auf.



Bangladesch - Indien

Intensität: 3 Veränderung: • Beginn: 1999
 Konfliktparteien: Bangladesch vs. Indien
 Konfliktgegenstand: Grenze

Im Grenzkonflikt zwischen Bangladesch und Indien werden bei illegalen Grenzüberschreitungen erneut Grenzsoldaten beider Seiten getötet. Im März bittet Indien Bangladesch zu einem Treffen, um den Konflikt zu lösen. In den folgenden Monaten führen Vertreter der Konfliktparteien Gespräche. *ak*

Bangladesch (Opposition)

Intensität: 2 Veränderung: ↘ Beginn: 1991
 Konfliktparteien: Awami Liga vs. Bangladesch Nationalpartei
 Konfliktgegenstand: Nationale Macht

Im Machtkonflikt zwischen der Awami Liga (AL) und der regierenden Bangladesch Nationalpartei (BNP) werden auch in diesem Jahr wieder Oppositionsparteimitglieder und deren Anhänger verhaftet. Wiederholt initiiert die Opposition Generalstreiks. Am 24.6. tritt die Oppositionspartei nach einem Boykott erstmals seit Oktober letzten Jahres wieder im Parlament zusammen. *ak*

China - Taiwan

Intensität: 2 Veränderung: • Beginn: 1949
 Konfliktparteien: VR China vs. Republik China (Taiwan)
 Konfliktgegenstand: Regionale Macht, Ideologie/System

Nachdem die langjährige Regierungspartei Taiwans Kuomintang (KMT) 2001 das erste Mal seit 1949 ihre Parlamentsmehrheit verloren hat, weist die VR China erste Gesprächsangebote der nun regierenden Demokratischen Fortschrittspartei (DFP) zurück. Obwohl beide Seiten Handelsbeschränkungen und Visabestimmungen lockern, kommt es zur Krise, als die taiwanische Regierung den Vorschlag äußert, dass in den von ihr ausgegebenen Pässen künftig der Zusatz "Taiwan" vermerkt werden soll. Die Regierung in Peking interpretiert dies als Separationsbestrebung. Nachdem

auf taiwanischer Seite die Frage nach einem Unabhängigkeitsreferendum diskutiert worden ist, droht die VR China mit einem militärischen Angriff. Zudem blockiert die VR die erneuten Bemühungen Taiwans, in die UNO aufgenommen zu werden. *lh*

China - Taiwan - Brunei - u.a. (Spratly)

Intensität: 2 Veränderung: • Beginn: 1974
 Konfliktparteien: VR China vs. Taiwan vs. Brunei vs. Philippinen vs. Malaysia vs. Singapur vs. Vietnam
 Konfliktgegenstand: Territorium/Grenze, regionale Macht, Ressourcen

Im Konflikt verschiedener Anrainerstaaten des Südchinesischen Meeres um die Zugehörigkeit der Spratly-Inseln feuern vietnamesische Truppen im August Warnschüsse auf ein philippinisches Militärflugzeug ab. Im November unterzeichnen die ASEAN-Staaten und die VR China eine Deklaration, in der die Seegrenzen festgelegt werden. *lh*

China (Tibet)

Intensität: 2 Veränderung: • Beginn: 1950
 Konfliktparteien: Tibeter vs. chinesische Regierung
 Konfliktgegenstand: Autonomie

Das in Indien ansässige tibetische Exilparlament fordert weiterhin von der chinesischen Regierung Autonomie für Tibet. Im Februar wird ein umstrittenes Monument, welches an die Befreiung Tibets durch China erinnern soll, vor der früheren Winterresidenz des Dalai Lama errichtet. Die tibetische Bevölkerung empfindet dies als Provokation. Der Konflikt entschärft sich leicht, als China im Laufe des Jahres drei bekannte tibetische politische Gefangene freilässt. Im September nehmen die tibetische Exilregierung und China erstmals seit 1993 wieder offiziell Kontakt auf. Auch der Dalai Lama und die Regierung Chinas stehen im Dialog. *lh*

Übersicht: Konflikte in Asien 2002

Konfliktname ¹	Direkte Beteiligte ²	Konfliktgegenstand	Beginn	Änd. ³	Int. ⁴
Bangladesch - Indien	Bangladesch vs. Indien	Grenze	1999	•	3
Bangladesch - Myanmar *	Bangladesch vs. Myanmar	Grenze	1992	•	2
Bangladesch (Shanti Bahini) *	regionale Gruppierungen vs. Regierung Bangladesch	Autonomie	1991	• Ende	1
Bangladesch (Opposition)	Awami Liga vs. Bangladesch Nationalpartei	Nationale Macht	1991	↘	2
China - Indien *	China vs. Indien	Territorium (Aksai Chin, Ladakh, Sikkim, Arunachal Pradesh)	1954	•	1
China - Taiwan	VR China vs. Republik China (Taiwan)	Regionale Macht, Ideologie/System	1949	•	2
China - Taiwan - Brunei u.a. (Spratly)	VR China vs. Taiwan vs. Brunei vs. Philippinen vs. Malaysia vs. Singapur vs. Vietnam	Territorium/Grenze, regionale Macht, Ressourcen	1974	•	2
China (Falun Gong) *	Chinesische Regierung vs. Falun Gong, Zhong Gong u.a.	Ideologie/System, religiöse Autonomie	1999	•	2
China (Tibet)	Tibeter vs. chinesische Regierung	Autonomie	1950	•	2
China (Uiguren)	Uiguren vs. chinesische Regierung	Sezession, religiöse Autonomie	1997	•	2
Fidschi *	Regierung Fidschi, nationalistische politische Gruppen vs. indisch-stämmige Minderheit	Nationale Macht	1987	↗	2
Indien (Assam)	ULFA vs. indische Regierung	Ethnische Autonomie	1983	•	3
Indien (Gujarat)	Hindus vs. Muslime	Religiöse Autonomie	2002	neu	3
Indien (Kaschmir)	Kaschmirische und pakistanische Rebellen-gruppen (JKLF u.a.) vs. Indien, Regierung Kaschmirs	Religiöse und regionale Autonomie, Sezession	1947	↘	3
Indien (Punjab) *	Autonomiebewegung vs. indische Regierung	Regionale und religiöse Autonomie	1981	• Ende	1
Indien (Tripura)	NLFT vs. indische Regierung	Autonomie, Sonstiges (illegale Einwanderung bengalischer Siedler)	1992	•	3
Indonesien (Aceh)	GAM vs. indonesische Regierung	Sezession, Ressourcen	1953	•	3
Indonesien (Demokratie) *	Demokratiebewegung (Reformasi) vs. indonesische Regierung	System	1997	•	1
Indonesien (Irian Jaya)	OPM vs. indonesische Regierung	Sezession, Ressourcen (Bodenschätze)	1963	•	2
Indonesien (Kalimantan) *	Dajaks vs. indonesische Regierung, Malayen, Maduresen	Sonstiges (ethnische Vorherrschaft)	1998	↘	2
Indonesien (Molukken)	Muslime vs. Christen vs. indonesische Regierung	Sonstiges (religiöse Vorherrschaft), System	1998	•	3
Indonesien (Osttimor)	Indonesische Regierung, pro-indonesische Milizen vs. UNTAET, Fretilin	Sezession	1975	↘	1
Indonesien (Sulawesi)	Muslime vs. Christen	Sonstiges (religiöse Vorherrschaft)	1998	↗	3
Japan - China *	Japan vs. China	Territorium (Senkakuff/Diaoyutai Inseln)	1945	•	1
Japan - Russland *	Japan vs. Russland	Territorium (Kurilen-Inseln)	1945	•	1
Japan - Südkorea *	Japan vs. Südkorea	Territorium (Tokto-Inseln)	1945	•	1
Kambodscha (CFF)	CFF vs. kambodschanische Regierung	Ideologie/System, nationale Macht	2000	•	2
Kambodscha (FUNCINPEC, SRP)	FUNCINPEC, SRP vs. kambodschanische Regierung	Nationale Macht, Ideologie/System	1979	•	2
Kambodscha (Rote Khmer)	Rote Khmer vs. kambodschanische Regierung	Nationale Macht, Ideologie/System	1975	• Ende	1
Kirgistan *	Tadschikische und usbekische Rebellen vs. kirgisische Regierung	System	1999	↘	1
Malaysia - Indonesien, Philippinen	Malaysia vs. Indonesien, Philippinen	Sonstiges (Einwanderer)	2002	neu	1
Malaysia (KMM, JI) *	KMM, JI vs. malaysische Regierung	Ideologie/System, nationale Macht	2001	•	1
Malaysia (Opposition) *	Malaysische Regierung vs. Opposition	System, nationale Macht	1998	•	1
Myanmar (Karen)	Karen-Rebellen, SSA vs. Regierung Myanmar, DKBA	Regionale Autonomie	1948	↗	3
Myanmar (NLD)	Regierung Myanmar vs. NLD	System, nationale Macht	1990	•	2
Nepal - Bhutan	Nepal vs. Bhutan	Sonstiges (Flüchtlinge)	1992	↘	1
Nepal (Maoistische Rebellen)	CPN vs. nepalesische Regierung	Ideologie/System, nationale Macht	1996	↗	4
Nordkorea - Südkorea	Nordkorea vs. Südkorea	Ideologie/System, regionale Macht	1953	•	2
Pakistan - Indien	Pakistan vs. Indien	Territorium, regionale Macht	1947	•	3
Pakistan (Karatschi)	MQM vs. pakistanische Regierung	Autonomie	1977	•	2
Papua-Neuguinea *	BRA vs. Regierung Papua-Neuguinea	Autonomie, Ressourcen	1975	•	1
Philippinen (Abu Sayyaf)	Abu Sayyaf vs. philippinische Regierung	Sezession	1970	•	3
Philippinen (MILF)	MILF vs. philippinische Regierung	Sezession, System/Ideologie	1970	•	2
Philippinen (MNLF) *	MNLF (Misuari) vs. philippinische Regierung	Autonomie	1970	↓ Ende	1
Philippinen (NPA) *	NPA, NDF vs. philippinische Regierung	System/Ideologie (marxistischer Staat), nationale Macht	1968	•	2
Salomonen (MEF) *	MEF vs. Regierung Salomonen, IFM	Sonstiges (Umsetzung des Vertrags von 2000), Ressourcen	1998	•	1
Singapur - Malaysia *	Singapur vs. Malaysia	Internationale Macht, Ressourcen (Wasser), Sonstiges (Wettbewerb)	1997	•	1
Singapur (Jemaah Islamiah) *	Jemaah Islamiah vs. Regierung Singapur	Ideologie/System	2001	•	1
Sri Lanka (LTTE)	LTTE vs. Regierung Sri Lanka	Sezession	1948	↘	3
Tadschikistan *	Islamische Rebellen vs. tadschikische Regierung	System	1997	↘	1
USA - China *	USA vs. China	Sonstiges (Spionageflugzeug)	2001	↘ Ende	1
USA, Japan, Südkorea - Nordkorea	USA, Japan, Südkorea vs. Nordkorea	Internationale Macht, Sonstiges (Abrüstung)	1998	•	2
Usbekistan *	Islamische Bewegung (IMU) vs. usbekische Regierung	System, nationale Macht	1997	•	2
Vietnam (KKNLF)	KKNLF vs. vietnamesische Regierung	Sezession	2002	neu	1

¹) ²) ³) ⁴) siehe Seite 9: Übersicht: Konflikte in Europa 2002

China (Uiguren)

Intensität: 2	Veränderung: •	Beginn: 1997
Konfliktparteien:	Uiguren vs. chinesische Regierung	
Konfliktgegenstand:	Sezession, religiöse Autonomie	

Der Konflikt zwischen der nach Unabhängigkeit strebenden muslimischen Bevölkerungsgruppe der Uiguren in der westchinesischen Grenzprovinz Xinjiang und der Regierung Chinas dauert an. Im Januar intensiviert China seine Kampagne gegen die Separatisten. Zudem kündigt China eine Verschärfung von Gesetzen zur Unterdrückung der uigurischen Kultur an. Im März werden paramilitärische Anti-Terror-Einheiten in Provinzhauptstädten und in ausgewählten Gebieten der Region Xinjiang stationiert. Separatisten werden im Juni beschuldigt, einen chinesischen Diplomaten erschossen zu haben. *lh*

Indien (Assam)

Intensität: 3	Veränderung: •	Beginn: 1983
Konfliktparteien:	ULFA vs. indische Regierung	
Konfliktgegenstand:	Ethische Autonomie	

Der gewaltsame Konflikt zwischen Regierung und den Rebellen der Vereinigten Befreiungsfront von Assam (ULFA) um erweiterte Autonomierechte für den nordostindischen Bundesstaat hält an. Indien beschuldigt seine Nachbarstaaten Bangladesch und Bhutan, Guerillagruppen Unterschlupf zu bieten. In Bangladesch wird am 24.9. das von indischer Seite meistgesuchte Mitglied der Autonomiebewegung Anup Chetia zu sieben Jahren Haft verurteilt. *ak*

Indien (Gujarat)

Intensität: 3	Veränderung: neu	Beginn: 2002
Konfliktparteien:	Hindus vs. Muslime	
Konfliktgegenstand:	Religiöse Autonomie	

Nach einem vermeintlichen Anschlag islamistischer Extremisten auf einen mit fundamentalistischen Hindu-Pilgern besetzten Zug, bei dem am 27.2. 59 Menschen sterben, brechen im indischen Bundesstaat Gujarat gewalttätige Unruhen zwischen Muslimen und Hindus aus. Im September besetzen muslimische Extremisten einen Hindu-Tempel in Gandhinagar und töten mehr als 30 Gläubige. Bei der Beendigung der Besetzung durch Polizeikräfte werden beide Täter getötet. Die gewaltsamen Auseinandersetzungen dauern bis in den November an und fordern insgesamt mindestens 850 Todesopfer. Mehr als 70.000 Menschen halten sich nach gewaltsamen Ausschreitungen zeitweilig in Flüchtlingslagern auf. Der oppositionelle Indische Nationalkongress (INC) wirft der Regierung von Gujarat unter Narendra Modi und der hindunationalistischen Bharatiya Janata Partei (BJP) Versagen bei der Bekämpfung religiöser Gewalt vor. Am 22.11. veröffentlicht eine nichtstaatliche Kommission unter der Leitung des früheren Richters am Obersten Gerichtshof, Krishna Iyer, einen Untersuchungsbericht, in dem der Regierung von Gujarat eine Mitschuld an der Eskalation der gewaltsamen Auseinandersetzungen angelastet wird. *mp*

Indien (Kaschmir)

Intensität: 3	Veränderung: ↘	Beginn: 1947
Konfliktparteien:	Kashmiri, pakistan. Rebellen vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	religiöse, regionale Autonomie, Sezession	

Der Konflikt zwischen verschiedenen Rebellenruppen und der indischen Regierung um den politischen

und territorialen Status des überwiegend von Muslimen bewohnten Kaschmir wird, zum Teil mit schwerem Gewalteininsatz, fortgesetzt. Im Dezember 2001 verüben nicht eindeutig identifizierte islamistische Attentäter einen Anschlag, bei dem insgesamt 14 Menschen sterben. Das Verhältnis zwischen Indien und Pakistan wird hierdurch belastet. Insgesamt werden bei Attentaten verschiedener Gruppen in Kaschmir weit mehr als 100 Personen getötet. Unter den Opfern sind wie in den vorangegangenen Jahren zahlreiche Zivilisten. Im Vorfeld der Wahlen zum Landesparlament von Jammu und Kaschmir im September werden mehrere Anschläge verübt, die sich auch gegen Regionalpolitiker richten. *mp*

Indien (Tripura)

Intensität: 3	Veränderung: •	Beginn: 1992
Konfliktparteien:	NLFT vs. indische Regierung	
Konfliktgegenstand:	Autonomie, Sonstiges (illegale Einwanderung)	

Zwischen der nach Autonomie strebenden Nationalen Liga zur Befreiung von Tripura (NLFT) und der indischen Regierung gehen die Kämpfe im nordostindischen Staat Tripura weiter. Neben den Angriffen auf Regierungseinrichtungen begeht die NLFT gleichzeitig Übergriffe auf aus Bangladesch eingewanderte Siedler. Insgesamt geht man in diesem Jahr von mehr als 150 Todesopfern aus. *ak*

Indonesien (Aceh)

Intensität: 3	Veränderung: •	Beginn: 1953
Konfliktparteien:	GAM vs. indonesische Regierung	
Konfliktgegenstand:	Sezession, Ressourcen	

Die Friedensgespräche zwischen der indonesischen Regierung und der Bewegung Freies Aceh (GAM) im Dezember 2001 scheitern. Wortführer der GAM halten an ihrer Forderung nach Unabhängigkeit der Provinz im Norden Sumatras fest. Die Gewalt nimmt zwischen Januar und Oktober zu. Beinahe täglich liefern sich beide Seiten gewaltsame Auseinandersetzungen. Seit Jahresbeginn sind bereits mehr als 1.000 meist zivile Todesopfer zu verzeichnen. Am 19.11. einigen sich GAM und Regierung auf die Unterzeichnung eines Friedensvertrages. Das Abkommen beinhaltet ein sofortiges Ende der Gewalt sowie Pläne zur Wahl einer autonomen Regierung für Aceh ab dem Jahre 2004. *th*

Indonesien (Irian Jaya)

Intensität: 2	Veränderung: •	Beginn: 1963
Konfliktparteien:	OPM vs. indonesische Regierung	
Konfliktgegenstand:	Sezession, Ressourcen (Bodenschätze)	

Die Beziehungen zwischen der indonesischen Regierung und der Organisation Freies Papua (OPM) in der rohstoffreichen Provinz Irian Jaya bleiben angespannt. Nach Gesprächen mit der OPM bietet Indonesien der Provinz am 2.1. Autonomierechte an und erklärt sich mit der Änderung der Gebietsbenennung in West-Papua einverstanden. Im September verüben mutmaßliche OPM-Rebellen einen Anschlag auf Angestellte eines US-amerikanischen Bergbaukonzerns, bei dem drei Personen ums Leben kommen, und liefern sich Gefechte mit indonesischen Truppen. Daraufhin verstärkt die Regierung die Militärpräsenz in West-Papua

und zieht ihr Angebot eines regionalen Autonomiestatus zurück. *th*

Indonesien (Molukken)

Intensität: 3	Veränderung: •	Beginn: 1998
Konfliktparteien:	Muslime vs. Christen vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Sonstiges (religiöse Vorherrschaft), System	

Nach dreijährigen blutigen Kämpfen zwischen Muslimen und Christen auf den indonesischen Molukken-Inseln unterzeichnen Vertreter beider Gruppen am 12.2. ein Friedensabkommen. Bereits einen Tag nach dem Treffen werden mehrere Anschläge in der Hauptstadt Ambon verübt, mit dem offensichtlichen Ziel, neue Unruhen zwischen den Religionsgemeinschaften zu stiften. Ende April werden mit einer Serie von Anschlägen auf Häuser und Kirchen in christlichen Vierteln der Stadt Soya die Friedensvereinbarungen verletzt. Die indonesische Regierung stellt den zerstörten Stadtteilen finanzielle Mittel für den Wiederaufbau zur Verfügung und versichert ihre Unterstützung bei der Herstellung der inneren Sicherheit auf der Inselgruppe. Zudem müssen sich Führer der islamistischen und der christlichen Gruppen vor indonesischen Gerichten verantworten. *th*

Indonesien (Osttimor)

Intensität: 1	Veränderung: ↘	Beginn: 1975
Konfliktparteien:	Indonesische Regierung, pro-indonesische Milizen vs. UNTAET, Fretilin	
Konfliktgegenstand:	Sezession	

Am 20.5. wird Osttimor nach 24 Jahren indonesischer Besatzung und anschließender dreijähriger UNO-Übergangsverwaltung durch die UNTAET in die Unabhängigkeit entlassen. Zuvor haben die Osttimoresen im April den früheren Guerillaführer Xanana Gusmão zu ihrem Präsidenten gewählt. Die Beziehungen zwischen Indonesien und Osttimor verbessern sich zusehends. Die Regierungschefs beider Staaten nehmen diplomatische Beziehungen auf und treffen sich mehrmals zu Gesprächen. Die indonesische Präsidentin Megawati Sukarnoputri nimmt an den Unabhängigkeitsfeierlichkeiten teil. Am 27.9. wird Osttimor in die UNO aufgenommen. Ein Spannungspunkt bleiben jedoch die auch international als zu milde angesehenen Urteile des indonesischen Menschenrechtstribunals. Das Gericht soll die Verantwortlichen der Massaker, die 1999 nach dem Unabhängigkeitsreferendum in Osttimor begangen worden sind, zur Rechenschaft ziehen. *th*

Indonesien (Sulawesi)

Intensität: 3	Veränderung: ↗	Beginn: 1998
Konfliktparteien:	Muslime vs. Christen	
Konfliktgegenstand:	Sonstiges (religiöse Vorherrschaft)	

Obwohl am 20.12.01 muslimische und christliche Gruppen einem Zehn-Punkte-Plan zur Beilegung des bereits drei Jahre andauernden Konfliktes zwischen den religiösen Gruppierungen zugestimmt haben, flammt die Gewalt im Januar erneut auf. Wiederholt ereignen sich Anschläge auf Kirchen und Häuser in christlichen Stadtvierteln. Im August brennen mutmaßliche Islamisten nahe der Stadt Poso Hunderte von Häusern nieder. Die indonesische Regierung entsendet 500 Sicherheitskräfte in die Region. *th*

Kambodscha (CFF)

Intensität: 2	Veränderung: •	Beginn: 2000
Konfliktparteien:	CFF vs. kambodschanische Regierung	
Konfliktgegenstand:	Ideologie/System, nationale Macht	

Der im November 2001 begonnene Kampf der Kambodschanischen Freiheitskämpfer (CFF) gegen Kambodschas Regierung, der die CFF eine kommunistisch orientierte Politik vorwirft, bleibt weitgehend ruhig. Im Februar werden 19 mutmaßliche Rebellen, darunter ein US-Bürger, verhaftet und zu Freiheitsstrafen zwischen fünf Jahren und lebenslänglich verurteilt. Beobachter verurteilen die Prozessbedingungen und äußern Zweifel an der Unabhängigkeit der Gerichte. *ca*

Kambodscha (FUNCINPEC, SRP)

Intensität: 2	Veränderung: •	Beginn: 1979
Konfliktparteien:	FUNCINPEC, SRP vs. kambodschanische Regierung (CPP, Hun Sen)	
Konfliktgegenstand:	Nationale Macht, Ideologie/System	

Bereits seit der Machtübernahme des amtierenden Ministerpräsidenten Hun Sen (CPP) im Jahre 1979 besteht ein Konflikt zwischen Kambodschanischer Volkspartei (CPP) und der royalistischen FUNCINPEC-Partei. Im Jahr 1995 tritt die Sam Rainsy Partei (SRP) als weitere Konfliktpartei hinzu. In den Monaten Dezember 2001 und Januar 2002 werden insgesamt acht Morde und eine große Zahl an Übergriffen gegen Oppositionelle bekannt. Von Behördenseite wird im Februar ein Zusammenhang zwischen der Häufung von Gewalttaten gegen Mitglieder von FUNCINPEC und SRP und den anstehenden Kommunalwahlen bestritten. *ca*

Kambodscha (Rote Khmer)

Intensität: 1	Veränderung: • Ende	Beginn: 1975
Konfliktparteien:	Rote Khmer vs. kambodschanische Regierung (CPP, Hun Sen)	
Konfliktgegenstand:	Nationale Macht, Ideologie/System	

Der 1975 mit der Machtübernahme der Roten Khmer begonnene Konflikt um Ideologie und nationale Macht kann endgültig als beendet betrachtet werden. Die Rote Khmer-Kämpfer, die 1998 offiziell ihre Waffen niedergelegt haben, haben sich mittlerweile vollständig in die bestehenden politischen Strukturen integriert. In diesem Jahr finden, wie schon im vorangegangenen, Gespräche zwischen der UNO und Kambodschas Regierung über die Einsetzung eines internationalen Sondergerichts zur Aburteilung der für den Völkermord verantwortlichen Roten Khmer statt. *ca*

Malaysia - Indonesien, Philippinen

Intensität: 1	Veränderung: neu	Beginn: 2002
Konfliktparteien:	Malaysia vs. Indonesien, Philippinen	
Konfliktgegenstand:	Sonstiges (Einwanderer)	

Die malaysische Regierung zwingt durch eine Verschärfung des Strafrechts im April 300.000 bis 600.000 illegale Einwanderer, vor allem Indonesier und Filipinos, zum Verlassen des Landes. Zuvor hat im Dezember 2001 ein Aufstand in einem Abschiebelager die ablehnende Haltung der Regierung Malaysias gegenüber den Einwanderern weiter verstärkt. Versuche, eine Vereinbarung zwischen Malaysia und Indonesien zu erreichen, scheitern im Februar. Nach Todesfällen in Abschiebelagern wird die dortige Situation auf Verlangen der philippinischen Präsidentin Gloria Macapagal Arroyo im September von philippinischen Inspektoren untersucht. *ct*

Myanmar (Karen)

Intensität: 3	Veränderung: ↗	Beginn: 1948
Konfliktparteien:	Karen-Rebellen, SSA vs. Regierung Myanmar, DKBA	
Konfliktgegenstand:	Regionale Autonomie	

Im Berichtszeitraum kommt es zu Kämpfen der Karen-Rebellen (KNLA, KNDO) gegen die Armee Myanmars und der mit ihr verbündeten Demokratisch Buddhistischen Karen Armee (DKBA). Die Rebellen der Shan-Minderheit (SSA) starten im Mai eine Offensive gegen Außenposten der Armee und die mit ihr verbündete myanmarische Miliz Vereinigte Armee des Wa-Staats (UWSA), worauf verstärkt Truppen in die Region an Thailands Grenze verlegt werden. Außerdem wirft Myanmar Thailand vor, die SSA zu unterstützen, und hält daraufhin die Grenze bis Mitte Oktober geschlossen. Mehrere Sprengstoffanschläge werden den Rebellen angelastet, was diese aber immer wieder bestreiten. Die Armee verübt nahezu täglich Übergriffe gegen ethnische Minderheiten, wie Raub, Zwangsarbeit, Misshandlung, Vergewaltigung, Vertreibung und Mord. Insgesamt fordert der Konflikt mehr als 600 Todesopfer, mindestens 7.000 Menschen sind auf der Flucht. *ca*

Myanmar (NLD)

Intensität: 2	Veränderung: •	Beginn: 1990
Konfliktparteien:	Regierung von Myanmar vs. NLD	
Konfliktgegenstand:	Ideologie/System, nationale Macht	

Nach starkem internationalem Druck wird die Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi von der Nationalen Liga für Demokratie (NLD) im Mai aus ihrem seit September 2000 andauernden Hausarrest entlassen. Auch die Freilassung von weit über 100 der mehr als 1.000 politischen Gefangenen durch Myanmars Militärjunta scheint auf eine Entspannung hinzudeuten. Allerdings werden nach der Freilassung Aung San Suu Kyis auch weiterhin Studenten und Oppositionelle inhaftiert. Das Angebot der NLD zur Aufnahme von Gesprächen über die Demokratisierung des Landes wird von der Junta abgelehnt. *ca*

Nepal - Bhutan

Intensität: 1	Veränderung: ↘	Beginn: 1992
Konfliktparteien:	Nepal vs. Bhutan	
Konfliktgegenstand:	Sonstiges (Flüchtlinge)	

Der Konflikt um den Aufenthalt ursprünglich aus Bhutan stammender Flüchtlinge nepalesischer Abstammung im Osten Nepals bleibt unverändert. Ende 2001 werden verschiedene Verifikationsmissionen der EU und gemeinsame Arbeitsgruppen aus Nepal und Bhutan eingesetzt, die jedoch nicht alle Flüchtlingslager besuchen. Die Ergebnisse der Untersuchungen sind bis Ende des Berichtszeitraumes unveröffentlicht. Inzwischen haben Vertreter der Flüchtlinge die nepalesische Regierung aufgefordert, Indien um Hilfe zu bitten und im Konflikt zu vermitteln. *yf*

Nepal (Maoistische Rebellen)

Intensität: 4	Veränderung: ↗	Beginn: 1996
Konfliktparteien:	CPN vs. nepalesische Regierung	
Konfliktgegenstand:	Ideologie/System, nationale Macht	

Der gewaltsame Konflikt zwischen der Kommunistischen Partei von Nepal - Maoisten (CPN-M), die die Errichtung eines maoistischen Staates fordern, und der

Staatsführung mit König Gyanendra an der Spitze weitet sich zum Bürgerkrieg aus. Nachdem der Monarch am 26.11.01 den Ausnahmezustand ausgerufen und damit das Eingreifen des Militärs ermöglicht hat, fallen innerhalb der folgenden zwölf Monate bis zu 2.500 Rebellen, Soldaten und Zivilisten den Kämpfen zum Opfer. Dabei gewinnt die Armee nach anfänglichen Rückschlägen im Laufe des Jahres militärisches Übergewicht, das sich beispielsweise in der Eroberung der ehemaligen Rebellenhochburg Gam im Westen des Landes Anfang Mai zeigt. Ein folgendes Angebot der Rebellen zu Friedensgesprächen schlägt Ministerpräsident Sher Bahadur Deuba aus. Am 22.5. löst König Gyanendra das Parlament auf Bitten Deubas auf. Anfang Oktober fordert der Ministerpräsident die Verschiebung der Neuwahlen auf November 2003. Daraufhin entlässt der König ihn. Die Wahlen werden auf unbestimmte Zeit verschoben. Die Maoisten schließen sich der Kritik politischer Parteien an und rufen zum Generalstreik gegen den vermeintlichen Staatsstreich des Königs auf. Am 18.11. einigen sich Rebellen und Regierung auf den Beginn von Friedensgesprächen. *yf, nis*

Nordkorea - Südkorea

Intensität: 2	Veränderung: •	Beginn: 1953
Konfliktparteien:	Nordkorea vs. Südkorea	
Konfliktgegenstand:	Ideologie/System, regionale Macht	

Ende Juni wird bei einem schweren Seegefecht zwischen der nord- und südkoreanischen Marine im Südchinesischen Meer ein südkoreanisches Patrouillenboot versenkt, wobei mindestens 18 Soldaten getötet werden. Nachdem Nordkorea im Juli sein Bedauern über das Seegefecht ausgedrückt hat, werden Verhandlungen über den Bau einer ersten Verkehrsverbindung zwischen beiden Staaten möglich. Im September wird mit dem Bau begonnen. Der Nord-Süd-Verbindung wird hoher symbolischer Wert zugesprochen, da bislang breite Minenfelder und Sperrzonen jeglichen Grenzverkehr unterbinden. Bereits im Frühjahr werden ein weiteres Treffen von 100 getrennt in beiden Staaten lebenden Familien und die Teilnahme von 3.000 Südkoreanern am nordkoreanischen Arirang-Fest als vorsichtige Signale verbesserter Beziehungen gewertet. Im November wird von einem erneuten militärischen Zwischenfall auf See berichtet. Meldungen über Opfer sind nicht bekannt. *nis*

Pakistan - Indien

Intensität: 3	Veränderung: •	Beginn: 1947
Konfliktparteien:	Pakistan vs. Indien	
Konfliktgegenstand:	Territorium, regionale Macht	

Die Auseinandersetzung zwischen Pakistan und Indien um die territoriale Zugehörigkeit Kaschmirs bleibt nach wie vor einer der brisantesten Konflikte Asiens. Nach einem Terroranschlag auf das indische Parlament im Dezember 2001, in den die indische Regierung auch Pakistan verwickelt sieht, bricht Indien am 21.12.01 die diplomatischen Beziehungen zu Pakistan ab, und beide Seiten konzentrieren etwa eine Million Soldaten beiderseits der Grenze. Wie in den vergangenen Jahren liefern sich die Streitkräfte Feuergefechte, bei denen auch zahlreiche Zivilisten getötet werden. Die Außenminister der USA und Großbritanniens reisen von Juli bis September mehrfach in die Region und bieten

eine Vermittlung im Konflikt an. Indien beginnt Mitte Oktober mit einem begrenzten Truppenrückzug. *mp*

Pakistan (Karatschi)

Intensität: 2	Veränderung: •	Beginn: 1977
Konfliktparteien:	MQM vs. pakistanische Regierung	
Konfliktgegenstand:	Autonomie	

Im Konflikt zwischen der Partei der Urdu-sprechenden Bevölkerung der Provinz Sindh, Vereinigte Nationale Bewegung (MQM), und der Provinz- sowie der Zentralregierung werden mehrere Anschläge verübt. Im Mai werden im Zusammenhang mit einem von der MQM initiierten Streik 250 Personen aus deren Umfeld festgenommen. Im Juli verlegt die pakistanische Regierung zur Verhinderung gewaltsamer Auseinandersetzungen im Vorfeld der Provinzwahlen im Sindh 40.000 Soldaten nach Karatschi. Im November werden 30 Mitglieder der Haqiqi-Gruppe, einer Abspaltung der MQM, auf Veranlassung der MQM festgenommen. *mp*

Philippinen (Abu Sayyaf)

Intensität: 3	Veränderung: •	Beginn: 1970
Konfliktparteien:	Abu Sayyaf vs. philippinische Regierung	
Konfliktgegenstand:	Sezession	

Im Kampf gegen die muslimische Terrororganisation Abu Sayyaf eröffnet die philippinische Regierung mit US-amerikanischer Unterstützung am 31.1. eine militärische Großoffensive, die von Rebellenseite mit mehreren schweren Terroranschlägen erwidert wird. Nach Abschluss einer sechsmonatigen Operation philippinischer Soldaten und ca. 700 US-amerikanischer Berater und Ausbilder am 31.7. berichten Regierungsvertreter von einer erheblichen Schwächung der Rebellen. Zudem wird am 21.6. der mutmaßliche Tod des wichtigsten Anführers der Abu Sayyaf, Abu Sabaya, gemeldet. In der südphilippinischen Stadt General Santos wird im April ein Bombenanschlag verübt, welcher der Terrororganisation zugeschrieben wird und bei dem 15 Menschen ums Leben kommen. Bei einer Anschlagserie auf öffentliche Einrichtungen und Einkaufszentren im Oktober werden mehr als 20 Menschen getötet und Hunderte verletzt. Die Regierung verdächtigt u.a. die Abu Sayyaf als Urheber. *nis*

Philippinen (MILF)

Intensität: 2	Veränderung: •	Beginn: 1970
Konfliktparteien:	MILF vs. philippinische Regierung	
Konfliktgegenstand:	Sezession, System/Ideologie	

Trotz des im August vergangenen Jahres ausgehandelten Waffenstillstandsvertrages kommt es zu Beginn des Jahres zu vereinzelt Schusswechseln zwischen der Regierung und der Moro Islamischen Befreiungsfront (MILF), die für die Abspaltung des muslimisch geprägten Südens kämpft. Beide Parteien einigen sich im Februar auf eine paritätisch besetzte Überwachungskommission. Nach einer terroristischen Anschlagswelle auf öffentliche philippinische Einrichtungen im April und Oktober beschuldigt die Regierung die MILF der Mittäterschaft. *nis*

Sri Lanka (LTTE)

Intensität: 3	Veränderung: ↘	Beginn: 1948
Konfliktparteien:	LTTE vs. Regierung von Sri Lanka	
Konfliktgegenstand:	Sezession	

Die Situation auf Sri Lanka ist deutlich deeskaliert. Die Vereinte Nationalpartei (UNP) siegt bei den Par-

lamentswahlen im Dezember vor der bisher regierenden Volksallianz (PA) der Präsidentin Chandrika Bandaranaike Kumaratunga und bildet eine Koalition mit dem Muslimischen Kongress von Sri Lanka (SLMC). Die Befreiungstiger von Tamil Eelam (LTTE) und die Regierung vereinbaren im Dezember 2001 einen befristeten Waffenstillstand, der am 22.2. auf unbestimmte Zeit verlängert wird. Die Regierung akzeptiert Norwegen als Vermittler und hebt Sanktionen auf, während die LTTE Kompromissbereitschaft und Verzicht auf Attentate ankündigt. Trotz wiederholter Verstöße der LTTE gegen das Abkommen und gelegentlicher Gefechte mit der Armee wird ihr Verbot aufgehoben, um die im September in Thailand stattfindenden Friedensgespräche zu ermöglichen. Dort wird über Entwaffnung der Rebellen und Repatriierung der Flüchtlinge verhandelt, von denen bislang 214.000 zurückgekehrt sind. Die Muslime befürchten, im Friedensprozess übergangen zu werden, was eine Koalitionskrise verursacht. Ungeachtet mehrerer blutiger Zwischenfälle zwischen den drei größten Bevölkerungsgruppen der Singhalesen, Tamilen und Muslimen findet im Oktober eine zweite Friedenskonferenz statt. Im Rahmen einer internationalen Geberkonferenz im November treffen Premierminister Ranil Wickremasinghe und ein LTTE-Unterhändler zusammen. Frieden scheint damit für nächstes Jahr näher gerückt zu sein. *ct*

USA, Japan, Südkorea - Nordkorea

Intensität: 2	Veränderung: •	Beginn: 1998
Konfliktparteien:	USA, Japan, Südkorea vs. Nordkorea	
Konfliktgegenstand:	Internationale Macht, Sonstiges (Abrüstung)	

Die Auseinandersetzung um den von den USA, Japan und Südkorea geforderten Verzicht Nordkoreas auf eigene Atomwaffen wird schärfer. Nach dem Eingeständnis Nordkoreas im November, entgegen einem 1994 geschlossenen Abkommen sein Atomprogramm nicht eingestellt zu haben und im Besitz von biologischen Waffen zu sein, kündigt die von den USA, der EU, Japan und Südkorea getragene Koreanische Energieentwicklungsorganisation (KEDO) die Einstellung der von Nordkorea dringend benötigten Rohöllieferungen an. Im Gegenzug droht Nordkorea am 19.11. mit der Wiederaufnahme seines Raketentestprogramms und fordert die USA zum Abschluss eines gegenseitigen Nicht-Angriffspaktes auf. *nis*

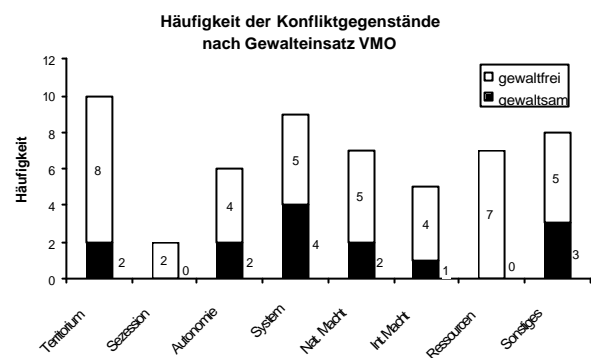
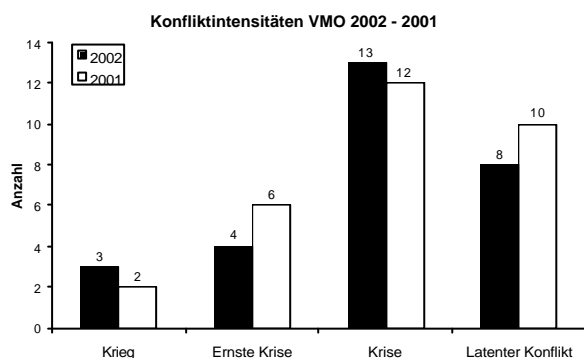
Vietnam (KKNLF)

Intensität: 1	Veränderung: neu	Beginn: 2002
Konfliktparteien:	KKNLF vs. vietnamesische Regierung	
Konfliktgegenstand:	Sezession	

Mit der Gründung der Nationalen Befreiungsfront von Kampuchea Krom (KKNLF) durch den in den USA lebenden Sang Tach im Juni entsteht ein neuer Konflikt. Die KKNLF verfolgt das Ziel, ein ca. 70.000 qkm großes Gebiet, das zu 80% von ethnischen Khmer bewohnt wird, von Vietnam loszulösen und in einen eigenen Staat umzuwandeln. Das Gebiet in der Nähe des Mekong-Deltas wird von ihnen als Kampuchea Krom bezeichnet. Sang Tach erklärt, die KKNLF wolle sich zunächst mit friedlichen Mitteln Gehör verschaffen. *ca*

Vorderer und Mittlerer Orient

Im Vergleich zum Vorjahr hat die Zahl der beobachteten Konflikte im Vorderen und Mittleren Orient (VMO) leicht abgenommen. Obwohl eine überwiegend gewaltsame Auseinandersetzung weniger in der Region zu verzeichnen ist, da der Konflikt kurdischer Gruppen mit der Türkei auf die Intensität einer überwiegend gewaltfreien Krise deeskaliert ist, hat die Anzahl der Kriege zugenommen. Zusätzlich zu den beiden bereits 2001 geführten Kriegen auf afghanischem Boden sind die gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Israel und den Palästinensern weiter eskaliert. Trotz der im Berichtszeitraum intensivierten Drohungen in der zwischen den USA und dem Irak bestehenden ersten Krise ist ein umfangreicher Militäreinsatz durch die USA und Großbritannien außerhalb der 1991 eingerichteten Flugverbotszonen bisher ausgeblieben. Insgesamt eskalieren zwei Konflikte; drei der 28 Konflikte nehmen in der Intensität des Konfliktaustrags ab. Der innerstaatliche Konflikt im Jemen kann für beendet erklärt werden, da die ursprüngliche Konfliktkonstellation dem tatsächlichen Konfliktgeschehen im Land nicht mehr entspricht. Die gewaltsamen Auseinandersetzungen in der Region betreffen vornehmlich das Gut Ideologie/System, während Dispute um Ressourcen und Territorium überwiegend gewaltfrei ausgetragen werden. Insgesamt entstehen Interessengegensätze in der Region um die Konfliktgegenstände Territorium, Ideologie/System und Ressourcen.



Afghanistan (Nordallianz)

Intensität: 4	Veränderung: •	Beginn: 1993
Konfliktparteien: Taliban vs. Nordallianz		
Konfliktgegenstand: Nationale Macht		

Der Konflikt zwischen der Nordallianz und den Taliban um die Vormachtstellung in Afghanistan wandelt sich 2002 grundlegend, da die Taliban als die herrschende Gruppierung durch die neue Regierung des Paschtunenführers Hamid Karsai abgelöst werden. Die Taliban, die sich überwiegend aus Paschtunen rekrutieren, haben seit 1998 90% des Landes kontrolliert. Am 20.12.01 beschließt die UNO, die internationale Schutztruppe ISAF mit 4.500-5.000 Mann in der Region um Kabul unter britischer Führung zu stationieren. Die Truppen kommen aus insgesamt 19 meist europäischen Staaten. Die Nordallianz, die sich überwiegend aus den Minderheiten der Tadschiken, Usbeken und der schiitischen Hazara zusammensetzt, kämpft in der ersten Jahreshälfte gemeinsam mit den USA und ihren Verbündeten gegen Taliban-Truppen. Ab Mitte des Jahres zeichnen sich allerdings einerseits neue bzw. wiederaufflammende Konflikte zwischen rivalisierenden Stammesfürsten und andererseits Machtkämpfe zwischen lokalen Kommandeuren und der Zentralregierung ab. Warlords liefern sich wiederholt Gefechte, z.B. am 29./30.1. in der Nähe der Stadt Gardes und am 1.5. in der Stadt Masar-e-Sharif. Darüber hinaus werden das ganze Jahr über UNO-Konvois überfallen und geplündert. Die Autorität der neuen afghanischen Regierung, in der Fraktionen verschiedener Volksgruppen vertreten sind, wird von mehreren

Stammesfürsten angefochten, die nicht bereit sind, auf ihren lokalen Einfluss zu verzichten. Am 9.11. intervenieren erstmals US-Einheiten bei innerafghanischen Kämpfen unter Beteiligung von Regierungstruppen. Die Situation in Kabul spitzt sich am 5.4. vorübergehend zu, als afghanische Behörden mehr als 300 Personen festnehmen, denen vorgeworfen wird, einen gewaltsamen Umsturz herbeiführen zu wollen. Am 18.4. kehrt der ehemalige afghanische König Sahir Shah nach 29 Jahren aus dem Exil als Privatmann zurück. Vom 12.-17.6. tagt die Große Ratsversammlung (Loja Dschirga) in Kabul, auf der die Mehrheit der 1.600 Delegierten den Interimspräsidenten Karsai zum neuen Präsidenten Afghanistans bis 2004 wählt. Die Wahl wird von Konflikten zwischen rivalisierenden Clans überschattet, die um die Macht im Kabinett Karsais streiten. Dort verfügt die Nordallianz mit der Hälfte aller Ministerposten, darunter auch das Verteidigungs- und Außenministerium, über den größten Einfluss. Die Regierung hat vielfältige Aufgaben zu lösen, allen voran den Wiederaufbau des vom Bürgerkrieg zerstörten Landes und die Lösung innerafghanischer Konflikte. Deutlich wird dies durch zwei Ereignisse: Am 6.7. werden der afghanische Vizepräsident Hadschi Abdul Kadir und einer seiner Mitarbeiter erschossen. Am 5.9. wird Präsident Karsai bei einem Anschlag verletzt. Wenige Stunden zuvor sterben bei einer Bombenexplosion zehn Menschen. Die Probleme um die politische Stabilität und Sicherheit in Afghanistan bleiben bis Jahresende ungelöst.

hl

Übersicht: Konflikte im Vorderen und Mittleren Orient 2002

Betroffene(r) Staat(en) ¹	Direkt Beteiligte ²	Konfliktgegenstand	Beginn	Änd. ³	Int. ⁴
Afghanistan (Nordallianz)	Taliban vs. Nordallianz	Nationale Macht, Ideologie	1993	•	4
Afghanistan (Al-Kaida, Taliban) - USA	Al Kaida, Taliban vs. USA, GB, BRD, Frankreich, Nordallianz	Ideologie, Sonstige (Bin Laden)	1996	•	4
Ägypten	Gaamat-al-Islamiya, Ichwan Muslimin, Islamischer Dschihad, al-Waad-Gruppe vs. Regierung	Religiöse Autonomie, Ideologie	1997	•	2
Ägypten - Sudan *	Ägypten vs. Sudan	Territorium (Grenze), Ressourcen	1992	•	1
Algerien (Berber)	Berber vs. algerische Regierung	Sonstiges (kulturelle Rechte)	1992	•	2
Algerien (GIA)	FIS, GIA, AIS, GSPC vs. algerische Regierung	System, religiöse Autonomie	1992	•	3
Armenien - Aserbaidschan *	Armenien vs. Aserbaidschan	Territorium, regionale Autonomie	1988	•	1
Bahrain (Schiiten) *	Regierung von Bahrain vs. Schiiten	Nationale Macht	1996	•	1
Irak - Iran	Irak vs. Iran	Ideologie/System, Territorium, Sonstiges (Kriegsgefangene, Reparationen)	1980	•	2
Irak - Israel *	Irak vs. Israel	Ideologie, Sonstiges (Nichtanerkennung)	1948	↗	2
Irak - Kuwait *	Irak vs. Kuwait	Internationale Macht, Territorium (Inseln im Golf), Ressourcen (Erdöl)	1961	↘	1
Irak - USA, Großbritannien	Irak vs. USA, Großbritannien	Internationale Macht, Sonstiges (Flugverbotszonen, Abrüstung)	1991	•	3
Irak (Asnar al-Islam, Islamische Einheitsbewegung vs. PUK)	Asnar al-Islam, Islamische Einheitsbewegung vs. PUK	Regionale Macht, Ideologie/System	2001	•	3
Irak (Irakisch-Kurdistan)	Kurdische Volksgruppen vs. irakische Regierung	Autonomie, Ressourcen (Wasser)	1991	•	2
Irak (PUK vs. DPK)	PUK vs. DPK	Regionale Macht	1992	•	1
Irak (Schiiten) *	Schiiten vs. irakische Regierung	Autonomie	1991	•	2
Iran - Vereinigte Arabische Emirate *	Iran vs. Vereinigte Arabische Emirate	Territorium	1971	•	1
Iran (Reformer vs. Konservative) *	Reformkräfte vs. konservative Mullahs	Nationale Macht, System	1993	•	2
Iran (Volksmudschaheddin)	Exilopposition (Volksmudschaheddin mit Sitz im Irak) vs. iranische Regierung	Nationale Macht, Ideologie/System (aut. Sozialismus isl. Prägung)	1992	•	2
Israel (Hisbollah)	Israel vs. Hisbollah mit Sitz im Libanon	Territorium (Shebah-Felder)	1982	•	3
Israel (Palästinensische Gruppierungen)	Palästinensische Autonomiebehörde, Al-Aksa, Islamischer Dschihad, Fatah, Hamas vs. israelische Regierung	Territorium, Autonomie	1948	↗	4
Israel - Libanon	Israel vs. Libanon	Sonstiges (Sicherheitszone), Grenze, Ressourcen (Wasser)	1948	•	2
Israel - Syrien	Israel vs. Syrien	Territorium (Golanhöhen), (Wasser-)Grenze, Ressourcen (Wasser)	1967	•	2
Jemen (Islamischer Dschihad) *	Islamischer Dschihad vs. jemenitische Regierung	Nationale Macht	1994	• Ende	1
"Kaspisches Meer"	Armenien vs. Aserbaidschan vs. Georgien vs. Iran vs. Kasachstan vs. Russland vs. Türkei vs. Turkmenistan	Wassergrenze, Ressourcen (Erdöl, -gas), internationale Macht	1993	•	2
Libyen - USA, Großbritannien *	Libyen vs. USA, Großbritannien	Sonstiges (Lockerbie-Attentat), internationale Macht	1992	•	1
Marokko (Westсахара)	POLISARIO vs. marokkanische Regierung	Nationale Unabhängigkeit, Ressourcen	1976	•	2
Türkei (PKK)	PKK vs. türkische Regierung	Sezession	1979	↘	2

¹) ²) ³) ⁴) siehe Seite 9: Übersicht: Konflikte in Europa 2002

Afghanistan (Al-Kaida, Taliban) - USA

Intensität: 4	Veränderung: •	Beginn: 1996
Konfliktparteien:	Al-Kaida, Taliban vs. USA, GB, BRD, Frankreich, Nordallianz	
Konfliktgegenstand:	Ideologie, Sonstiges (Bin Laden)	

Der Krieg der USA und ihrer Verbündeten gegen die de facto in Afghanistan herrschenden Taliban um die Auslieferung des mutmaßlichen Terroristen und Drahtziehers der am 11.9.01 auf das New Yorker World Trade Center und das Pentagon in Washington D.C. verübten Anschläge, Osama Bin Laden, deeskaliert im

Verlauf des Jahres. Zusammen mit innerafghanischen Gegnern des Taliban-Regimes, vor allem der Nordallianz, gelingt es den USA und ihren Verbündeten - darunter Großbritannien, Frankreich und Deutschland - feindliche Truppen bis Mitte des Jahres aus größeren Städten zu vertreiben. Im Dezember 2001 fliegen die USA massive Luftangriffe auf die Bergfestung Tora Bora in Ostafghanistan, wo sich Bin Laden und sein Stellvertreter Mullah Mohammed Omar aufhalten sollen. Bis in die zweite Jahreshälfte führen die Alliierten kontinuierlich Operationen zur Aufspürung verspreng-

ter und versteckter Taliban-Einheiten durch, die sich im unwegsamen Gelände im Osten des Landes versteckt halten. Der Aufenthaltsort der beiden Führer ist bislang unbekannt. Schätzungen zufolge sind von Oktober 2001 bis Januar etwa 3.700 Zivilisten durch US-Angriffe umgekommen. *hl*

Ägypten

Intensität: 2	Veränderung: •	Beginn: 1997
Konfliktparteien:	Gaamat-al-Islamiya, Ichwan Muslimin, Islamischer Dschihad, al-Waad-Gruppe vs. ägyptische Regierung	
Konfliktgegenstand:	Religiöse Autonomie, Ideologie	

In Ägypten entpannt sich die Situation im Konflikt zwischen der ägyptischen Regierung und radikal-islamistischen Gruppen, die einen islamischen Staat in Ägypten aufbauen wollen, weiter. Die Islamisten verüben im fünften Jahr in Folge keine Terroranschläge zur Durchsetzung ihrer Ziele. Die Führung der islamistischen Gruppe Gaamat-al-Islamiya, die für den Luxor-Anschlag im November 1997 mit 58 Toten verantwortlich gemacht wird, legt in einer im Januar publizierten Schrift ein Bekenntnis zur Abkehr von Gewalt ab. Deren Führer Karam Zohdi entschuldigt sich im Juni für die in der Vergangenheit begangenen Gewaltakte. Im September werden 51 Islamisten zu Gefängnisstrafen bis zu 15 Jahren verurteilt. Ihnen wird die finanzielle Unterstützung der militanten al-Waad-Gruppe vorgeworfen, die mit der geplanten Ermordung des ägyptischen Präsidenten Mohamed Hosni Mubarak in Verbindung gebracht wird. Im November beginnt der Prozess gegen 94 mutmaßliche Islamisten wegen der angeblichen Gründung einer illegalen Organisation zum Sturz der Regierung. *ke*

Algerien (Berber)

Intensität: 2	Veränderung: •	Beginn: 1992
Konfliktparteien:	Berber vs. algerische Regierung	
Konfliktgegenstand:	Sonstiges (kulturelle Rechte)	

Trotz der Anerkennung der Berbersprache Tamazight im April als offizielle Nationalsprache neben dem Arabischen besteht der Konflikt zwischen den Berbern und der algerischen Regierung weiter. Ihre Forderungen nach einer Ausweitung ihrer kulturellen Rechte sehen die Berber nach wie vor nicht erfüllt. Fast täglich liefern sich Demonstranten Straßenschlachten mit der Polizei. Ende April demonstrieren etwa 100.000 Menschen gegen die Regierung und gedenken des "Schwarzen Frühlings", den blutigen Unruhen vor einem Jahr. Aus Protest gegen die Repressionen in der Region Kabylei rufen der Zusammenschluss der Dorf- und Stammesältesten (Aarch) sowie die beiden Berber-Parteien Front der Sozialistischen Kräfte (FFS) und die Sammlungsbewegung für Kultur und Demokratie (RCD) zum Boykott der Wahlen zur Nationalversammlung und der Lokalwahlen Anfang Oktober sowie zu einem dreitägigen Generalstreik Ende Mai auf. Nur 1,85% der Berber nehmen an der Wahl teil. Zusammenstöße zwischen Demonstranten und der Polizei begleiten die Wahl, zahlreiche Stimmlokale können nicht öffnen. Anfang August amnestiert die Regierung Berber, die bei Aufständen in der Kabylei festgenommen worden sind. *mn*

Algerien (GIA)

Intensität: 3	Veränderung: •	Beginn: 1992
Konfliktparteien:	FIS, GIA, AIS, GSPC vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	System, religiöse Autonomie	

Der Konflikt zwischen der Bewaffneten Islamischen Gruppe (GIA), der Salafistengruppe für Predigt und Kampf (GSPC) und der algerischen Regierung hält unvermindert an. Diese militanten Organisationen kämpfen weiterhin für einen islamischen Staat und sabotieren den Friedensplan von Präsident Abdelaziz Bouteflika. Im Februar tötet die Armee den GIA-Führer Antar Zoubi südlich von Algier. Sein Nachfolger Rachi Abou Tourab kündigt Ende Juni an, den Kampf weiterzuführen. Eine neue Welle von Gewalt ist Anfang Juli im Zusammenhang mit dem 40. Jahrestag der Unabhängigkeit zu verzeichnen. In verschiedenen Orten verüben Anhänger von GIA und GSPC mehrere Anschläge, bei denen in Larbaa 49 Menschen sterben. Vor diesem Hintergrund kündigt die GIA einen Sommer der Gewalt an. Anfang August formiert sich die verbotene Islamische Heilsfront (FIS) an einem geheimen Ort im Exil neu. Sie unterstreicht ihren Willen, weiterhin eine bedeutsame Rolle bei der Überwindung von Gewalt, Unterdrückung und sozialer Verelendung in Algerien zu spielen. *mn*

Irak - Iran

Intensität: 2	Veränderung: •	Beginn: 1980
Konfliktparteien:	Irak vs. Iran	
Konfliktgegenstand:	Ideologie/System, Territorium, Sonstiges (Kriegsgefangene, Reparationen)	

In dem seit 1980 bestehenden Konflikt haben sich der Irak und der Iran in den vergangenen Jahren angenähert. Auch im Beobachtungszeitraum lassen beide Seiten weitere Kriegsgefangene aus dem Ersten Golfkrieg (1980-88) frei. Am 28.1. und 28.10. besucht der irakische Außenminister Naji Sabri Teheran, wo er mit seinem iranischen Amtskollegen Kamal Charras zusammentrifft. Die substantiellen Fragen der gegenseitigen Unterstützung von Oppositionsbewegungen, der verbleibenden Kriegsgefangenen, der Grenzziehung, der ausstehenden Reparationen für Kriegsschäden sowie der Herausgabe von Kampfflugzeugen können jedoch nicht geklärt werden. Der Irak wirft dem Iran mehrere Grenzverletzungen in der ersten Jahreshälfte vor, während der Iran seinen Nachbarn beschuldigt, die Exilopposition der Volksmudschaheddin beim Aufbau von 17 Militärcamps entlang der Grenze zu unterstützen. Zudem verdächtigen iranische Regierungsbeamte irakische Militärs, großflächige Feuer entfacht zu haben, die Ende Oktober das ehemalige Marschland an der Grenze niederbrennen. Iranische Quellen mutmaßen, dass dadurch Kämpfer der schiitischen Opposition vertrieben werden sollen. *pj*

Irak - USA, Großbritannien

Intensität: 3	Veränderung: •	Beginn: 1991
Konfliktparteien:	Irak vs. UNO, USA, GB	
Konfliktgegenstand:	Internationale Macht, Sonstiges (Flugverbotszonen, Abrüstung)	

Im Konflikt um die 1991 ohne Mandat der UNO zum Schutz der kurdischen Volksgruppen im Norden und der schiitischen Bevölkerung im Süden des Irak eingerichteten Flugverbotszonen setzen US-amerikanische und britische Kampfflugzeuge auch in diesem Jahr ihre

Luftpatrouillen fort, bei denen sie regelmäßig irakische Luftabwehrstellungen bombardieren. Die US-Streitkräfte rechtfertigen diese über 50 bekannt gewordenen Luftangriffe mit der Vernichtung militärischer Anlagen und der Verteidigung gegen Beschuss vom Boden, während das irakische Militär wiederholt von zivilen Opfern und der Zerstörung ziviler Einrichtungen berichtet. Bereits im Vorjahr haben die USA zu dem damit begonnen, dem Regime Saddam Husseins indirekt mit intensiveren Militäraktionen zu drohen, sollte sich dieses weiterhin einer Rückkehr der internationalen Waffeninspektoren, denen seit 1998 eine Wiedereinreise verweigert worden ist, widersetzen. Diese Drohung sowie die Bereitschaft zu einem militärischen Alleingang und zur Entfernung des irakischen Regimes äußert die US-Regierung im Verlauf des Beobachtungszeitraumes zunehmend deutlicher beginnend mit der Rede zur Lage der Nation des US-Präsidenten George W. Bush am 29.1., in der er den Irak zusammen mit dem Iran und Nordkorea in eine so genannte Achse des Bösen einreicht und damit eine Verbindung zwischen internationalen Terrornetzwerken und Staaten, die nach Massenvernichtungswaffen streben, herzustellen sucht. Vor diesem Hintergrund erklärt Saddam Hussein UNO-Generalsekretär Kofi Annan am 4.2. auf Vorschlag des Generalsekretärs der Arabischen Liga, Amre Mohamed Mussa, seine bedingungslose Dialogbereitschaft, woraufhin sich der irakische Außenminister Naji Sabri und Annan am 7.3., am 13.5. und am 4./5.7. zu Gesprächen in New York treffen. Diese Gespräche scheitern jedoch daran, dass der Irak eine Rückkehr der Waffeninspektoren an die Bedingung der Aufhebung des seit 1990 bestehenden Embargos, das für den Verfall der irakischen Wirtschaft und die Verelendung der Bevölkerung verantwortlich gemacht wird, knüpft. Angesichts der Resolution des UNO-Sicherheitsrates vom 7.11., die Bagdad eine einwöchige Frist zu deren Anerkennung einräumt, lenkt Saddam Hussein am 13.11. ein, womit ein Zeitplan in Gang gesetzt wird. In diesem Zusammenhang trifft am 18.11. ein 25-köpfiges Vorausteam der Kontrollkommission UNMOVIC unter der Leitung des schwedischen Diplomaten Hans Blix und des Generaldirektors der Internationalen Atomenergie-Agentur, Mohammed al-Baradei, in der irakischen Hauptstadt ein. Am 25.11. beginnen die eigentlichen Inspektionen unter Leitung des Australiers Bill Jolley, deren erster Bericht zum 21.2.03 erwartet wird. Bis 8.12. muss der Irak eine vollständige Liste über seine Bestände an ABC-Waffen, Raketen mit längerer Reichweite sowie zivilen chemischen und biologischen Komponenten, die auch für militärische Zwecke genutzt werden könnten, vorlegen, wenn er "ernste Konsequenzen" vermeiden will.

pj

Irak (Asnar-al-Islam, Islamische Einheitsbewegung vs. PUK)

Intensität: 3	Veränderung: •	Beginn: 2001
Konfliktparteien:	Asnar al-Islam, Islamische Einheitsbewegung vs. PUK	
Konfliktgegenstand:	Regionale Macht, Ideologie/System	

In den vergangenen Jahren haben sich im Norden des Irak islamistische Gruppierungen gebildet, die aufgrund des mangelnden Rückhalts in der Bevölkerung zunächst von geringem politischem Einfluss gewesen

sind. Allerdings sind sie beim Bau von Moscheen und dem Aufbau eines Sozialsystems finanziell u.a. vom Iran unterstützt worden und haben außerdem Zulauf aus verschiedenen arabischen Staaten erhalten. Im Juli 2001 ist ihre Bedeutung durch den Zusammenschluss der beiden Gruppen Einheit (Tahwid) und Kurdische Hamas zur Tahwid Islamischen Front gewachsen. Diese vereint sich am 21.9.01 mit der so genannten Zweiten Soran-Einheit zur noch militanteren Armee des Islam (Jund al-Islam), die den in ihrem Machtbereich lebenden Zivilisten den Kontakt zu säkularen Parteien wie der Patriotischen Union Kurdistans (PUK) verbietet und Terroranschläge auf Politiker anderer Kurdengruppen verübt. Die Islamische Einheitsfront, die ebenfalls die Errichtung eines strengen islamischen Regimes in Irakisch-Kurdistan anstrebt, liefert sich seit September 2001 wiederholt Kämpfe mit der PUK im Osten der autonomen Region. Anfang dieses Jahres vermittelt der Iran einen Waffenstillstand zwischen PUK und Jund al-Islam, woraufhin sich letztere in Ansar al-Islam (Helfer des Islam) umbenennt. Ansar al-Islam umfasst mittlerweile mehr als 750 Kämpfer. In ihren Stützpunkten wie z.B. den kurdischen Dörfern al-Talweera und Biyara hat sie ein Regime nach dem Vorbild der afghanischen Taliban errichtet, unter dem Fernsehen und Musik verboten sind. Mullah Krekar alias Najmuddin Faraj, der als ihr Führer gilt, wird am 14.9. auf dem Amsterdamer Flughafen festgenommen.

pj

Irak (Irakisch-Kurdistan)

Intensität: 2	Veränderung: •	Beginn: 1991
Konfliktparteien:	kurdische Volksgruppen vs. irakische Regierung	
Konfliktgegenstand:	Autonomie, Ressourcen (Wasser)	

Nach wie vor halten die USA und Großbritannien im Rahmen der Flugverbotsüberwachung den Status quo des 1991 im Nordirak für autonom erklärten Gebiets Irakisch-Kurdistan aufrecht, das vom irakischen Präsidenten Saddam Hussein nicht anerkannt wird. Im Hinblick auf einen möglichen US-Militäreinsatz zum Sturz des Regimes in Bagdad arbeitet die von Massud Barzani geführte Demokratische Partei Kurdistans (DPK) im Juli dieses Jahres einen Verfassungsentwurf aus, der die föderale Teilung der irakischen Republik in eine arabische Region, bestehend aus dem Zentral- und Südirak, und eine kurdische Region im Norden vorsieht. In der erdölreichen Region um die Städte Mossul und Kirkuk, die von den Truppen Saddam Husseins kontrolliert werden, vertreibt die regierende Baath-Partei im Rahmen ihres gewaltsamen Arabisierungsprogramms seit September erneut die Angehörigen der kurdischen und turkmenischen Minderheiten und verteilt ihren Landbesitz an Araber aus dem Zentralirak, um ihren Einfluss auf nordirakisches Gebiet zu festigen. Im Vorfeld des Mitte Oktober durchgeführten Plebiszits über eine weitere siebenjährige Amtszeit Saddam Husseins erweitert dieser das Wahlrecht der irakischen Kurden. Nach der neuen Regelung können auch Kurden im nicht von Bagdad kontrollierten Norden des Landes an der Abstimmung teilnehmen.

pj

Irak (PUK vs. DPK)

Intensität: 1	Veränderung: •	Beginn: 1992
Konfliktparteien:	PUK vs. DPK	
Konfliktgegenstand:	Regionale Macht	

Der 1994 entstandene gewaltsame Konflikt zwischen den beiden großen irakischen Kurdenparteien Demokratische Partei Kurdistans (DPK) und Patriotische Union Kurdistans (PUK) hat sich seit dem im Washingtoner Abkommen vom September 1998 vereinbarten Waffenstillstand weitgehend stabilisiert. Bisher kann die beabsichtigte Vereinigung nicht umgesetzt werden. Beide politischen Gruppen kontrollieren zwei voneinander getrennte Gebiete im Norden des Irak. Am 2.10. einigen sich die Parteivorsitzenden Massud Barzani (DPK) und Jalal Talabani (PUK) auf die Wiedereinsetzung eines gemeinsamen Parlaments. Dieses kommt am 4.10. zum ersten Treffen seit sechs Jahren in der Stadt Erbil zusammen. Die zwischen ihnen geschlossenen Abkommen sehen zudem einen Austausch von Gefangenen und den freien Personenverkehr zwischen den Herrschaftsgebieten der beiden Gruppen vor. *pj*

Iran (Volksmudschaheddin)

Intensität: 2	Veränderung: •	Beginn: 1992
Konfliktparteien:	Exilopposition (Volksmudschaheddin mit Sitz im Irak) vs. iranische Regierung	
Konfliktgegenstand:	Nationale Macht, Ideologie/System (autoritärer Sozialismus islamischer Prägung)	

Im Konflikt zwischen der Rebellenbewegung der Volksmudschaheddin, die sich für einen autoritären Sozialismus islamischer Prägung im Iran einsetzt, und dem im Iran regierenden Mullah-Regime ereignen sich im Vergleich zum Vorjahr weniger gewaltsame Zwischenfälle. Die Volksmudschaheddin bekennen sich zu einem am 18./19.5. verübten Bombenanschlag auf eine Kaserne in Teheran, der eine Vergeltungsmaßnahme für mehrere Verhaftungen ist. Die Hauptwiderstandsbasis der Volksmudschaheddin befindet sich im Irak, dem der Iran deren Unterstützung vorwirft. *pj*

Israel - Hisbollah

Intensität: 3	Veränderung: •	Beginn: 1982
Konfliktparteien:	Israel vs. Hisbollah mit Sitz im Libanon	
Konfliktgegenstand:	Territorium (Shebah-Felder)	

Trotz des Truppenrückzugs des israelischen Militärs aus dem Südlibanon im Mai 2000 und der Auflösung der pro-israelischen Südlibanesischen Armee (SLA) dauert der Konflikt zwischen Israel und der vom libanesischen Staatsgebiet aus operierenden und von Syrien und dem Iran unterstützten Hisbollah an. Umstritten ist insbesondere die territoriale Zugehörigkeit der zehn qkm großen Shebah-Felder im israelisch-syrisch-libanesischen Grenzgebiet. Vor dem Hintergrund der Zuspitzung des israelisch-palästinensischen Konflikts greift die Hisbollah zwischen dem 2.4. und 5.4. mehrmals israelische Stellungen in den Shebah-Feldern mit Raketen an, die wiederum Vergeltungsschläge des israelischen Militärs gegen Hisbollah-Stellungen nach sich ziehen. Bei einem Schusswechsel zwischen Hisbollah-Kämpfern und israelischen Soldaten am 7.4. an der israelisch-libanesischen Grenze werden sieben Menschen verletzt. Wiederholter Raketenbeschuss der Hisbollah am 9./10.4. auf israelische Militärposten beantwortet Israel mit erneuten Luftangriffen auf Einrichtungen der Hisbollah im Südlibanon und verlegt

zusätzliche Reservisten an die Grenze. Wiederholt liefern sich israelische Einheiten und Hisbollah-Kämpfer zum Teil schwere Feuergefechte. *ke*

Israel (Palästinensische Gruppierungen)

Intensität: 4	Veränderung: ↗	Beginn: 1948
Konfliktparteien:	Palästinensische Autonomiebehörde, Al-Aksa, Islamischer Dschihad, Fatah, Hamas vs. israelische Regierung	
Konfliktgegenstand:	Territorium, Autonomie	

Der Konflikt zwischen Israel und palästinensischen Gruppierungen, wie den Al-Aksa-Brigaden, der Hamas, dem Islamischen Dschihad und der Fatah-Bewegung, um einen eigenständigen palästinensischen Staat eskaliert zum Ausmaß eines Krieges. Im Vergleich zu 2001 nimmt die Anzahl der Terrorakte gegen Israelis weiter zu, während die israelische Armee weit massiver als zuvor auf Vergeltungsmaßnahmen setzt. Dazu gehören die gezielte Tötung mutmaßlicher militanter Palästinenser und deren Anführer sowie die Besetzung weiter Teile des palästinensischen Autonomiegebietes. Im Zuge dieser von Israel als Antiterrormaßnahmen bezeichneten Aktionen liefern sich israelische Einheiten und Palästinenser wiederholt schwere Gefechte, die zahlreiche Opfer vor allem auf palästinensischer Seite fordern. Seit dem Beginn der zweiten Intifada im September 2000 sind bis zu 1.500 Palästinenser und 600 Israelis gestorben. Die internationale Gemeinschaft übt nicht nur scharfe Kritik an der allgemeinen Gewalt, sondern auch an der zum Teil systematischen Zerstörung der Infrastruktur in den Autonomiegebieten, wie z.B. des mit EU-Geldern finanzierten Flughafens im Gazastreifen.

Einen Anschlag militanter Palästinenser vom 8.3., der 18 Menschenleben fordert, nimmt Israel zum Anlass für die größte Militäroperation seit 20 Jahren, bei der am 12.3. 20.000 Soldaten in den Gazastreifen und das Westjordanland einrücken. Dabei werden etwa 60 Palästinenser getötet. Der UNO-Sicherheitsrat verabschiedet am 13.3. eine von den USA eingebrachte Resolution, in der erstmals ein palästinensischer Staat gefordert wird. Im Mai akzeptiert Palästinenserführer Jassir Arafat die von den USA in diesem Zusammenhang gestellte Bedingung von Neuwahlen und Reformen innerhalb der Autonomiebehörde. Vom 4.-18.4. beginnt Israel eine neue Offensive im Westjordanland. Besonders betroffen davon ist die Flüchtlingssiedlung bei der Stadt Dschenin. Der UNO-Sicherheitsrat beschließt mit Resolution 1405 eine Untersuchung der dortigen Ereignisse, da er massive Menschenrechtsverletzungen durch die israelische Armee vermutet. Am 11.5. demonstrieren in der größten Protestkundgebung seit Beginn der zweiten Intifada 60.000 Israelis für einen Abzug der Truppen aus den Autonomiegebieten. Am 16.10. legt US-Präsident George W. Bush dem israelischen Premierminister Ariel Scharon einen dreistufigen Friedensplan vor, der unter anderem die Umsetzung palästinensischer Reformen, ein Ende der Gewalt und der Siedlungspolitik sowie den Rückzug israelischer Truppen aus den besetzten Gebieten bis Mitte 2003 vorsieht. Für 2004 ist die Bildung eines Übergangstaates geplant, dessen Status 2006 endgültig in einem Friedensabkommen geklärt werden soll. Dieser Friedensplan wird ebenso wie andere Vorschläge der EU und verschiedener Staaten nicht umgesetzt, da die Gewalt anhält.

Am 30.10. zerbricht die Regierungskoalition aus Likud und Arbeiterpartei aufgrund von Kontroversen über die Finanzierung der Siedlungspolitik. Sharon setzt für Januar 2003 Neuwahlen an und beruft neue Minister, u.a. die Hardliner Benjamin Netanjahu als neuen Außenminister und den ehemaligen Armee-Chef Shaul Mofaz als neuen Verteidigungsminister, in sein Kabinett. Im Falle eines Sieges des Likud bei Neuwahlen ist eine Änderung der israelischen Haltung in der Palästinenserfrage nicht zu erwarten. *hl*

Israel - Libanon

Intensität: 2	Veränderung: •	Beginn: 1948
Konfliktparteien:	Israel vs. Libanon	
Konfliktgegenstand:	Sonstiges (Sicherheitszone), Grenze, Ressourcen (Wasser)	

Im Konflikt zwischen Israel und dem Libanon nehmen die Spannungen seit September wieder zu. Auslöser ist die Ankündigung der libanesischen Regierung, zur Wasserversorgung südlibanesischer Dörfer, Wasser aus dem Wazzani-Fluss zu entnehmen. Israel warnt den Libanon vor diesem Schritt, den es als Kriegsgrund betrachtet, da das Wasser des Wazzani auch der Trinkwasserversorgung Israels dient. Trotz mehrfacher internationaler Vermittlungsversuche durch UNO, EU und USA nimmt die Wasserpumpstation im Libanon Mitte Oktober ihren Betrieb auf. Die libanesischen Regierung kündigt zudem weitere Wasserableitungen an. *ke*

Israel - Syrien

Intensität: 2	Veränderung: •	Beginn: 1967
Konfliktparteien:	Israel vs. Syrien	
Konfliktgegenstand:	Territorium (Golanhöhen), (Wasser-)Grenze, internationale Macht, Ressourcen (Wasser)	

Der Konflikt zwischen Israel und Syrien bleibt weiter ungelöst. Umstritten ist insbesondere die territoriale Zugehörigkeit der von Israel besetzten Golanhöhen. Syrien beharrt dabei auf deren Rückgabe als Vorbedingung für Verhandlungen mit Israel. Im Januar schlägt der saudi-arabische Kronprinz Abdullah einen Friedensvertrag zwischen den arabischen Staaten und Israel vor. Dieser sieht unter anderem die Räumung der 1967 besetzten Gebiete einschließlich der Golanhöhen als Gegenleistung für die Anerkennung Israels vor und wird von den arabischen Staaten und Israel positiv aufgenommen, ohne dass es bis Ende des Jahres zu direkten Verhandlungen über eine Umsetzung des Plans kommt. *ke*

“Kaspisches Meer”

Intensität: 2	Veränderung: •	Beginn: 1993
Konfliktparteien:	Armenien vs. Aserbaidschan vs. Georgien vs. Iran vs. Kasachstan vs. Russland vs. Türkei vs. Turkmenistan	
Konfliktgegenstand:	Wassergrenze, Ressourcen (Erdöl, -gas), internationale Macht	

Der Konflikt zwischen den Anrainerstaaten des Kaspischen Meeres, Aserbaidschan, Kasachstan, dem Iran, Russland und Turkmenistan, um dessen völkerrechtlich begründete Nutzungsrechte und damit verbunden der dort vorhandenen Erdöl- und Erdgasvorkommen besteht weiter. Bei einem Treffen der Präsidenten Ende April in der turkmenischen Hauptstadt Aschgabad können sie sich nicht auf einen rechtlichen Status des größten Binnengewässers der Welt einigen. Der russi-

sche Präsident Wladimir Putin strebt daraufhin bilaterale Vereinbarungen seines Landes mit den einzelnen Anrainerstaaten über die Aufteilung des Meeres an. Umstritten sind auch die Transportwege des gewonnenen Erdöls und Erdgases zu den Absatzmärkten in Europa und Asien. Armenien, Aserbaidschan, Georgien, der Iran und die Türkei fordern den Verlauf von Pipelines durch ihr Territorium. Im September wird offiziell mit dem Bau der umstrittenen Erdölpipeline von der aserbaidschanischen Hauptstadt Baku über Georgien zum türkischen Mittelmeerhafen Ceyhan unter bewusster Umgehung Russlands und des Iran begonnen. *ke*

Marokko (Westsahara)

Intensität: 2	Veränderung: •	Beginn: 1976
Konfliktparteien:	POLISARIO vs. marokkanische Regierung	
Konfliktgegenstand:	Nationale Unabhängigkeit, Ressourcen	

Nach wie vor können sich die saharauische Volksbefreiungsfront POLISARIO und die marokkanische Regierung nicht über die Zukunft der Westsahara einigen. UNO-Generalsekretär Kofi Annan schlägt Ende Februar eine Teilung der Westsahara vor. Weder die Vorbereitung eines Referendums über die Loslösung von Marokko führt zum Erfolg, noch der Vorschlag der UNO, die Westsahara mit weitgehender Autonomie unter marokkanischer Führung zu belassen. Die marokkanische Regierung lehnt den Teilungsvorschlag ab und beharrt auf der Eingliederung der Westsahara als autonome Region in das marokkanische Staatsgebiet. Die POLISARIO droht mit Krieg, obwohl sie im Januar 115 marokkanische Kriegsgefangene freilässt. Die UNO verlängert Anfang August ihr MINURSO-Mandat für die Westsahara um sechs Monate bis zum 31.1.03. Bis dahin soll der UNO-Sondergesandte für die Westsahara James Baker einen neuen Vorschlag zur Konfliktlösung ausarbeiten. *m*

Türkei (PKK)

Intensität: 2	Veränderung: ↘	Beginn: 1979
Konfliktparteien:	PKK vs. türkische Regierung	
Konfliktgegenstand:	Sezession	

Im Konflikt zwischen der verbotenen Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) und der türkischen Regierung zeichnet sich eine weitere Entspannung ab. Die PKK erklärt ihren seit 15 Jahren andauernden bewaffneten Kampf für einen eigenen Kurdenstaat für beendet. Auf einem Parteikongress der PKK, der vom 4.-10.4. im Nordirak stattfindet, folgen die Delegierten einem Vorschlag des seit 1999 inhaftierten Kurdenführers Abdullah Öcalan und setzen als legitime Nachfolgeorganisation der bisherigen PKK ein so genanntes Koordinationsgremium ein, das sich Freiheit- und Demokratiekongress Kurdistan (KADEK) nennt. Zudem beschließen sie die Umbenennung des bewaffneten Arms der PKK in Volksverteidigungseinheiten, die nur zur Selbstverteidigung aktiv werden sollen. Kadek strebt die gewaltfreie Unterstützung von und Vernetzung mit anderen kurdischen Parteien und Massenorganisationen in den fünf Ländern mit kurdischen Minderheiten - Türkei, Irak, Iran, Syrien und Armenien - an. *hl*

Datenbank KOSIMO

Das HEIDELBERGER INSTITUT FÜR INTERNATIONALE KONFLIKTFORSCHUNG arbeitet in dieser Veröffentlichung mit Auswertungen der Datenbank KOSIMO (Konflikt-Simulations-Modell), welche gewaltsame und nicht-gewaltsame innerstaatliche und zwischenstaatliche politische Konflikte weltweit seit 1945 erfasst. Jeder Konflikt ist mit 28 Variablen kodiert.

Unter www.hiik.de kann KOSIMO heruntergeladen werden.

Impressum

Herausgeber:

HIK - HEIDELBERGER INSTITUT FÜR INTERNATIONALE KONFLIKTFORSCHUNG e.V.
am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Heidelberg, Marstallstraße 6, 69117 Heidelberg

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Gruppenleiter/innen kursiv):

Europa: *Angelika Barth (ab)*, Stanka Boskovic (sb), Ariane Hellinger (ah), Alexander Jossifidis (aj), Sophie Kraume (sk), Stephanie Lerche (sl), Nicolas Schwank (nis), Florian Winckler (fw)

Afrika: *Christian Baukhage (cb)*, *Mark Wenz (mw)*, Markus Bitterolf (mb), Peer Böhrnsen (pb), Julia Kronberg (kro), Gerrit Schlomach (gs), Peter Schön (ps)

Amerika: *Hardi Schindler (hs)*, Johannes Heckmann (jh), Johann Klinkisch (jk), Daniela Kohlen (dk)

Asien: *Malte Pehl (mp)*, *Nicolas Schwank (nis)*, Christopher Altgeld (ca), Yolanda Fernandez (yf), Tina Hennecken (th), Lisa Hirn (lh), Anja Kluge (ak), Christoph Trinn (ct)

Vorderer und Mittlerer Orient: *Pamela Jawad (pj)*, Klaus Eckert (ke), Hendrick Lehmann (hl), Rita Nikolai (rn), Heike Quader (hq)

Redaktion:

Angelika Barth, Christian Baukhage, Peer Böhrnsen, Pamela Jawad, Sabine Klotz, Hendrick Lehmann, Malte Pehl, Frank R. Pfetsch, Hardi Schindler, Nicolas Schwank

Graphiken:

Pamela Jawad

Layout:

Veronika C. Haas

Gesamtleitung:

Pamela Jawad, Nicolas Schwank

**HEIDELBERGER INSTITUT FÜR
INTERNATIONALE KONFLIKTFORSCHUNG**
am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Heidelberg

**Marstallstraße 6
D- 69117 Heidelberg
E-Mail: info@hiik.de**

**Tel.: +49(0)6221 - 54 31 98
Fax.: +49(0)6221 - 54 28 96**

www.KONFLIKTBAROMETER.de

ISSN 1616-931X

€5.00